

Nr. 24

13.-19. Juni

BRD 2,- DM
Österreich 7,- ÖS
Schweiz 1,80 sfr
Westberlin 2,- DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

„Elfe“
gegen Albanien



„Alles,
was wir haben,
kommt von
Puschkin“

Fjodor
Dostojewski



PERSPEKTIVEN



Zeichnung: Plamen Karatantschew (Bulgarien)

LESERBRIEFE (2), PERSONALIEN (44)

ZEIT SCHWERER ENTSCHEIDUNGEN Reportage aus dem

Kongreßpalast des Kreml 4

KONGRESS UND GESELLSCHAFT Alexander Jakowlew,

Volksdeputierter der UdSSR, Mitglied des Politbüros

und Sekretär des ZK der KPdSU,

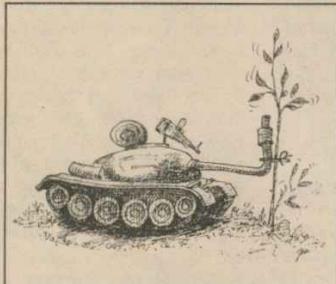
antwortet auf Fragen des NZ-Korrespondenten 6

BETRACHTUNGEN A. Pumpjanski MINUTE

DES SCHWEIGENS 12

MENSCHENRECHTE L. Mletschin BLUMEN

FÜR DEN DRITTEN KORB 13



Deutsch-
Sowjetische
Friedenswoche
in Bonn
S. 16

L. Jelin EUROPÄISCHER REchtsRAUM 14

UdSSR – BRD D. Pogorshelski AM VORABEND 16

K. Issakow EIN VIELVERSPRECHENDES PROJEKT 16

OST – WEST R. Solotarjow DER KOMPROMISS

VON BRÜSSEL 18

IRAN D. Sgerski EIN MANN – EINE EPOCHE 20

J. Borowoi IRANS NEUE NR. 1 21

LATEINAMERIKA W. Tschirkow VON DER IDEE ZUM IDEAL 22

JAPAN VON SIBIRIEN NACH TOKIO 24

DDR – UdSSR M. Stojanow OHNE POMPÖSES GEHABE

Berliner Tage in Moskau 25

VOM ORT DES GESCHEHENS A. Tschunossow SCHLÄGT

DAS UNGLÜCK IMMER UNERWARTET ZU? 26

V. Ganjuschkin IM WIDERSCHEIN DER TRAGÖDIE 27

S. 28

Sowjetisch-
deutscher Pakt
von 1939:
das geheime Zusatzprotokoll
S. 32

UNGARN V. Leonidow AUF DER SUCHE NACH DER WAHRHEIT 28

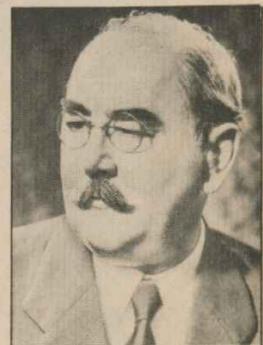
ZEITGESCHICHTE L. Besymenski DIE ALTERNATIVEN VON 1939 32

ARCHIV AKTUELL A. Potechin FIASKO DER OPERATION „ALBANIA“ 37

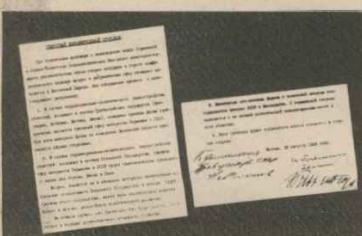
KULTUR A. Bukalow PUSCHKIN IST UNERSCHÖPFLICH 41

JUNGE WELT S. Soloweitschik WAHRHEIT, WAS IST DAS? 46

KUNST A. Gratschowa PERMANENTE REVOLUTION 48



Imre Nagy, seine Zeit
und die Gegenwart



Titelbild: Rudolf Chatschatrian

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67 Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-10-38

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch * Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO

Redaktionskollegium:

Leonid ABRAMOW,

Lew BESYMENSKI,

Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.

Chefredakteur),

Sergej GOLJAKOW,

Wladimir

KULISTIKOW

(verantwortl. Sekretär),

Leonid MLETSCHIN,

Albert PIN,

Dmitri POGORSHELSKI,

Alexander PUMPJANSKI

(1. stellv.

Chefredakteur),

Juri SCHEWTSCHENKO,

Viktor STARSCHINOW,

Vitali TSCHERNJAWSKI

(stellv.

Chefredakteur)

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:

Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Jewgeni BOBROW;

Belgrad

Wladimir GRISCHNIJ;

Berlin

Anatoli KOWRIGIN;

Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEV;

Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW.

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Czasy“

Jan LYSEK;

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“

Kostas MICHAELIDES

Leserbriefe

Michael Zilber

Tel Aviv, Israel

● Mir scheint, daß nicht nur der Krieg im Nahen Osten als solcher, sondern auch das Wettrüsten, die aktive Rüstungsproduktion in allen Ländern der Region eine gewaltige Quelle der Verschmutzung des Bodens, der Luft und besonders des Wassers darstellen.

Die gegenwärtige Situation, die durch das langjährige Zusammenwirken ökonomischer und militärisch-ökologischer Spannungen bedingt ist, hat dazu geführt, daß das Mittelmeer, das häufig als „Wiege der menschlichen Zivilisation“ bezeichnet wird, sich in eine geochemische „Mülzunge der Zivilisation“ verwandelt hat. Durch die Eskalation der Rüstungsindustrie werden nämlich nicht nur die Oberflächengewässer verschmutzt, sondern ebenso das Grundwasser, das das Mittelmeer speist. Das trifft insbesondere auf Länder wie Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und natürlich Israel zu.

Nur wenige begreifen, daß die Verschmutzung des Grundwassers und folglich des Mittelmeeres durch die ungehemmte Ausbeutung riesiger Mengen Erdöl, Erdgas und Wasser gefördert wird, was seinerseits Erdbeben und Vulkanausbrüche in dieser tektonisch gefährdeten Region stimuliert. Aus diesem Grund ändert sich der Wasserkreislauf noch mehr, was eine Veränderung der chemischen Beschaffenheit des Bodens, die Verschlechterung der Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse und das Auftreten früher nie gekannter Krankheiten bewirkt.

Das konventionelle und erst recht das atomare Wettrüsten kommt für viele Länder der ökologisch kranken Mittelmeerregion dem Selbstmord nahe und stellt eine ernste Gefahr für den ganzen Planeten dar. Im Nahen Osten rich-

ten sich diese Worte vor allem an Israel, an ein Land, das über das höchste wissenschaftlich-technische Potential in der Region verfügt und mit vielen modernen Waffen ausgestattet ist, die größtenteils von ihm selbst produziert werden.

Claus-Dieter Gaidzik

Dresden, DDR

● Als Leser Ihrer Zeitschrift kann ich die objektive Berichterstattung nur befürworten. Die NZ ist aus meiner Sicht die beste Zeitschrift der sozialistischen Staaten, was Politik und Wirtschaft betrifft. Die ungeschminkte Meinung von Menschen unterschiedlicher Gesinnung und Weltanschauung zu lesen und sich so eine Meinung zu vielen Problemen der Welt selbst zu bilden, ist doch die einzige Möglichkeit für ein friedliches Miteinander. In einem gemeinsamen europäischen Haus müssen die Bewohner auch unproblematisch die Möglichkeit des persönlichen Kennenlernens haben und durch die Massenmedien dabei objektiv unterstützt werden. Es bringt nichts, wenn die eigenen Massenmedien innenpolitisch das Positive und, besonders bei kapitalistischen Staaten, sehr kritisch die negativen Erscheinungen behandeln.

Aus meiner Sicht geht es heute nicht mehr darum, z. B. den Begriff von Freiheit in seiner Auslegung zu beweisen, sondern grundsätzlich die Menschenrechtskonvention von 1966 mit allen Konsequenzen über Helsinki bis Wien zu realisieren.

L. Schischuta

Geschichtslehrer

Siedlung Ruda, Ukr. SSR

● In Heft 17/89 habe ich den Beitrag von G. Sidorowa „Eine Tragödie, die es nicht hätte geben dürfen“ gelesen. Darin wird Professor W. Pipija zitiert, der sagte: „Ich verstehe, daß jede Regierung sich vertei-

digen muß. Doch nicht auf diese Art.“

Nicht auf diese Art und Weise, das dürfte selbstverständlich sein. Ich bin aber der Meinung, daß allein schon die Feststellung, „die Regierung muß sich verteidigen“, falsch ist. Vor wem muß sie sich denn verteidigen? Das Volk verteidigen, ja, daß muß sie, aber nicht sich selbst vor dem Volk! Eine Regierung muß vom Volk gewählt sein und muß abtreten, wenn das Volk es fordert. Das ist unter Demokratie und Schutz der Menschenrechte zu verstehen. Bei uns ist es merkwürdigerweise möglich, daß die Regierung selbst Gesetze beschließt und diese selbst zur Ausführung bringt. Eigentlich müßte es doch ganz anders sein: Nur wenn die Regierung vom Parlament beschlossene Gesetze ins Leben umsetzt, kann man von einer demokratischen Gesellschaft sprechen. Der neue Oberste Sowjet muß deutlich seine Kompetenzen und die Kompetenzen der Regierung abgrenzen sowie die Macht in die eigenen Hände nehmen, nicht mit Worten, sondern in der Tat. Dadurch würden wir alle gewinnen, und Tragödien, wie die von Tbilissi, werden sich nie wiederholen.

Mitarbeiter

der sowjetischen

Redaktion der

internationalen

Zeitschrift

„Moderne Hochschule“

● In Heft 11/89 erschien der Artikel „Die schwere Schule der Menschenrechte“ von Lew Jelin. Die darin aufgeworfenen Fragen über die Notwendigkeit der Ausweitung der Zusammenarbeit der UdSSR auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Zugänglichkeit von Informationen zu diesem Thema sind gegenwärtig in der Epoche von Demokratisierung und Glasnost, außerordentlich aktuell. Wo liegen aber

Geochemische Müllgrube im Nahen Osten

Vor wem muß
sich die Regierung
schützen?

Sind die Erfahrungen
Makarenkos
heute anwendbar?

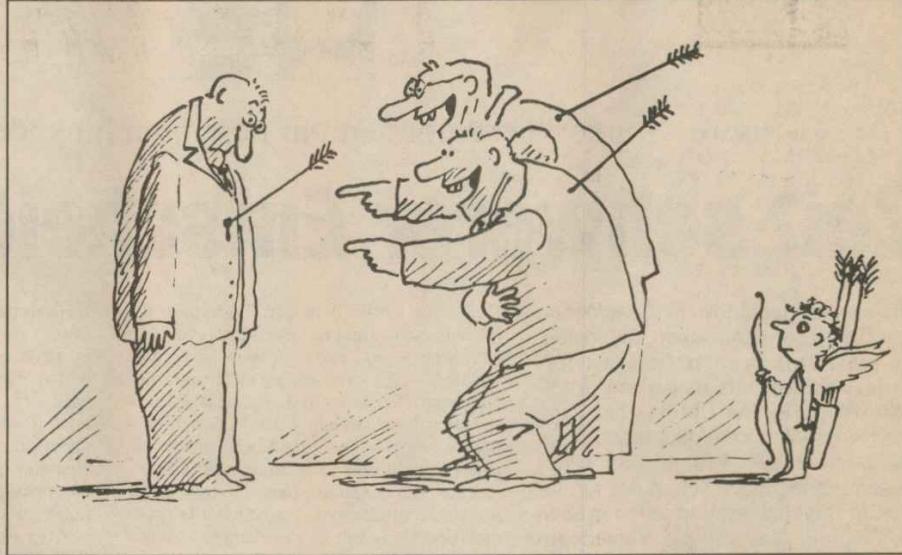
Wurzeln für diese Probleme? Wahrscheinlich dort, wo die Qualitäten der menschlichen Seele und des Charakters geformt werden, wo der Grundstein der Persönlichkeitsbildung gelegt wird, wo die Formierung allgemeinmenschlicher Werte beginnt, wo das Selbstbewußtsein entwickelt wird: in der Schule. Deshalb weckte der Vorschlag unsere Aufmerksamkeit, in der UdSSR ein Lehrbuch über die Menschenrechte herauszugeben, das von der UNO speziell für die Schüler der Unter- und Mittelstufe ausgearbeitet wurde. Wie sehr braucht man ein solches Lehrbuch in unseren Schulen, wo der Demokratisierungsprozeß zwar eingesetzt hat, bisher aber keinerlei bedeutende Veränderungen im Herangehen an die Erziehung bewirkte! Die Einführung eines fakultativen Lehrkurses über die Menschenrechte würde auch zu einer Änderung in den Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern führen und die Pädagogik der Kooperation entwickeln. Das wäre ein reales Beispiel für die Anwendung weltweiter Erfahrungen auf dem Gebiet der Menschenrechte. Uns ist klar, daß die „Lektionen der Menschenrechte“ für die Kinder ebenso schwer sein werden wie den Erwachsenen, aber ebenso unumgänglich.

Juri Plugin

Dshambul, Kasach. SSR

Der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 8. April setzte die unrühmlich bekannt gewordenen Gummiparagraphen 70 und 190 (1) des Strafgesetzbuches außer Kraft, die es erlaubten, Bürger wegen ihrer Überzeugung zu verfolgen. Demgegenüber erwies sich die Formulierung des neuen Erlasses auch nicht gerade als ideal. Nun gab das

SO GESEHEN



Zeichnung: Viktor Bogorad

Oberste Gericht der UdSSR eine Erläuterung dazu. Unter Diskreditierung ist also ausschließlich Verleumdung zu verstehen, nichts weiter. Ich begreife das nicht. Haben wir nicht schon für diesen Tatbestand einen einschlägigen Paragraphen? Wozu brauchen wir dann einen neuen? Da taucht wiederum die Frage auf, was denn unter „Verleumdung“ zu verstehen sei. Als der Regisseur Juri Ljubimow seinerzeit während eines Gastspiels in London das sowjetische Kulturministerium als Ministerium für Okkultur bezeichnete, mußte er das mit der Aberkennung seiner Staatsbürgerschaft, die man ihm inzwischen wieder verliehen hat, bezahlen. Was war das? „Verleumdung“, „Diskreditierung“ oder etwas anderes? Wie soll man da klarkommen, wenn die Formulierungen der neuen Gesetze wieder so verschwommen sind?

Andre Romanet

Lehrer
Goussainville, Frankreich

Ich bin langjähriger Leser der NZ. Besonders aufmerksam verfolge ich die Rubrik „Junge Welt“ von Simon Soloweitschik, da ich selbst viele Jahre lang am Nationalen Bildungs- und Erziehungsamt für Kinder mit Entwicklungsabnormalitäten praktisch tätig war. Zu folgenden Schlußfolgerungen bin ich gelangt: Man muß die Verbrechen, die in Ihrem Land in den 30er Jahren verübt wurden,

unbedingt aufdecken, auch wenn es weh tut. Es ist schwer und tragisch, daß die Untersuchungen jener Jahre auf dem Gebiet der Pädagogik, die fruchtbbringend in der Praxis hätten angewandt werden können, so grob und hinterhältig abgebrochen wurden. Ich bin weit von dem Gedanken entfernt, daß alle Hypothesen auf dem Gebiet des Bildungswesens, die vor 50 Jahren aufgestellt wurden, richtig waren, besonders unter Berücksichtigung ihrer tiefgreifenden Entstellung durch die Praxis der folgenden Jahre.

Diese Gedanken löste der Artikel in Heft Nr. 8/89 „Die Geschichte von Akademiermitglied Iwanow“ aus. Ich persönlich habe Makarenko stets zu meinen Lehrmeistern gezählt, aber nicht, weil ich blind seine in „Der Weg ins Leben“ und „Flaggen auf den Türmen“ beschriebenen Methoden übernommen hätte (Die Lehrer in Frankreich sind sehr zurückhaltend gegenüber allem, was einen militärischen Beigeschmack hat), sondern deshalb, weil Makarenko für mich ein Vorbild ist für einen Erzieher, der seine Zöglinge nicht zu blindem Nachahmen, sondern zu Suche und Kreativität anhält. Und auch deshalb, weil er in schrecklichen Situationen nie aufgab und sich weigerte, der offiziellen pädagogischen Doktrin zuzustimmen, um seine Pflicht zu tun.

Ich kann nicht in vollem Maße darüber richten, worüber sich

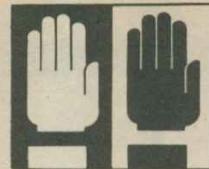
die sowjetischen Pädagogen streiten, aber ich bin überzeugt, daß man allen Lehrern die Möglichkeit geben muß, einen eigenen Weg der Erziehung unter den gegenwärtigen Bedingungen zu suchen. Und ich teile voll auf die Meinung von Simon Soloweitschik, der Makarenkos System als schöpferischen Prozeß betrachtet.

Vitali Worobjow

Arbeiter
Siedlung Shajrem, Kasach. SSR

Ich will mich mit den Äußerungen von Wassili Satejtschikow in Heft Nr. 14/89 solidarisieren. Er hat viel Gutes über die Geistlichen gesagt, die sich 1941 bei der Verteidigung Lenigrads heroisch schlugen. Heute unternimmt die Kirche viel auf dem Feld des Friedens. Allein 1987 spendete die russisch-orthodoxe Kirche 30 Mio Rubel für den Sowjetischen Friedensfonds. Viel könnte sie auf dem Gebiet der Barmherzigkeit für alte, kranke und alleinstehende Menschen in Altersheimen und Krankenhäusern tun, was sie auch anstrebt. Man darf den Gläubigen nicht den Wunsch abschlagen, sich an dieser großartigen Sache zu beteiligen. Leider werden ihnen immer wieder bürokratische Hindernisse in den Weg gestellt. Ich denke, das müßte alles im neuen Religionsgesetz endgültig geregelt werden.

Zusammengestellt von
I. Lagunina und T. Tschernowa



Unsere Sonderkorrespondenten berichten aus dem Kreml

Zeit schwerer Entscheidungen

Michail Gorbatschow in Baschkirien am Ort der entsetzlichen Explosion, die Hunderte von Menschenleben forderte. Leider gehört auch dieses tragische Fragment zur Chronik der Tage des Kongresses der Volksdeputierten. Es besteht ein brutaler logischer Zusammenhang zwischen der Explosion in Baschkirien und jenen großen Problemen, über die die Volksdeputierten im Kongreßpalast des Kreml immer leidenschaftlicher und eingehender diskutieren.

Wir, die Sonderkorrespondenten der NZ, setzen das im letzten Heft begonnene Gespräch über den Konreb fort.

Galina Sidorowa. Meiner Meinung nach ist die Diskussion eindeutig mehr in die Tiefe gegangen. Immer mehr Deputierte kommen auf verschiedenen Wegen zum Hauptthema: zu Überlegungen darüber, was das System, in dem wir leben, nicht vollwertig werden läßt. Ein System, das Nachlässigkeit, Gleichgültigkeit, verantwortungslose Entscheidungen und Inkompetenz hervorbringt. Natürlich hat die Regierungskommission in Baschkirien ihre Arbeit erst aufgenommen, und für Schlußfolgerungen ist es noch zu früh. Doch bereits im ersten Fernsehinterview vom Unglücksort sprach Michail Gorbatschow von der Wahrscheinlichkeit dessen, daß die Ursachen des Geschehens sich durch besagte Gründe erklären.

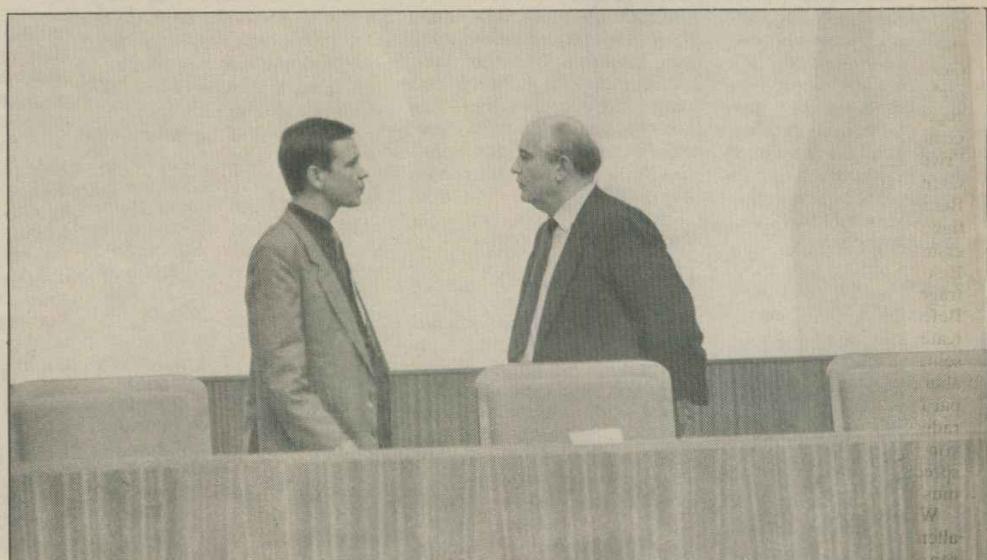
Wohl am deutlichsten klang unsere Hauptsorge in der Rede des Schriftstellers Tschingis Aitmatow an. Er sprach von der Notwendigkeit, in der Gesellschaft insgesamt und in jedem von uns die viele Jahre angehäufte psychologische Entfremdung aller von allem zu überwinden: der Regierung vom

Volk, des Volkes von der Regierung, des Bodens vom Bauern, der Kraft von der Schwäche – und einer gewissen parasitären Haltung, sich so viel wie möglich unter den Nagel zu reißen, aber so wenig wie möglich zu arbeiten. Nach Meinung des Volksdeputierten Aitmatow ist der Sozialismus keine Ikone, „man braucht den Sozialismus nicht anzubeten, sondern der Sozialismus – in immer besser ausgestatteter und erarbeiteter Form – muß den Menschen für das Aufbauwerk und die allgemeine Wohlfahrt dienen“...

Juri Schewtschenko. Im Mittelpunkt der Diskussion stand Michail Gorbatschows Ansprache, in der alle Schlüsselprobleme unserer Gesellschaft aufgeworfen wurden. Ein klares Programm der staatlichen Politik, der weiteren Entfaltung der Perestroika wurde vorgeschlagen. Mir persönlich scheint diese kompakte und komprimierte (vergleichen mit den üblichen, viele Stunden währenden Reden auf derartigen Foren) Ansprache Neuerercharakter vor allem deshalb zu haben, weil sie Raum für die Fortsetzung der Diskussion, für die gemeinsame Erarbeitung der Entwicklungsrichtungen ließ. In der Ansprache hatte die gestellte Frage Priorität vor der fertigen Antwort. Und die Polemik ließ nicht auf sich warten. Die Hoffnungen jener, die die Reden der

Volksdeputierten Juri Afanassjew, Gawriil Popow und Ales Adamowitsch als Mißtöne im parlamentarischen Orchester angesehen hatten, gingen nicht in Erfüllung. Die Schärfe wich nicht, ging nicht verloren – sie erlangte neue Kraft und Qualität in den Reden vieler Delegierter, in der Analyse dessen, was eigentlich sowohl die Wirtschaftsreform wie die politische Erneuerung der Gesellschaft und ein starkes Sozialprogramm bremst.

Alexander Guber. Wir haben auf dem Kongreß eine Menge neuer Redner erlebt, die klar und überzeugend ihre ungewöhnlichen und, wie man alseits spürte, sorgfältig geprüften, ja leidgeprüften Ideen zu präsentieren verstehen. Im Grunde hätte sich in unserer Gesellschaft bereits eine Immunität gegen die Suche nach billigem Ersatz und gegen verlockende, doch leider unrealistische Versprechen herausbilden müssen. Nein, von einer solchen Immunität kann man selbst bei allen Volksdeputierten nicht sprechen. Es war interessant, die Reaktion des Saals zu beobachten, als vom Rednerpult aus die dreisten Genossenschaftler, die Wirtschaftswissenschaftler, die vorschlagen, staatseigene Betriebe und Bergwerke über Aktien an Privatleute zu verkaufen, die angeblich verlangen, die staatliche Planwirtschaft durch einen Marktmechanismus zu ersetzen, als Stündenböcke herhalten



Dialog. Die Volksdeputierten Michail Gorbatschow und Sergej Stankewitsch

mußten... Die Logik ist hier einfach. Da es nur einzelne Gründe gibt, die an unseren Schwierigkeiten und an dem Mangel schuld sind, können folglich auch nur einzelne Maßnahmen aus der Krise herausführen. Einige Ministerien schließen, Minister auswechseln, die Genossenschaften zum Teufel schicken, Aktien verbieten und noch zwei oder drei derartige Maßnahmen – und alles wird in Ordnung kommen. Manche Leute glauben noch daran oder wollen daran glauben.

Nikolai Andrejew. In Diskussionen tauchen immer häufiger konkrete Namen von Funktionsträgern auf, schwelt der Gedanke von einem Mißtrauensvotum gegen einige Regierungsmitglieder, die übereilte Erlasse erarbeiteten, in der Luft. Auch die Wissenschaftler bekommen ihr Fett. Der Deputierte A. Massalijew, erster Sekretär des ZK der KP Kirgiisiens, stellte z. B. die Frage, warum die Wissenschaftler nicht selbst kommen und ihre Ratschläge erteilen. Doch die Wirtschaftswissenschaftler sind ebenfalls unterschiedlicher Meinung, gehören zu verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Schulen. Gawriil Popow kann dagegen Einwände haben, was Nikolai Schmeljow vorschlägt, und umgekehrt. Vielleicht sollte man unter den Vorschlägen die für die betreffende Region am besten geeigneten ökonomischen Methoden an Ort und Stelle auswählen?

A. Guber. Und doch ist der wichtigste konstruktive Gedanke des Kongresses zu wirtschaftlichen Problemen der, daß die Zeit gekommen ist, guten Worten einen entsprechenden Inhalt zu geben. Warum die wirtschaftliche Rechnungsführung nicht funktioniert? Weil sie im Grunde keine wirtschaftliche Rechnungsführung ist. Warum die Genossenschaftler die Hoffnungen nicht rechtfertigen? Weil das Hin und Her ihnen gegenüber die Herausbildung zivilisierter Genossenschaftler stört: mal unberechtigte Privilegien, die raffgierige Elemente Aktivitäten entwickeln lassen, dann ungerechte Beschränkungen, die Unternehmungstüchtige abstoßen. Und bevor man etwas Neues ersint, muß man versuchen, daß bereits Ersonnene zu verwirklichen. Die Staatsaufträge müssen Staatsaufträge sein und kein Befehl, sie müssen eine rein wirtschaftliche Kategorie sein. Der Staatsplan hat Plan zu sein, den man sich zu erfüllen bemüht, nicht aber ein Befehl, der ganz bewußt unrealisierbar ist. Die Wirtschaftsreform muß wirklich radikal sein, nicht aber eine Ansammlung von Notmaßnahmen, die einander widersprechen. Und schließlich muß der Sozialismus Sozialismus sein.

Wladimir Shitomirski. Ich möchte trotz allem zu den Wissenschaftlern zurückkehren. Ein Deputierter rief pathetisch aus: „In den letzten Jahren haben sich einige Wirt-



In einer Schweigeminute gedenken die Deputierten der Opfer der Tragödie in Baschkirien

schaftswissenschaftler auf den Seiten der Zeitschriften und Zeitschriften breitgemacht, treten regelmäßig im Fernsehen auf, sprechen von den Mängeln in der Wirtschaft, von den finanziellen Schwierigkeiten. Davon ist die Rede auf dem Kongreß. Doch einen vernünftigen Ausweg aus der entstandenen Situation bieten sie nicht an... „Eine sehr bezeichnende Überlegung. Ja, die Namen von Afanassjew, Popow, Schmeljow, Bunitsch, Sacharow, Lissitschkin, Tschernitschenko und einiger anderer sind im ganzen Land bekannt. Die Massenmedien wetteifern darum, ihnen das Wort zu geben. Warum? Weil es ernsthafte Wissenschaftler sind, Leute, die eigene Ansichten haben, die die Krankheit unserer Gesellschaft innerlich schwer durchmachen. Davon sprechen, sie würden nur alles „anschwärzen“ und „verunglimpfen“, kann nur jemand, der sich selbst nicht die Mühe macht, ihre Konzeptionen und Vorschläge zu erfassen. Wenn es aber heißt, sie böten keinen vernünftigen Ausweg, dann geht es offenbar um etwas anderes. Die meisten der heute von den namhaftesten Fachleuten vorgeschlagenen Lösungen sind mit der Zerstörung des administrativen Systems, mit der Demokratisierung der gesamten Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaft, mit einem pluralistischen Verständnis der Eigentumsformen verbunden. Offenbar scheinen manchen solche Wege nicht sinnvoll zu sein, und so versuchen sie diese zu ignorieren.“

N. Andrejew. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, daß die Deputierten erst beginnen, sich der ganzen Kompliziertheit parlamentarischer Arbeit bewußt zu werden. Um eine Entscheidung zu erarbeiten, muß man eine Vielzahl von Standpunkten anhören. Ein Deputierter gestand mir ein, es sei erforderlich, ständig Argumente, Fakten und Beweise abzuwägen. Der Deputierte muß emotionalen Druck standhalten, muß unterscheiden können, wo Aufrichtigkeit und wo

Demagogie ist. Und vor allem muß er seine Ansichten herausarbeiten. Das ist aufreibende intellektuelle Arbeit, zu der man bereit sein muß.

A. Guber. Auf dem Kongreß gab es nicht allzu viele Reden, in denen neben ökonomischem Wehklagen, wofür übrigens aller Grund ist, ein durchdachtes Programm zur Überwindung der Krise enthalten wäre. Manche Deputierte wiesen, wie mir schien, einzelne Elemente eines solchen Programms auf, die unter den lautstarken Argumenten, die bewiesen sollen, daß der Opponent unrecht hat, aber gar nicht einfach zu erkennen waren. Und meiner Meinung nach ist kein Element des sich offenbar abzeichnenden Programms für die Mehrheit umstritten. Die einen meinen, eine außerordentliche Situation verlange außerordentliche Maßnahmen beschränkender und verbietender Art. Andere halten ihnen entgegen, gerade die zu häufige, wenn nicht ständige Anwendung außerordentlicher Maßnahmen in der Vergangenheit habe unsere Wirtschaft auf den heutigen betrüblichen Stand gebracht. Jetzt sei im Gegenteil kein Druck notwendig, sondern eine weitere Liberalisierung, keine Verbote, sondern eine Förderung, Interesse. Im Grunde haben die Wirtschaftswissenschaftler, die sich um die Moskauer Delegation gruppieren, ein attraktives und realisierbares Programm. Nur zögert man, dieses Programm bedingungslos zu unterstützen, weil eine Reihe ihrer noch vor kurzem nicht weniger radikalen Kollegen, nachdem sie in hohe Funktionen im Partei- und Staatsapparat berufen wurden, schnell die Platte wechselten und ihre frühere Kühnheit verloren haben. Das geschah vor allem nicht wegen ihres Konformismus, sondern weil die Politik zu formulieren das eine ist, für deren Verwirklichung aber verantwortlich zu sein etwas ganz anderes.

G. Sidorowa. Ich meine, eine Maß-

Kongreß und Gesellschaft

Alexander JAKOWLEW, Volksdeputierter der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK der KPdSU, antwortet auf Fragen der NZ-Korrespondentin Galina Sidorowa

NZ: Der Kongreß hat eine große Zahl von Problemen aufgeworfen, die sich im Land angehäuft haben und über die wir schon lange diskutieren. Es ist klar, daß der Kongreß nicht alles lösen kann. Worin bestehen Ihrer Meinung nach die wertvollsten Erfahrungen dieser Tage und die wichtigsten Aufgaben des Kongresses?

A. Jakowlew: Der Wert dieses Kongresses besteht darin, daß er einen bedeutenden Schritt in Richtung Demokratie darstellt. Vielleicht hatte der eine oder andere vor dem Kongreß Zweifel oder Befürchtungen bezüglich eines möglichen Zurückklangs. Der Kongreß hat bewiesen, daß es die Veränderungen unumkehrbar sind. Ein Zurückweichen von den Prinzipien der Demokratie, Offenheit und Glasnost käme einer Katastrophe gleich. Ich wiederhole nochmals, daß meiner Meinung nach die Entwicklung der Demokratie die wichtigste Errungenschaft unseres Kongresses ist, trotz seiner Vieldeutigkeit, seiner Unebenheiten und der Äußerung diametral entgegengesetzter Standpunkte. Jetzt stehen wir vor der Aufgabe, die staatsbürgerliche Verantwortung eines jeden von uns zu erhöhen. Wir gehen von einer autokratischen, autoritären Gesellschaft zu einer demokratischen Gesellschaft über, die für alles voll verantwortlich ist, für die Worte wie für die Taten. Ich wiederhole: auch für das Wort. Denn das einzige Gegengewicht zum unrichtigen Wort wird das wahre Wort sein. Das aber steht in Zusammenhang mit der Mentalität, mit den inneren Leiden-



schaften. Wenn man in der demokratischen Gesellschaft die Vernunft bei der Beschlüffassung über staatliche Belange über alles andere stellt, dann wird das eine gewaltige Saché sein. Ich glaube, es wird gelingen. Vorerst überwiegen die Emotionen, sie bestimmen das Klima. Ich denke, das sollte nicht sein. Natürlich kann man keinem Menschen seine Emotionen absprechen, aber sie dürfen die Vernunft nicht trüben.

NZ: Von denen, die den Kongreß im Fernsehen und in der Presse verfolgen, bekommt man hin und wieder die Meinung zu hören, da spiele man nun Demokratie und übe sich in Schönrednerei. Wann werden nun aber die Probleme gelöst?

A. Jakowlew: Das gibt es. Im Fernsehen wird alles gezeigt. Ein wichtiges Arbeitsgremium, das die Probleme löst, soll der Oberste Sowjet werden. Bei einer so großen Anzahl von Deputierten, wie hier beim Kongreß, wird man kaum alle Fragen behandeln und eine optimale Lösung finden können. Ich denke, der Oberste Sowjet wird es Schritt für Schritt lernen, praktische Fragen zu lösen. Nur sollte man

dabei nichts überstürzen. Alles geht seinen normalen, natürlichen und vernünftigen Gang.

NZ: Es ist sicher zum ersten Mal, daß alle unsere 280 Millionen Bürger in dieser oder jener Form an der Arbeit des Kongresses teilnehmen, seinen Verlauf in Direktübertragungen verfolgen und ihren Deputierten Aufträge, Hinweise und Wünsche übermitteln. Offensichtlich wird unsere Nation politisch reifer. Das ist ein komplizierter, nicht ganz schmerzloser Prozeß, aber er vollzieht sich.

A. Jakowlew: Natürlich vollzieht er sich. Der Kongreß ist ein Abdruck der Nation, ein Spiegelbild der öffentlichen Meinung, ein recht genauer Querschnitt. Alles, was wir in der Gesellschaft beobachten können, Besonnenheit und Gereiztheit, das gesamte Spektrum der Emotionen, finden wir auch beim Kongreß.

NZ: Und wie sieht es beim Kräfteverhältnis aus? Spiegelt die Zusammensetzung des Kongresses die reale Kräfteverteilung in der Gesellschaft wider? Kann man sagen, daß beim Kongreß ein politischer Kampf stattfindet?

A. Jakowlew: Der Kongreß kann keine exakte Widerspiegelung sein, allein schon deswegen nicht, weil keine Erscheinung in Reinform auftritt. Ich denke, daß ein politischer Kampf stattfindet. Es geht dabei weniger um die Macht als solche, sondern wohl eher darum, wie man am schnellsten vorankommt. Alle sind durch die Perestroika und die Idee von der Erneuerung unseres Landes in Bewegung gekommen. Allerdings verstehen nicht alle dasselbe

nahme, die zu einer Überwindung der Krise führt und die kaum bei jemandem Einwände hervorrufen wird, ist die in der Ansprache verkündete Reduzierung der Verteidigungsausgaben um 14 Prozent. Erstmals wurde auch die Summe der jetzigen Ausgaben – 77,3 Md. Rubel – genannt. Doch da stellte sich bei mir gleich folgender Gedanke ein: Erst vor kurzem hatten die Deputierten des vorhergehenden Obersten Sowjets eine um ein Vielfaches kleinere Zahl bestätigt, wenn ich mich nicht täusche, so um die 17 Milliarden. Was steht hinter diesem Zahlenunterschied? Woraus besteht überhaupt der Militäraushalt eines Landes? Die Höhe der Militärausgaben zu nennen, bedeutet noch nicht, die Tätigkeit des Verteidigungsministeriums, die Formulierung der Politik der nationalen Sicherheit und ihrer Prioritäten unter die Kontrolle des Parlaments zu stellen. Eine solche Kontrolle wird, wie ich

hoffe, vom Ausschuß für Fragen der Verteidigung und der Staatssicherheit übernommen werden, der auf paritätischer Grundlage von beiden Kammern des Obersten Sowjets gebildet wird.

A. Guber: Ich möchte noch ergänzen, daß offenbar die Zeit gekommen ist, von der Illusion Abschied zu nehmen, in der Gesellschaft oder in der Volkswirtschaft könne es Zonen der vollständigen Ordnung oder besonderer Unordnung geben. Zu ersteren rechnete die Öffentlichkeit bis vor kurzem die Armee, die Rüstungsindustrie, die Weltraumforschung... Zu letzteren die Landwirtschaft. All unsere Lebensmittelprobleme erklären sich angeblich dadurch, daß es die Menschen auf dem Land verlernt hätten zu arbeiten, daß sie faul geworden seien, die Technik schlecht nutzen usw. Wassili Starodubzew, Vorsitzender eines Kolchos aus dem Gebiet Tula, sagte dazu treffend auf

dem Kongreß: „Zweifellos gibt es all das, doch, ehrlich gesagt, genau so wie auch in anderen Volkswirtschaftszweigen.“ Versuche, für Ordnung nur in einem Bereich zu sorgen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt, obwohl sich Relikte solcher Illusionen auch auf dem Kongreß zeigen.

J. Schewtschenko: Zudem wurde und wird Geheimnistuerei keineswegs nur auf die militärische Sphäre beschränkt. Sie soll oft Schlämpigkeit und ökonomischen Voluntarismus tarnen sowie Kontrolllosigkeit in Bereichen, die mit der Rüstungsindustrie nichts zu tun haben, gewährleisten. Der Deputierte W. Below verlangte nicht von ungefähr, daß die Bedingungen der Schaffung von Joint Ventures und Aktiengesellschaften, die heute entstehen, unbedingt in der Presse zu veröffentlichen sind. Dem ist hinzu zufügen, daß der Mechanismus der Festlegung der Höhe der Steuern, der Aus-

darunter, aber eine Sorge getragen wird gemeinsam: Wir müssen das Land verändern. Darum wird gekämpft. Das Spektrum der Standpunkte ist sehr breit, bis hin zum Extrem. Einige haben es eilig, andere sind zu hektisch und wieder andere bleiben immer noch viel zu gleichgültig: Soll es laufen, wie es läuft. Vielleicht gibt es noch eine vierte Gruppe, die denkt: Jeschlimmer, desto besser. Es könnte alles geben.

NZ: Bei den Kundgebungen in Moskau zur Unterstützung des Kongresses tauchte die Lösung auf: „Die Mehrheit des Volkes ist für die Minderheit des Kongresses“.

A. Jakowlew: Ich denke nicht, daß sich der Kongreß in Minderheit und Mehrheit unterteilt. Diesen Dingen habe ich nie Glauben geschenkt.

NZ: Aber es gibt doch bei uns konservative und progressive Kräfte?

A. Jakowlew: Bei uns gibt es alles. Ich bin allerdings weit von einer Einteilung in Konservative, Gemäßigte und Progressive entfernt. Mich haben beispielsweise Schriftstellerkreise eines Besseren belehrt. Dort kann man auch eine Dreiteilung in Linke, Rechte und Zentristen vornehmen. Sobald man sich aber eingehender damit beschäftigt, wird alles unverständlich, weil ein und derselbe Mensch zu einer Frage eine linke Position, zu einer anderen eine rechte Position bezieht und über eine dritte Frage ganz vernünftig urteilt. So ist das auch beim Kongreß. Ich habe beobachtet, wie dieselben Deputierten, die ich persönlich kenne, mit dem gleichen Enthusiasmus Rednern Beifall klatschten, die entgegengesetzte Meinungen äußerten. Zuerst applaudieren sie einem Standpunkt, einige Minuten deren Widerlegung. Von welcher Teilung will man da sprechen? Ich würde nicht unterteilen wollen. Alles ist viel komplizierter. Diese Etappe muß überwunden werden.

NZ: Der neue Oberste Sowjet wurde gewählt. Wie beurteilen Sie seine Arbeitsfähigkeit vom Standpunkt seiner professionalen Zusammensetzung und der Aufgaben, die wir ihm stellen wollen?

A. Jakowlew: Sie interessiert, ob alle für die

Mitarbeit im Obersten Sowjet gerüstet sind?

NZ: Es gibt da gewisse Zweifel.

A. Jakowlew: Wir müssen alle lernen. Ich weiß nicht, wer zur Arbeit gerüstet ist und wer nicht. Ich könnte keinen Menschen nennen, der völlig zur Erfüllung seiner Aufgaben gerüstet wäre. Einige sind es mehr, andere weniger.

NZ: Es geht dabei um den Professionalismus, im besten Sinne des Wortes, der Politiker und Parlamentarier, gleichzeitig auch um die Interessenvertretung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Wie soll das Ihrer Meinung nach miteinander korrespondieren?

A. Jakowlew: Wenn wir von der Widerspiegelung der Wählerinteressen sprechen, dürfen wir nicht vergessen, daß einige Deputierte mit einer Mehrheit von 51 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent gewählt wurden. Wie kann man das sagen, sie würden die Interessen aller Wähler widerspiegeln? Jene knappe Hälfte, die dagegen gestimmt hat, war sicher mit diesen Kandidaten nicht einverstanden. Deshalb zucke ich mit den Schultern, wenn einer sagt, diese Deputierten würden die Interessen aller Wähler widerspiegeln. Selbst jene, die dafür gestimmt haben, sind vielleicht nicht mit allen Programm punkten einverstanden gewesen. Ein Kandidat kann Wähler durch eine geschickte Fragestellung oder durch sein energisches Auftreten gewinnen. Mit der Zeit wird alles wieder an seinen Platz kommen. Hätten wir die Wahlen sechs Monate später abgehalten, wäre sicher auch die Zusammensetzung des Kongresses eine andere. Ob schlechter oder besser, weiß ich nicht. Die Lage ändert sich schnell, nicht nach Monaten, sondern nach Stunden.

NZ: Beschreiten wir Ihrer Ansicht nach den Weg hin zu größerem Professionalismus in der politischen Tätigkeit?

A. Jakowlew: Hin zu mehr Erfahrungen.

NZ: Erstmals bei einem so großen Forum berühren die Redner kaum internationale Fragen. Dagegen gibt es in dem zu erörternen Vortrag des Vorsitzenden des Obersten Sowjets auch einen internationalen Abschnitt. Sind dafür die gespannten inne-

ren Probleme verantwortlich, die den meisten Diskussionsrednern näher liegen?

A. Jakowlew: Hier macht sich offenbar bemerkbar, daß man in der Außenpolitik einen gesamtstaatlichen Konsens gefunden hat. Hier geht es wirklich voran, dazu noch in der richtigen Richtung, obwohl auch hier noch viel zu tun bleibt. Offensichtlich sind die Menschen mit den wichtigsten außenpolitischen Schritten einverstanden, z. B. mit dem Abzug unserer Truppen aus Afghanistan. Neue Beziehungen zu China wurden aufgenommen, zwei große Nationen haben sich sozusagen wieder miteinander versöhnt. Dagegen hat niemand etwas einzuwenden. Hier war man, gelinde gesagt, nicht mit den Mißverständnissen einverstanden, die unsere früheren Beziehungen jahrzehntelang belastet haben. Auch zum Abrüstungsprozeß gibt es eine landesweite Übereinstimmung. Alle sind mit unserem Streben nach gutnachbarlichen und menschlichen Beziehungen zu allen Staaten Europas einverstanden. Die Vertiefung der Beziehungen zu den USA auf der Grundlage neuer Werte, des Dialogs, der an die Stelle der Konfrontation getreten ist, kennt auch keine Gegner, glaube ich. Deshalb wird darüber wenig beim Kongreß diskutiert. Es wäre aber unmöglich, die internationa len Fragen von der Perestroika zu trennen.

NZ: Ihnen hilft sicher gegenwärtig das, was auf internationaler Ebene schon erreicht werden konnte.

A. Jakowlew: Zweifellos. Die Außenpolitik treibt die Perestroika direkt voran. Nehmen wir nur einmal die Kürzung der Militärausgaben und die psychische Beruhigung, daß die Gefahr einer nuklearen Katastrophe nicht mehr so unmittelbar ist. Die Kriegsgefahr wird jetzt eher als theoretischer Begriff, nicht aber als Realität empfunden. Vor kurzem hat uns das alles noch stark bedrückt, die hohen Militärausgaben, die atomare Gefahr, die Gefahr eines Nuklearkrieges „aus Versehen“, die lokalen Konflikte. Mancher mag denken, diese Probleme würden sich von selbst lösen. In Wirklichkeit wird in der Außenpolitik ständig hart und unermüdlich gearbeitet.

NZ: Ich bedanke mich für dieses Gespräch.

landsinvestitionen, die Bedingungen internationaler Verträge, der Hilfe für andere Länder, der Überlassung von Grundstücken an westliche Firmen und viele andere Entscheidungen von nationaler Bedeutung auch heute ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Ein baschkirischer Deputierter machte den Kongreß auf eine Erscheinung aufmerksam, die ebenfalls den Siegel des Geheimen, der Anonymität, genauer gesagt der Unkontrolliertheit der Urheber, trägt wie bürokratische Störmanöver gegen den Großhandel mit Produktionsmitteln. Das kann zu einer weiteren, potentiell schweren Krise führen: Die zentrale Versorgung der Betriebe wird entsprechend der neuen Gesetzgebung gedrosselt, der Großhandel aber, d. h. die Eigenversorgung, nicht gefördert. Hier wenden sich die Analytiker auf der Suche nach dem Schuldigen dem Staatlichen Plankomitee zu. Ist es

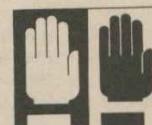
überhaupt erforderlich? Es sei notwendig, antworteten viele Deputierte, doch es müsse dem Obersten Sowjet rechenschaftspflichtig sein. Ein richtiger Gedanke, der aber leider weder durch eine Abstimmung noch durch irgend eine Direktive des Parlaments Gestalt erhielt...

W. Shitomirski: Natürlich hatten Schlampelei und ökonomischer Voluntarismus beklagenswerte Folgen in vielen Bereichen unseres Lebens. Doch die Landwirtschaft nimmt meiner Meinung nach dabei einen der „ersten“ Plätze ein. Nicht von ungefähr traten die mit der Landwirtschaft verbundenen Deputierten bereits in den ersten Tagen des Kongresses mit ihrem Appell an die Öffentlichkeit...

A. Guber: Im Grunde sind die Worte, daß wenn man den Bauern nicht zum Herren seiner

Scholle macht, das Land nicht zu ernähren ist, nicht neu. Gerade so wird die Frage in so gut wie allen richtungweisenden Dokumenten der Perestroika gestellt. Doch dabei sind wir, wie aus den Reden auf dem Kongreß und aus dem Appell der 417 mit der Landwirtschaft verbundenen Deputierten hervorgeht, real nicht vorangekommen. Warum? In ihren Antworten auf diese Frage gingen die Redner weiter als je zuvor. Und sie kamen zu einem gemeinsamen, wenn auch unterschiedlich formulierten

Schlüß: Die Hauptgründe dafür sind politischer Natur. Der Staat hat bei uns das Monopol an Grund und Boden, an den Betrieben, er plant die Produktion und setzt die Preise fest... Das ermöglicht dem Apparat, im Namen des Staates über alles zu verfügen und, die von der Perestroika dik-



AUF FRAGEN DER NZ ANTWERTET

Jewgeni TSCHASOW
Minister für Gesundheitswesen
der UdSSR,
Gast des Kongresses

NZ. Auf dem Kongreß wurde der Vorschlag unterbreitet, die 4. Hauptverwaltung des Ministeriums für Gesundheitswesen auf die Behandlung von Kindern umzuorientieren. Ihre Meinung?

Das ist ein unprofessioneller Vorschlag. Die Kliniken der 4. Verwaltung sind darauf nicht eingerichtet, nicht dafür vorgesehen. Etwas anderes ist es, daß wir jetzt zwei uns übergebene Regierungsdatschen (auf einer von ihnen erholt sich einst u. a. Worschilow) in Kinderkliniken umrüsten. Auf dieser Grundlage bauen wir ein Zentrum für Kinderheilkunde auf.

NZ. Was könnten Sie zum AIDS-Problem in unserem Land sagen? Wird das Gesundheitswesen mit dieser schrecklichen Gefahr fertigwerden? Und ist nicht ein nationales Sonderprogramm erforderlich, das auf dem Kongreß angenommen werden müßte, um die Krankheit des Jahrhunderts zu bekämpfen?

Es gibt in unserem Land bereits zwei Zielprogramme – unser Programm des Ministeriums für Gesundheitswesen und ein akademisches. Ich sehe nicht die Notwendigkeit für ein drittes. Beim Kampf gegen AIDS legen wir das Schwergewicht auf die Vorbeugung. Die Gefahr muß im Anfangsstadium gebannt werden. Zu dieser Feststellung besteht aller Anlaß.



keine Ausnahme sein – verständlicherweise geht es nicht um die Preisgabe von Staats- und Berufsgeheimnissen. Es geht vielmehr um das normale Leben der Gesellschaft, wenn das KGB für uns eine ganz gewöhnliche, in der gesellschaftlichen Struktur erforderliche Einrichtung wird. Man braucht nur ein Ministerium der Kontrolle des Parlaments zu entziehen, und das gesamte System des Rechtsstaates bricht wie ein Kartenspiel zusammen. Eben deshalb haben die Deputierten, die im Ausschuß des Obersten Sowjets für Fragen der Verteidigung und der Staatssicherheit arbeiten werden, meine Meinung nach eine sehr verantwortliche Aufgabe.

A. Guber. Mein verstorbener Vater sagte mir: „Wenn du von der Ehrlichkeit eines Menschen überzeugt bist, mußt du ihm selbst dann glauben, wenn tausend andere behaupten, er lüge.“ Das sagte er Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre, und das, was wir jetzt von dieser Zeit erfahren, läßt in den Worten meines Vaters einen besonderen Sinn vermuten. Doch das Wichtigste daran stimmt zu allen Zeiten: Das Wort eines ehrlichen, klugen Mannes kann nicht einfach von der Mehrheit, von der lärmenden Menge verworfen werden. Daran mußte ich denken, als ich sah, wie

tierierten Erlasse ignorierend, dem Bauern weiterhin vorzuschreiben, was jener zu tun habe, was er an wen und zu welchem Preis zu verkaufen und was bei wem und zu welchem Preis zu kaufen habe. Und wie das System der Wirtschaftsführung auch genannt werden mag – Kolchos, Pachtvertrag, Farmen oder etwas Ähnliches –, wenn der Staat das Eigentumsmonopol und der Apparat die Macht behält, wird sich die Lage nicht radikal bessern.

Und dabei geht es meiner Meinung nach weniger um die Kompetenz derjenigen, die in den Leitungsorganen der Landwirtschaft von unten bis oben tätig sind, sondern um das Fortbestehen des Systems dieser Organe, die gegenüber den Bauern unverantwortlich handeln. Sie sind nur vor eigenen übergeordneten Organen verantwortlich. Die Reaktion letzterer auf bestimmte Entscheidungen ist für sie wichtiger als die Haltung der Bauern oder der wirtschaftlichen Nutzeffekt.

W. Shitomirski. Offenbar reicht es nicht, den Bauern zum Herren seiner Scholle zu erklären. Er muß tatsächlich die freie Wahl treffen können, was für ihn am besten geeignet ist – ein Kolchos, ein Sowchos oder eine andere Form individueller Wirtschaftsführung. Zum Glück waren auf dem Kongreß schon fast keine Aufrufe zu vernehmen, ein für allemal zu bestimmen, was zu tun sei: alle Kolchosen und Sowchos aufzulösen oder im Gegenteil sich auf deren uneingeschränkte wirtschaftliche Stärkung zu konzentrieren. Die Delegierten neigten in dieser Frage der Auffassung zu, daß der Bauer als Herr über den Boden allein zu entscheiden habe – nicht für alle, sondern für sich selbst.

N. Andrejew. Natürlich können wir die Rede des Deputierten Wlassow nicht unkommentiert im Raum stehen lassen. Er formulierte Fragen, die sich viele stellen: Wie sollen Rolle und Platz des KGB in unserem politischen System sein? Ich meine, diese seriöse Organisation müßte

Schritte unternehmen, um regelmäßig das Vertrauen der Bürger neu zu gewinnen. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Unlängst besuchte ich Syktywkar (ASSR der Komi). Dort antworteten Mitarbeiter des örtlichen KGB in einer direkten Fernsehsendung auf alle Fragen des Publikums.

G. Sidorowa. Vertrauen und Offenheit müssen meiner Meinung nach den Beziehungen jedes Amtes mit der Gesellschaft zugrunde liegen. Auch das KGB kann da

AUF FRAGEN DER NZ ANTWERTET

Raimonds PAULS
Vorsitzender des Staats-
komitees Lettlands für Kultur,
Komponist

NZ. Fühlen Sie sich im Kongreßsaal wohl?

Nein. Viele nur auf die eigene Person orientierte Auftritte, viel Lärm, unschöne verbale Ausfälle. Von einer Kultur der jetzigen Debatten kann man nur sehr bedingt sprechen.

NZ. Was meinen Sie, warum?

Ein Grund ist, daß Menschen unterschiedlichen Niveaus zum Kongreß entsandt wurden. Sozusagen unterschiedlicher Gewichtsklassen – was die Intelligenz, die Kompetenz und die Toleranz angeht. Das ist verständlich: Die Wahlen waren ungerecht, die einen siegten in hartem Konkurrenzkampf. Andere Deputierte aber wurden fast ernannt. Ich denke dabei an die Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen. Ich meine, so unterschiedliche Methoden bei der Bestimmung der Deputierten sind Unsinn.

NZ. Sie sind ein Neuling unter den

Mitarbeitern des Apparats. Was spüren Sie in dieser Eigenschaft?

Ich bin nicht nur ein Neuling, ich bin ein recht seltener Vogel: ein Berufsaparatschik. Einem Profi, der sein Metier kennt, fällt es, wie ich mich überzeugen konnte, schwerer, eine leitende Funktion auszuüben als einem gestrigen Dilettanten. Die Mängel in der Arbeit der Kultureinrichtungen sehe ich als Künstler von allein. Mich kann man nicht betrügen. Meine zahlreichen Untergebenen, die noch unlängst ihre Vorgesetzten soviel sie wollten an der Nase herumführen konnten, stört das – und es nimmt ihnen den Mut. Viele Probleme werden beseitigt, neue entstehen.

NZ. Zum Beispiel?

So wurde meinem Vorgänger vorgeworfen, man gewähre den Theatern der Republik keine Selbständigkeit, lasse sie nicht mutige Stücke aufführen. Ich habe das erlaubt. Doch was sollen sie denn aufführen? Wie sich herausstellte, gibt es nichts, was man auf die Bühne bringen könnte. Die Stücke fehlen – sie sind noch nicht geschrieben...

Akademiemitglied Andrej Sacharow am Rednerpult im Kongreßpalast des Kreml einsam seine Meinung verteidigte. Er sprach von Afghanistan.

G. Sidorowa. Und ich dachte in diesem Augenblick daran, welche entsetzlichen unabsehbaren Folgen für unser ganzes Volk ein hinter den Kulissen gefärbter Beschuß haben kann.

J. Schewtschenko. Auf dem Kongreß wurden viele akute Probleme deutlich. Die meisten von ihnen wurden nicht geglättet. Ich meine, sie sollten auch nicht untergebügelt werden. Dieser Probleme muß man sich bewußt werden – sind es ja akute Probleme des administrativen Kommandosystems, das seine Positionen nicht räumen will, akute Probleme der ganzen Gesellschaft.

G. Sidorowa. Da wir nun schon einmal akute Probleme berührt haben, möchte ich eine Beobachtung weiterreichen. Wenn man von oben, vom Pressebalkon aus herabblickt, sind die Plätze im Parterre gewöhnlich fast vollständig von Deputierten besetzt. Und nur in einem Abschnitt fällt eine Reihe auf, in der nur ein Deputierter sitzt – General Rodionow, Befehlshaber des Transkaukasischen Militärbezirks, auf dem die Verantwortung für die Folgen der Tragödie von Tbilissi lastet. Auf dem Kongreß kommt es zu Diskussionen über die Rolle der Armee, über ihre Diskreditierung, ja über Umtriebe obskurer Kräfte, die sie angeblich zu kompromittieren suchen. Meiner Meinung nach geht es um etwas anderes. Erstens widerspiegelt der Zustand der Armee die Krankheiten und Probleme der Gesellschaft. Zweitens ist, solange der Staat Soldaten gegen seine eigenen Bürger einsetzt, um friedliche Demonstrationen von Andersdenkenden zu unterdrücken, das Ansehen der Armee

AUF FRAGEN DER NZ ANTWERTET

Kirill LAWROW Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Theaterschaffenden der UdSSR

NZ. Ist Ihrer Meinung nach die Gegenüberstellung von Deputierten aus der Intelligenz den Deputierten aus der Arbeiterklasse, der Bauernschaft berechtigt? Sie wird immer noch vorgenommen.

Leider. Das ist eine schädliche Tendenz, sie wird von obskuren Leuten, von zwielichtigen Politikern begünstigt. Wenn aber ein Schauspieler (wie ich) aus dem Arbeitermilieu stammt?

NZ. Meinen Sie nicht, daß der erste Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR an ein Theaterstück erinnert, daß er sein eigenes Sujet hat?

Die Regieführung spürt man, wenn Sie einen Profi fragen. Doch ich sehe auch etwas anderes: die Widerspen-

stigkeit vieler Akteure, die Weigerung, die ihnen aufgezwungene Rolle zu spielen, ja überhaupt sich als Schauspieler zu betätigen.

NZ. Das Leningrader Große Dramatische Theater, an dem Sie arbeiten, ist ungemein beliebt. Dieses Theater macht eine schwere Zeit durch – Towstonogow ist gestorben. Wir Moskauer begaben uns oft am Wochenende nach Leningrad, zu Towstonogows Inszenierungen am Großen Dramatischen Theater. Wird das Theater den Verlust verwinden können?

Eine schwere Frage. Tag und Nacht denke ich daran – wie alle am Theater. Doch ... ich meine, wir werden der Idee der kollektiven Führung näherkommen... Bis ein neuer Towstonogow geboren wird.

NZ. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, mich wieder am Wochenende nach Leningrad, ins Große Dramatische Theater, zu begeben.

Ihr Wort in Gottes Ohr.

in der Gesellschaft nicht wiederherzustellen. Die Armee muß ihre Arbeit tun. Diese Meinung vertrat übrigens auch General Rodionow, als ich gleich nach der Tragödie mit ihm in Tbilissi zusammentraf.

W. Shitomirski. Die Diskussion auf dem Kongreß brachte auch mich auf einige Gedanken zur Armee, genauer gesagt, zu den Veteranen. Man kann die Mißbilligung eines jeden teilen, der erfährt, daß bislang nicht überall in unserem Land die sterblichen Hülle von Militärangehörigen, die im Großen Vaterländischen Krieg gefallen sind, beigelegt wurden. Eine empörende

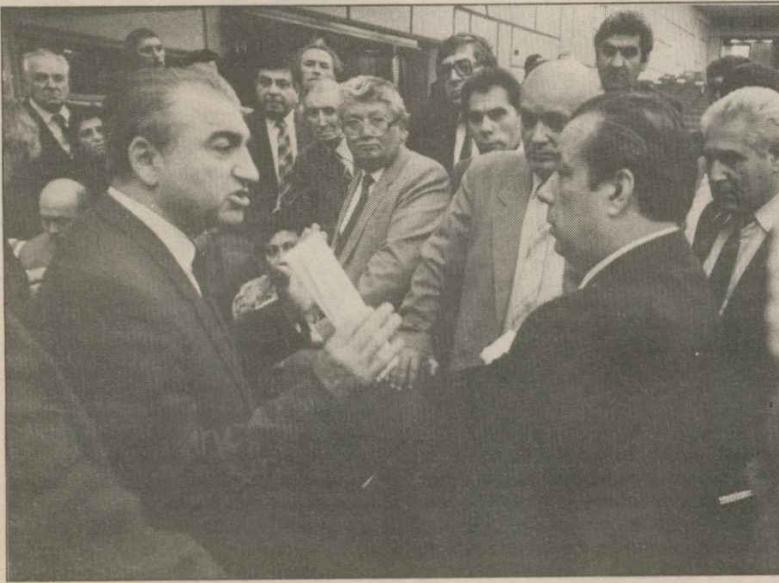
Tatsache, die von beispiellosem Hartherzigkeit, ja geistiger Verrohung zeugt. Empörte Worte darüber waren auch auf dem Kongreß zu vernehmen.

Doch überlegen wir uns einmal folgendes. Der im Grunde berechtigte Gedanke, daß wir alle für alles, was im Lande geschieht, verantwortlich sind, bedeutet keineswegs, daß alle in gleichem Maße an allem schuld wären. Man kann ja wirklich nicht jenen die Verantwortung für die Stagnation aufladen, die stets gegen sie gekämpft haben, den Verfolgten, die wiederholt für ihr Eintreten gelitten haben – Swjatoslaw Fjodorow, Gawriil Iliarow, Roj Medwedew, Juri Tschernitschenko u. a.

N. Andrejew. Ist es denn nicht eben diese Gewohnheit, allen die gleiche Verantwortung zuzuweisen, die einige Deputierte im Namen breiter Bevölkerungsschichten sprechen läßt. „Ich wie die ganze Arbeiterklasse meine...“, „Wir Dorfbewohner verlangen...“, „Unsere Delegation... einstimmig“. Natürlich fühlt sich jeder von uns der einen oder anderen gesellschaftlichen Gruppe zugehörig, doch dies gibt nicht das Recht, sich als „Stimme des Volkes“ zu betrachten. Eine Beobachtung am Rand: Die Deputierten sind gegen die Bildung von Fraktionen und verlangen zugleich von den Rednern die Antwort auf die Frage, in wessen Namen sie sprechen.

G. Sidorowa. Meiner Meinung nach erklärt sich alles durch einen Mangel an parlamentarischer Kultur, ja überhaupt politischer Kultur in der Gesellschaft, worüber viele Deputierte am Rednerpult sprachen.

J. Schewtschenko. In einer Sitzungspause sprach ich mit dem Volksdeputierten Akademiemitglied Dmitri Lichatschow.



Die Diskussionen über die Probleme von Nagorny Karabach gehen in einer Sitzungspause weiter. Die Volksdeputierten Abdul-Rachman Chaili oglj Wesirow (l.) und Arkadi Wolski

Seine Worte: Ohne Kultur, ohne Moral sind all unsere Anstrengungen, darunter die der Organe der Volksmacht, sinnlos. Die allgemeine Richtigkeit dieser Worte schien stets umstritten zu sein, doch akademisch, abstrakt. Und nun, hier auf dem Kongreß, finden sie eine entschiedene Bestätigung in der Arbeitspraxis des Parlaments. Die Streitkultur, der moralische Gehalt der Diskussionen und, was noch wichtiger ist, der Positionen werden zu greifbaren, konkreten Kategorien – zu den entscheidenden, den wichtigsten Kategorien.

W. Shitomirski. Erinnern wir uns an die ersten Tage des Kongresses. Von verschiedenen Seiten wurden diejenigen, die Aktivitäten entwickelten, attackiert – sowohl Mitglieder der „Moskauer Gruppe“ als auch die Deputierten aus dem Baltikum. Das kam in lärmender Ablehnung zum Ausdruck, darin, daß Ausführungen unbequemer Redner von Beifall übertönt, in unserem ganzen Land bekannte Wissenschaftler niedergestimmt und scharfmache-rische Reden gehalten wurden. Den Deputierten aus Moskau wurde vorgeworfen, sie wollten anderen ihre Auffassung aufzwingen, sie brächten den Kongreß von der Tagesordnung ab, ja sogar sie seien machtgierig und wollten die Posten unter sich aufteilen. Doch bekanntlich hatten die Delegierten aus Moskau angespannt über einen Monat vor dem Kongreß gearbeitet und viele Vorschläge und Entwürfe von Dokumenten formuliert. Für viele Deputierte ist das ungewohnt, traditionell war es ja üblich, wenn etwas vom Apparat vorgeschlagen wurde. Solche Aktivitäten riefen bei vielen Ablehnung, ja einen gewissen Neid hervor.

N. Andrejew. Ich meine, hinter den Beschuldigungen gegen die Moskauer Delegierten verbirgt sich weniger Angst vor einer Spaltung als vielmehr Intoleranz gegenüber Initiativegeist, Unfähigkeit, ernsthafte, konstruktive Vorschläge zu akzeptieren. Diese Intoleranz ist übrigens überhaupt unseren gesellschaftlichen Beziehungen eigen, und der Kongreß ist hier keine Ausnahme.

W. Shitomirski. Doch allmählich, besonders am fünften, sechsten Tag, zeichnete sich eine Veränderung der Haltung gegenüber denjenigen ab, die oft ungewohnte Positionen vertreten, die für Unruhe sorgen und die Phantasie „allzu sehr“ beflügeln. Und bereits wiederholten Aufrufe laut, darauf zu hören, was die „Moskauer“ vorschlagen (und dieser Begriff wurde viel umfassender, da auch Vertreter vieler Regionen, Gebiete und Republiken ähnliche Ansichten vertraten). Das spricht davon, daß sich das neue Parlament auf dem Weg zur Reife befindet. Auch die Worte des Taschkenter Arbeiters Alexander Korschunow belegen das: „Von den Delegationen der baltischen Republiken lernen wir Parlamentarismus, die Kul-



tur des Parlamentarismus. Seid alle herzlich dafür bedankt!“

J. Schewtschenko. Der Aufruf einiger Deputierter zu Bescheidenheit und Ausgewogenheit der Selbsteinschätzung scheint mir ein ermutigender Ton auf dem Kongreß zu sein.

Das neue Denken ist unvereinbar mit Selbstbewährücherung, die in den Monologen der Redner immer noch durchbricht.

N. Andrejew. Vor über einer Woche wurde im Kreml der Vorschlag geäußert, am Ende jedes Arbeitstages innerhalb einer Stunde Resolutionen zu den Reden zu verabschieden, die Ideen und Initiativen einzuschätzen. Leider blieb dieser Vor-

schlag vom Präsidium unbemerkt, wurde nicht zur Abstimmung vorgelegt und folglich nicht billigt.

J. Schewtschenko. Darin besteht ja gerade die Arbeit des Parlaments, seine Aufgabe: kühne, innovative, sachbezogene Ideen zu erarbeiten und sie die Form eines Gesetzes, von Verfassungsartikeln annehmen zu lassen.

Das Parlament, die Deputierten (und somit deren Wähler) haben darüber zu befinden, ob sie eine Idee annehmen oder ablehnen.

W. Shitomirski. Meiner Meinung nach ist die Zeit gekommen, auch rein professionelle Beobachtungen weiterzugeben. Hatten es die Journalisten auf dem Kongreß

AUF FRAGEN DER NZ ANTWERTET

Dmitri LICHATSCHOW Akademiemitglied

NZ. Ihre Rede auf dem Kongreß, Dmitri Sergejewitsch, war vor allem Fragen der Kultur gewidmet. Wenn Sie längere Redezeit gehabt hätten, was hätten Sie noch gesagt?

Vieles... Daß Offenheit die Grundlage des Rechtsstaates ist, den wir schaffen. Doch Offenheit bedeutet nicht nur das Recht der Bürger, die für sie erforderlichen Informationen zu verlangen. Offenheit ist vor allem die Verpflichtung des Staates und all seiner Institutionen, den Bürgern rechtzeitig Informationen über alle Fragen von gesamtstaatlicher Bedeutung zu überlassen.

NZ. Meinen Sie nicht, daß Offenheit von verschiedenen Leuten unterschiedlich verstanden wird?

Dem ist so. Deshalb meine ich, daß – damit nicht nur wir Deputierten, sondern das ganze Volk die Offenheit richtig versteht – die Schaffung eines ständig und genau arbeitenden Meinungsforschungsinstituts erforderlich ist. Außerdem ist eine strafrechtliche Verantwortlichkeit einzuführen, wenn Amtsträger unrichtige, wissentlich ungenaue Angaben machen. Der Oberste Sowjet, den wir gewählt haben, muß eine Organisation (ein Komitee, einen Sowjet, ein Büro oder etwas Ähnliches) besitzen, die das Recht hat, jeden Leiter bis hin zum Minister vorzuladen und, falls erforderlich, umfassende und genaue Informationen zu verlangen. Wenn etwas verborgen oder verzerrt wird, muß ein Prozeß und ein Urteil folgen

(bis hin zu einigen Jahren Haft). Natürlich ist hier ein entsprechendes Gesetz über strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Genauigkeit der Informationen erforderlich.

NZ. Die Offenheit, von der wir sprechen, ist von der Redefreiheit nicht zu trennen.

Ich möchte konkretisieren – von wahrer, nicht aber von nur deklarativer Redefreiheit. Ich meine, Presse, Rundfunk und Fernsehen dürfen gerichtlicher Verfolgung (ich betone – gerichtlicher, keiner anderen) nur wegen Pornographie, wegen direkter und indirekter Aufrufe zu nationalem Hader und wegen der Veröffentlichung militärischer Geheimnisse ausgesetzt werden.

NZ. Was ist für Sie die wichtigste Aufgabe des Parlaments?

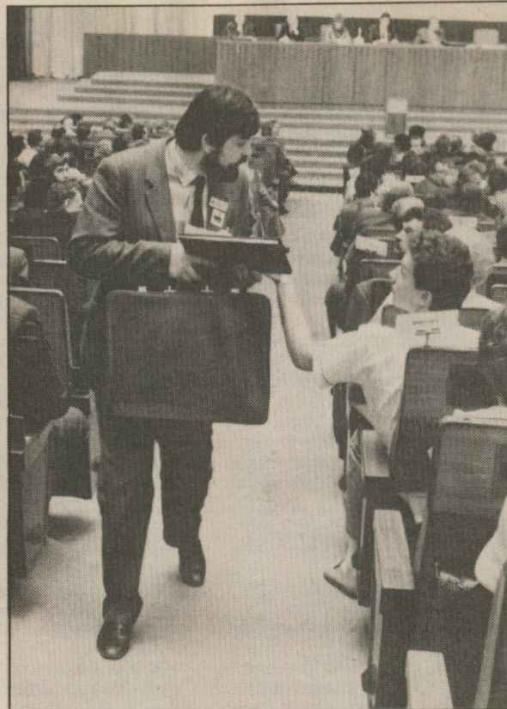
Außer dem Genannten und dem, was ich bereits vom Rednerpult aus gesagt habe, sehe ich diese Aufgabe in einer Anhebung des moralischen Niveaus unserer Gesellschaft, unseres Volkes. Bei einer niedrigen Moral funktionieren die ökonomischen Gesetze nicht, leidet die Wissenschaft, kann der Staat selbst nicht normal funktionieren. Ohne eine hohe Moral werden wir ins Chaos gestürzt. Und noch etwas. Wir Deputierten müssen es verhindern, daß einflußreiche Posten von Halbgebildeten bekleidet werden, die in der Regel überaus aggressiv gestimmt sind, die sehr selbstsicher und machthungrig sind, die die Persönlichkeit des einzelnen und dessen Rechte nicht respektieren.

leichter oder schwerer zu arbeiten, verglichen mit anderen Foren? Ich würde sagen, schwerer und deshalb zugleich leichter. In der Flut der Informationen hätte man untergehen können. Einer scharfen Diskussion folgte die nächste. Kritische Situationen entstanden fast jeden Tag. Doch für Journalisten, ich übertreibe nicht, war das ein wahres Fest. Und die früher nicht bekannte Zugänglichkeit einer Reihe höchster Repräsentanten? Nikolai Ryshkov fand wegen seiner Bereitschaft, auf beliebige Fragen aller Reporter, selbst des Korrespondenten der „Pionerskaja Prawda“, zu antworten, offenbar nicht immer die Zeit, um in einer Kongreßpause zu Mittag zu essen. Wiederholte gab Michail Gorbatschow Interviews, sprach Alexander Jakowlew mit Korrespondenten, das Fernsehen zeigte ein Interview mit Jegor Ligatschow, und einen Gast des Kongresses, Verteidigungsminister Dmitri Jasow, konnte man im Foyer, umgeben von Journalisten, sehen... Wir gewöhnen uns immer noch erst an das, was normal sein muß.

A. Guber. Und doch macht die Offenheit bei uns immer klarere Schritte. Ich befasse mich schon viele Jahre mit wirtschaftlichen Fragen, war wiederholt als Korrespondent auf Tagungen des Obersten Sowjets und auf Parteitagen tätig – und dabei hatte ich es früher stets mit Leuten zu tun, die vom Rednerpult aus das eine, für die Presse etwas anderes und im Freundeskreis wieder etwas anderes sagten. Und, offen gesagt, meine Kollegen und ich sahen diese, wenn man sich da hineindenkt, schreckliche Erscheinung als etwas Normales, als etwas Notwendiges in dem Spiel, an dem wir alle teilnahmen, an. Wenn ein Minister oder ein Akademiemitglied, der in einem Gespräch mit dir einen originellen Gedanken geäußert hat, bat, ihn nicht zu veröffentlichen, dann galt dies als ganz normal. Selbst eine Tonbandaufzeichnung gab dir nicht das Recht, etwas ohne die Zustimmung des Interviewten zu veröffentlichen. Ein Verstoß gegen diese Regel beschworene Unannehmlichkeiten herauf.

Auf dem Kongreß der Volksdeputierten rückte alles an seinen Platz. Die schärfsten, originellsten Gedanken werden von den Deputierten am Rednerpult vorgetragen. In der Regel sind die Interviews, die sie in den Pausen geben, weniger interessant als ihre Reden auf dem Kongreß. Zumindest mir scheint dies so. Das ist eine grundlegend neue Situation sowohl für die Deputierten als auch für die Journalisten. Früher bestand, wie ich mich erinnern kann, unsere eigentliche Arbeit als Korrespondenten darin, in dem Wust der mehr oder weniger einheitlichen Reden nach Bestandteilen einer lebendigen Idee zu suchen, jetzt aber schwillt der Strom dieser Ideen von Tag zu Tag weiter an.

W. Shitomirski. Eine soziologische Umfrage hat ergeben, daß 99 Prozent der Moskauer das Geschehen im Kongreßpalast des Kreml verfolgen. Aus Neugier? Wohl auch. Doch vor allem haben viele, wie ich meine, gespürt, daß ernsthafte Arbeit geleistet wird. Daß der jetzige Kongreß nicht die



Der Deputierte Egidijus Klumbys, ein Arzt aus Kaunas, verläßt den Saal. Er legte sein Mandat aus Protest gegen die Anwesenheit des Deputierten I. Rodionow nieder, der seiner Meinung nach für die Tragödie in Tbilissi verantwortlich ist

artige Deputiertenversammlung von gestern ist, die an eine Parteiversammlung aus der Stagnationszeit erinnerte, als die Anwesenden vor allem fürchteten, dösend in die Objektive der Fernsehkamera zu gelangen. Und auch die Fernsehkameras waren vor allem bei der feierlichen Verlesung des Rechenschaftsberichts des ersten Mannes eingeschaltet, suchten jene

Getreuen, die eifrig das Gesagte mitschrieben. Auch heute notieren sich manche Leute etwas. Doch nicht selten sind das Zettel für das Präsidiumpodium, bisweilen die letzte Korrektur der eigenen Rede.

Bei wie vielen Kongressen ergriffen so viele Menschen das Wort? Gäbe es einen Computer im Saal, er würde auf diese Frage antworten. So aber war selbst der Vorsitzende der Zählkommission, ein namhafter Elektronikfachmann, dazu verdammt, fast mit Hilfe des Rechenbrettes die erforderlichen Zahlen zu liefern. Unterdessen ist die Frage des Computer Einsatzes auf dem Kongreß nicht rein technischer Natur, obwohl der enorme Zeitverlust, um alle Ja- und Nein-Stimmen zu erfassen, ebenfalls keine Freude ist; bisweilen kommt es sogar zu Verstößen gegen die Prozedur, wenn nur die Hände jener, die dagegen sind oder die sich enthalten, gezählt werden. Nein, nicht nur davon ist die Rede. Es geht viel mehr darum, wie die Deputierten die Aufträge ihrer Wähler ausführen, welche Haltung sie zu einer

bestimmten Frage einnehmen. So wollen z.B. in Moskau einer Umfrage zufolge 90 Prozent der Befragten wissen, wie jeder Deputierte abstimmt. Ich meine, daß auch anderswo dieser Anteil sehr hoch wäre.

G. Sidorowa. Es ist wohl nur zu begrüßen, daß das kritische Herangehen an alles für uns zur Norm wird. Anders ist Fortschritt nicht möglich. Und doch, was haben wir heute außer der neuen Zusammensetzung des Obersten Sowjets, der gerade erst seine Arbeit aufgenommen hat, außer seinen Komitees und den Ausschüssen der Kammern? Wir besitzen ein arbeitendes Parlament. Auch wenn es noch nicht vollkommen ist, wenn es nur seine ersten Gehversuche macht, sich irrt, so ist es doch ein Parlament. Wir als Gesellschaft haben enorm viele Probleme und Krankheiten, die sich mal durch die schreckliche Explosion in Baschkirien, mal durch das Auflodern der Nationalitätenkonflikte im Fergana-Tal oder in Nagorny Karabach bemerkbar machen. Offenbar werden wir noch mehr Probleme bekommen, und ein Allheilmittel gegen sie hat heute niemand, nicht einmal der klügste und routinierteste Politiker. Doch wir haben wohl das Wichtigste – das, was Tschingis Aitmatow als „massenhaften Durchbruch zur Analyse der eigenen Lage in der Gesellschaft durch das Volk selbst“ bezeichnete. Die Menschen werden heute politisch erwachsen, wenn sie mit dem Kongreß der Volksdeputierten im Dialog sind, wenn sie ihre Abgeordneten hören. Die Politiker werden erwachsen, wenn sie mit ihrem Volk sprechen.

Fotos: B. Kaufman und TASS

AUF FRAGEN DER NZ ANTWERPET

Lew SAIKOW
Mitglied des Politbüros
und Sekretär des ZK der KPdSU,
1. Sekretär des Moskauer
Stadtparteikomitees

NZ. Lew Nikolajewitsch, bangen Sie nicht hier, auf dem Kongreß, um den Apparat?

Ja, warum soll ich denn um ihn Angst haben? Ohne Apparat geht es nicht, verstehen Sie, ein Apparat ist stets erforderlich, fragt sich nur, was für einer.

NZ. Ja, was für einer?

Ein Apparat ist notwendig, der zufriedenstellend Entscheidungen ausführt, diszipliniert, schnell...

NZ. Und gehorsam soll er sein?

Nicht gehorsam, sondern er soll Anweisungen effektiv ausführen.



Minute des Schweigens

Alexander Pumpjanski

Ich erwischte mich bei einem merkwürdigen Gedanken: Ich wollte rückblickend den Kongreß der Volksdeputierten redigieren, spürte die Versuchung, Zensur auszuüben. Ich zweifele nicht daran, daß wir sagen werden: Das war ein großer Kongreß, obwohl er seine Höhepunkte und seine Schwachstellen hatte. Zu einer solchen Schwachstelle wurde die spontane Afghanistan-Diskussion am achten Tag des Kongresses.

Ich erwischte mich bei dem Gedanken, daß ich sehr wünschte, daß es diese Diskussion nicht gegeben hätte. Der in mir erwachende Zensor hätte die wütende Anfrage des jungen Veteranen Sergej Tscherwonopolski an Akademiemitglied Andrej Sacharow bezüglich seiner Erklärung in Kanada herausgeschnitten, von der er aus einer unverständlichen Veröffentlichung in meiner mir so vertrauten „Komsomolskaja Prawda“, die kaum für Klarheit gesorgt hatte, erfuhr. Jene Veröffentlichung warf mehr Fragen auf, als sie Antworten gab. Ich hätte die unwillkürliche hastige Erklärung Sacharows, der antworten mußte, doch unter diesen Bedingungen nicht so antworten konnte, daß er verstanden worden wäre, herausgeschnitten, war ja dafür eine andere Sprache, eine andere Atmosphäre erforderlich. Und natürlich hätte ich den Hagel wütender Kritik herausgeschnitten, der mit solcher Bereitschaft auf ihn niederging, als hätten die Leute nur darauf gewartet, wann denn diese unverständliche geradezu schwindelerregende Auseinandersetzung und Präsentation von Personen, Positionen und Interessen, dieser nichtgekannte Ausbruch von Leid und Problemen aufhört und schließlich in der allgemeinen Gleichgültigkeit vergessen werden kann.

Würde es von mir abhängen, dann hätte ich all das aus dem Szenario des Kongresses herausgeschnitten – und statt dessen eine Minute des Schweigens verordnet.

Wir hätten der Toten gedacht – der eigenen und der „fremden“... Wir hätten der Lebenden gedacht... Wofür kämpften unsere Jungs? Sie haben ja nicht selbst ihr Schicksal gewählt, sie wurden entsandt, handelten auf Befehl im Namen des Vaterlandes. Sind sie denn schuld? Und worin liegt Ihre Schuld? Und wer ist schuld? Zweifellos diejenigen, die Entscheidungen trafen und Befehle erteilten. Doch sind wir alle nicht schuldig dadurch geworden, daß wir durch unser Schweigen den längsten unserer Kriege verlängerten, ihn überhaupt möglich machen?

Wie wir in den Afghanistankrieg gelangten und was er uns brachte, muß gründlich analysiert werden, ohne Emotionen, unvoreingenommen. Das ist schwer, fast unmöglich. Nichtsdestoweniger muß man eine Form dafür finden. Werden es parlamentarische Hearings sein? Oder zunächst die Arbeit eines Ausschusses? Zum mindesten braucht man das wohl kaum vor laufenden Fernsehkameras zu tun. Doch auf alle Fragen muß geantwortet werden, alle Schlußfolgerungen sind zu ziehen, alle Schuldigen sind zu nennen – einzelne wie das System.

Einstweilen aber würde eine Minute des Schweigens auf dem Kongreß der Volksdeputierten uns Weisheit, Toleranz und Menschlichkeit lehren.

Geehrter Andrej Dmitrijewitsch! Sie haben diesen Krieg damals tatsächlich verurteilt, als die anderen schwiegen oder ihn verherrlichten. Das verdient höchste Anerkennung! Doch beeilen Sie sich nicht, Dinge bekanntzugeben, die Sie nicht beweisen können. Das ist zu schmerzlich. Man muß die menschliche Psyche kennen und verstehen, daß dies bisweilen die entgegengesetzte Reaktion hervorruft.

Wie sollen unsere jungen Veteranen weiter leben? Wie ihr vom Krieg gestörtes psychisches Gleichgewicht wiedergewinnen? Sie wollen von uns Worte hören, daß ihre Opfer nicht vergebens waren, daß sie nicht einfach Märtyrer, sondern Helden waren, daß sie mit den modernsten Waffen in der Hand die besten Ideale verteidigten. Das ist so verständlich. Und eine Antwort fällt so schwer.

Dann möge doch anfangs eine Minute des Schweigens sein.

Geehrter Sergej Wassiljewitsch, lieber Afghanistan-Veteran, der du so gebieterisch die Aufmerksamkeit auf dich und deine Kameraden gelenkt hast! Du hast recht, daß du so leidenschaftlich deine Stimme erhoben hast, allein schon, weil das, was du sagtest, viele angeht. Du selbst hast im Namen von Hunderttausenden „Afghanen“ allein in der Ukraine das

Wort ergriffen. Ein anderer Deputierter erinnerte an die „Hunderttausende“, die durch die Feuerprobe dieses Krieges gegangen sind. Aus Afghanistan haben sie ihr Leid hierher gebracht. Dieses riesige „begrenzte Kontingent“, das unter uns lebt, verlangt Aufmerksamkeit für sich.

In deiner Rede hast du unabsichtlich eine Verbindung zwischen der afghanischen Tragödie und der von Tbilissi hergestellt. Du sagtest, daß in der Nacht zum 9. April in Tbilissi ein Regiment, das in Afghanistan Erfahrungen gesammelt hat, im Einsatz war. Befehligt wurde es nach eigenem Eingeständnis von Generaloberst Rodionow. Und er gestand ein, daß er die Folgen der Entsendung eines Regiments auf den brodelnden Platz im Zentrum von Tbilissi nicht habe vorhersehen können... Und wie konnte unsere politische und militärische Führung der Stagnationszeit die Folgen der Entsendung eines 100 000 Mann starken Expeditionskorps vorher absehen? Ja, in diesem Krieg gab es Hubschrauberpiloten, wahre Helden, die auch in aussichtslosen Situationen verwundete und Gefallene vom Schlachtfeld bargen. Und es gab

klägliche Spitzenpolitiker, die nicht wußten, was sie taten, doch es so viele Jahre zu hurrapatriotischen Reden taten.

Lieber „Afghane“! Nicht Sacharow ist daran schuld, daß so viele deiner Kameraden mit sichtbaren und unsichtbaren Verletzungen heimkehrten. Du hast im wichtigsten Punkt recht: Alle Heimkehrer brauchen medizinische Fürsorge, brauchen sozusagen Seelsorge, brauchen die physische und gesellschaftliche Rehabilitierung. Doch eine Romantisierung des Afghanistankrieges würde die politische Rehabilitierung jener bedeuten, die uns diesen Krieg aufzwangen, ohne irgend jemanden von euch zu fragen, die ihr diesen Krieg ausgetragen müßtet.

Es gibt die Schuld der Schuldigen und das Leid der schuldlos Schuldigen. Man darf das nicht verwechseln, doch an die Schuld muß man denken. Man muß an Heldentum und Selbstaufopferung denken – und an die Natur dieses Krieges, der nicht nur aus Heldentum und Selbstaufopferung bestand. Und daran, in welchem Verhältnis Heldentum, Selbstaufopferung und ein fremder Krieg stehen.

Ja, wir haben die Erfahrungen des Afghanistankrieges gesammelt. Und auf keinen Fall dürfen wir sie wieder vergessen. Doch das sind nicht die Erfahrungen, die propagiert und verbreitet werden müßten.

Es gibt heilige, es gibt schmerzliche Themen: Patriotismus, das Leben der Kinder, das Leid der Mütter. Hier darf man nicht schreien – und doch muß man es. Eine Minute des Schweigens ist ein schweigender Schrei.

...Natürlich braucht unser Kongreß der Volksdeputierten keine Zensoren. Er hat uns so vorgeführt, wie wir sind, auch wenn wir weiser und großmütiger sein möchten. Die Diskussion über Afghanistan brach sich deshalb so stürmische Bahn, weil das Leid des Krieges kochender Lava in den Menschenseelen ähnelte. Ein schweigender Vulkan ist nicht tot. Das Volk muß sein Herz ausschütten, sonst kann es nicht zu seelischem Gleichgewicht zurückfinden.

Die Gesellschaft braucht eine umfassende Einschätzung des Afghanistankrieges. Wir haben es gelernt, sogar versteckt vor der Öffentlichkeit Krieg zu führen, wobei wir so taten, als hörten wir das Donnern der Kanonen nicht, als sähen wir die Trauer unseres Nachbarn nicht. Man kann nicht 9 Jahre lang ohne Offenheit Krieg führen und dann schweigend alles vergessen. Dem Krieg kann man nicht schweigend entkommen, als schalte man einfach hinter sich das Licht aus. Ohne offizielle Erklärung können Kriege beginnen, doch nicht enden. Man muß es laut sagen, was dies für ein Krieg war und was nie wieder geschehen darf.

Finden wir bislang keine Worte, die unser Land vereinen und alle versöhnen würden? Dann brauchen wir Minuten des Schweigens. Nicht, um das Schweigen der Öffentlichkeit zu verlängern, sondern um mit Gedankenlosigkeit aufzuräumen. Versuchen wir einmal, alle Worte im stillen Kämmerlein zu sagen. Alles, was wir über diesen Krieg wissen und alles, was wir über ihn denken. Dann, wenn wir das laut sagen werden, werden wir das Gehörte leichter ertragen können.

Afghanistan und wir:
Das Volk muß sein Herz ausschütten können

Blumen für den dritten Korb

In Paris wurde die erste von drei Beratungen der Konferenz über humanitäre Probleme der europäischen Länder, die 1975 die KSZE-Schlußakte unterzeichneten, eröffnet

An der Sorbonne, wo vor 20 Jahren begeisterte Studenten volle Freiheit für die französische Jugend verlangten, zollten hohe Diplomaten mit sorgfältig ausgewählten protokollarischen Äußerungen den Menschenrechten Tribut. Die Begegnung in Paris erfolgt in Verwirklichung des Schlußdokuments des Wiener Treffens, das die normale Erörterung des Gesamtkomplexes humanitärer Fragen ermöglichte. Paris ist zugleich die erste Stufe auf dem Weg nach Moskau, soll ja das dritte, abschließende gesamteuropäische Treffen zu den Menschenrechten in der sowjetischen Hauptstadt stattfinden. Doch die Fahrkarten nach Moskau sind noch nicht gekauft, und auf dem ganzen Kontinent, insbesondere auch bei uns, ist noch viel zu tun, bevor der Augenblick kommt, eine Bilanz zu ziehen und einander zu gratulieren.

Die Vertreter der 35 Staaten führen eine Art Erfahrungsaustausch durch. Die Menschenrechte sind nichts Abstraktes, sie werden stets auf dem Gesetzgebungsweg verwirklicht. Eben das ist der Boden für eine vergleichende Analyse, für die Übernahme fremder Erfahrungen, für sachliche Ratschläge und für Kritik. Das Mandat des Wiener Treffens gibt jedem Teilnehmer das Recht, sich an die Regierung eines anderen Landes zu wenden und Informationen zu einer beliebigen Frage im humanitären Bereich zu erhalten. Allerdings hat das über diplomatische Kanäle zu geschehen, und deshalb erfährt die Öffentlichkeit davon nichts. Doch auf dem Pariser Treffen kann jeder öffentlich den anderen kritisieren und darf dabei mit einer konstruktiven Diskussion und nicht mit erbittertem Widerstand rechnen.

Die sowjetischen Vertreter kamen Pressemeldungen zufolge nach Paris, ohne schweres Geschütz aufzufahren, indem sie den Wunsch erklärten, auf dem Feld, wo früher Ost und West bislang keine gemeinsame Spra-

che finden konnten, zusammenzuarbeiten. In ebenso friedliebenden Tönen umrissen die Delegationen der anderen sozialistischen Länder ihre Aufgaben. Und an den Westen wird man, wie der Leiter der sowjetischen Delegation versprach, nicht nur unangenehme Fragen richten.

Kurz gesagt, die Träume der sowjetischen Diplomaten gehen in Erfüllung: Jetzt braucht man sich schon nicht mehr um jeden Preis zu verteidigen, braucht nicht immer wieder das Gleiche zu behaupten.

Und das ist ein riesiger Fortschritt. Etwas anderes ist es, darüber zu befinden, ob bei der Kontrolle über die Einhaltung der Menschenrechte eine derartige Artigkeit angebracht ist. Als wir uns nach Kräften der Konfrontation zu entziehen suchten, meinten wir, ihre einzige Alternative sei die Bereitschaft, alles zu verzeihen – und so kam die Kritik irgendwie zu kurz. Und dessen sind wir noch lange nicht vollkommen. Die Monate seit dem Wiener Treffen verflogen schnell, in Paris aber muß man bereits Rechenschaft ablegen, was zur Erfüllung der Wiener Beschlüsse getan wurde, und auf besondere Errungenschaften kann man da nicht verweisen. Natürlich demonstriert der Kongreß der Volksdeputierten eine früher bei uns nicht bekannte Freiheit des menschlichen Geistes, doch garantiert werden kann sie nur durch Gesetze. Doch die gesetzgeberische Tätigkeit Moskaus im humanitären Bereich ist bislang nicht als erfolgreich zu bezeichnen.

Der Versuch, schändliche Artikel des Strafgesetzbuches, die eine Bestrafung für Andersdenkende vorsahen, loszuwerden, indem man Erlasse über „Diskreditierung“ erfand, löste massenhaft Empörung aus.

Bekanntlich wird an einem umfassenden Paket von Gesetzesvorlagen gearbeitet, die die Einhaltung der Menschenrechte garantieren sollen, doch immer wieder sprechen unsere namhaften Juristen besorgt davon, daß sie zu dieser Tätigkeit nicht herangezogen und die Gesetzesvorlagen selbst den internationalen Verpflichtungen unseres Landes nicht gerecht werden. So kommt es, daß nicht nur alte, sondern auch neue Gesetze eine Diskrepanz zum Wiener Schlußdokument und zu den internationalen Menschenrechtskonventionen aufweisen! Und selbst das keineswegs radikale UdSSR-Außenministerium beklagt sich darüber, daß Kollegen aus anderen Ämtern absolut nicht verstehen wollen, daß wenn unsererseits die Dokumente unterschrieben und Verpflichtungen eingegangen wurden, diese auch erfüllt werden müssen.

Der Erlass vom April ist nicht der einzige Gesetzgebungsakt der letzten Zeit, den viele Rechtswissenschaftler als internationale Maßstäbe im Bereich der Menschenrechte nicht entsprechend betrachten. Der Gesetzgeber ist gegenüber solchen Einwänden taub. Und deshalb wird man sich nicht so recht bewußt, endlich die Freiheit erlangt zu haben: Ohne juristische Garantien können alle unseren Rechte und Freiheiten sich eines Tages in nichts auflösen. Vor der Eröffnung des Kongresses der Volksdeputierten spielte wohl nur die freidenkende Presse in gewissem Maße die Rolle eines Garanten unserer Rechte.

Soll man in dieser Situation Kritik fürchten und alles tun, um sie gar nicht erst laut werden zu lassen?

Keinesfalls. Kein westlicher Kritiker des sowjetischen Modells wird so tiefscrifend unsere Mängel aufdecken können, wie dies der Kongreß der Volksdeputierten tut, was auf die Zukunft hofft lässt. Und keine Kritik wird unsere Lage verschlechtern, sie kann uns nur nutzen.

Ich verstehe, daß es unsere Delegation nicht leicht hat. Im Frühjahr wurde auf einer Tagung der UNO-Menschenrechtskommission eine Resolution verabschiedet, die Rumänen für dessen Haltung zu den nationalen Minderheiten verurteilt. Ungarn, besorgt über die Situation der Magyaren in Transsilvanien, stimmte für diese Resolution, die sowjetische Delegation nahm an der Abstimmung nicht teil. Noch vor einem Jahr wäre eine solche Situation unmöglich gewesen: Die sozialistischen Länder traten stets geschlossen auf. Die Nichtteilnahme an der Abstim-



Zeichnung: Viktor Bogorad

mung bekundet sozusagen eine neutrale Haltung. Sowohl Ungarn als auch Rumänen sind Verbündete der UdSSR. Hier gibt es einerseits die Feinheiten der zwischenstaatlichen Beziehungen, das diplomatische Protokoll, die Ethik der Parteibeziehungen, andererseits eine aufgewühlte öffentliche Meinung – wählt man das eine, leidet das andere. Da muß man einen Ausweg suchen.

In Paris wird man die Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Ländern aufzählen. Wie sollen sich die Delegationen da verhalten? Sollen sie um jeden Preis Solidarität bekunden, ohne in das Wesen der Sache einzudringen und einander zu Hilfe zu kommen? Oder sollen sie einander im Namen der Freundschaft die ungeschminkte Wahrheit sagen? Zweifellos werden manche darin eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, eine Verletzung staatlicher Souveränität sehen. Paris hat einen solchen Präzedenzfall bereits erlebt, als vor 40 Jahren der Leiter der sowjetischen UNO-Delegation (die Vereinten Nationen tagten noch in der französischen Hauptstadt), Andrej Wyschinski, sich gegen den Entwurf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wandte und sie eine „weitere Etappe im Feldzug gegen die staatliche Souveränität“ nannte.

Wyschinski hielt damals wiederholt Reden (seine Ausführungen wurden ganzseitig von der „Prawda“ gedruckt), in denen er diese Erklärung scharf kritisierte: „Das ist ein abstrakter Weg, bestreut mit den Blüten einer geschwollenen Phraseologie, die vor 150 Jahren eher angebracht gewesen wäre, die jetzt schon niemanden locken kann, sind ja all diese Sätze und Formeln jetzt schon verblichen...“ Doch vor allem beunruhigte den damaligen Leiter der sowjetischen Delegation die Möglichkeit internationaler Kontrolle über die Einhaltung der Menschenrechte. Und die These von der staatlichen Souveränität tauchte auf, die von unseren Verbündeten übernommen wurde und die uns mehr als 30 Jahre treu diente. Man gewöhnt sich daran, und nur schwer trennt man sich von so einem Schutzschild. Übrigens bestanden wir ja nicht immer auf der konsequenten Verwirklichung dieses Prinzips. Selbst Heinrich Böll bemerkte einst, daß wenn die „Prawda“ oder „Rude Pravo“ sich über die Berufsverbote in der Bundesrepublik aussäßen – wozu sie volles Recht haben –, sie sich ebenfalls in innere Angelegenheiten einmischen und dabei auf den „Geist von Helsinki“ verweisen könnten.

Jahrelang schlossen sich manche Länder allen internationalen Erklärungen und

Konventionen zu den Menschenrechten an, ohne sich Gedanken über deren Verwirklichung zu machen. Und wenn man sie beim Wort nahm und die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen verlangte, waren sie beleidigt, empörten sie sich. Diese Empörung hielt sie wirklich zusammen.

Doch jetzt leben wir in einer anderen Zeit: Einige sozialistische Länder haben ein nur zu begrüßendes Tempo bei der Verwirklichung ihrer Verpflichtungen vor den eigenen Völkern angeschlagen. Keinerlei Kritik kann ihnen schaden, kann sie kränken – und sie brauchen Kritik nicht zu fürchten, auch dann nicht, wenn sie von einem Verbündeten ausgeht. Die sowjetische Presse kritisierte die USA derart für deren vorbehaltlose Unterstützung der Verbündeten, was diese sich auch haben zuschulden kommen lassen, daß es Mangel an Selbstachtung bedeutete würde, diesem schlechten Beispiel zu folgen.

All das ist erforderlich, damit die Konferenz in Paris uns allen Nutzen bringt und nicht in diplomatische Selbstbefriedigung ausartet.

Vor allem kommt es darauf an, was unsere Delegation nach Moskau mitbringen wird – Siegesberichte über eine erfolgreich durchgezogene Veranstaltung, wie einst, oder ernsthafte, schonungslose Empfehlungen

Europäischer Rechtsraum

Uns scheint die langfristige Idee Europas als eines einheitlichen Rechtsraums Perspektive zu haben“, sagte Eduard Schewardnadse auf der Pariser Konferenz. Er schlug vor, eine vergleichende Untersuchung der Gesetzgebung, der parlamentarischen, gerichtlichen und Regierungsstrukturen der Staaten vorzunehmen.

Also ein einheitlicher Rechtsraum? Für manche wird das nichts grundsätzlich Neues sein: Der Gesamtkomplex völkerrechtlicher Dokumente, angefangen bei der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, geht gerade davon aus, daß sie universelle Geltung haben. Doch de facto sind das 1948 ebenso wie 1989 nur edle Absichten, nicht mehr. Der sowjetische Außenminister spricht von der **praktischen Verwirklichung** edler Absichten.

Ist es überhaupt denkbar, sich über einen einheitlichen Rechtsraum zu äußern, wenn Europa in Blöcke gespalten ist?

Vor allem muß man wohl verstehen, daß ein einheitlicher Rechtsraum des Kontinents nicht bedeutet, die Staatsgrenzen niederzureißen. Nur jene Grenzen und Mauern, hinter denen man *Böses*, die Mißachtung der Freiheiten des einzelnen verstekken kann, müssen weichen. In diesem Fall ist die vollständige und unbedingte Souveränität des Staates, geschützt selbst vor Kritik, die jemand als „Einmischung“ bezeichnet

nen mag, nur dann möglich, wenn innerhalb der Staatsgrenzen ein **Rechtsstaat** besteht. Bis dahin aber muß man zur Kritik bereit sein. Noch besser ist es zu handeln. Eduard Schewardnadse schlug einen praktischen Weg vor – den Vergleich, die Prüfung, die gegenseitige Bereicherung mit rechtlichen Erfahrungen. Angesichts der Tatsache, daß dem neuen sowjetischen Parlament bereits ca. 50 bedeutende Rechtsdokumente zur Behandlung vorliegen, werden wir eine Reihe allgemein anerkannter Völkerrechtsnormen im Bereich der Menschenrechte sowie die entsprechenden Normen, die in der ausländischen Gesetzgebung und in der UdSSR bestehen, miteinander vergleichen. Das ist vorrangig für die Veränderungen, die wir brauchen – allerdings unter der Bedingung, daß wir tatsächlich diese Veränderungen wollen. Wenn wir heute, nach 2–3 Jahren zustimmender Reden, erneut Kritik auf internationalen Foren wegen der Halbherrigkeit, ja bisweilen wegen des rein dekorativen Charakters der Rechtsreformen bei uns zu hören bekommen, dann sollte uns das nachdenklich werden lassen. Und nicht nur darüber, wer derartige Gesetzesvorlagen erarbeitet, wo das geschieht und wozu, sondern auch über die Bereitschaft der Gesellschaft, ihr Herangehen insgesamt einer Revision zu unterziehen. Das ist komplizierter als Hunderten Inspektionsreisen von Amnesty

International durch sibirische Straflager zuzustimmen...

Kürzlich zeigte das sowjetische Fernsehen erneut den Film „Behaltet mich so“. Dort findet sich folgende Szene: Eine alte Frau, eine Kampfgefährtin von Kirov, sagt am Tisch, in Gegenwart ihrer Kinder etwa folgendes: „Man darf nicht vergessen, daß wir in feindseliger Umgebung leben müssen. Der Westen will allem, was wir tun, Hindernisse in den Weg legen.“ Die Kinder schweigen betreten: Welch unkluge Worte... Und da läßt sich auf dem Kongress der Volksdeputierten einer vom Rednerpult aus über die Staatsgrenze der UdSSR als einer Gefahrenquelle aus. Und was die mehrstündige Verzögerung bei der Wahl des Vorsitzenden des Obersten Sowjets angeht, so meint er, das Land sei in diesen Stunden schutzlos gewesen...

Wer will sich eigentlich erneut durch die „Bedrohung von außen“ einschüchtern lassen? Dann sollten wir doch besser den Rechtsstaat gleich vergessen – einen Begriff, der durch den häufigen Gebrauch und dadurch, daß er so wenig mit Leben erfüllt wird, schon wertlos zu werden beginnt. Versuche, das traditionelle Feindbild im Bewußtsein der Menschen haften zu lassen, würden, wie Eduard Schewardnadse zu westlichen Kollegen sagte, dazu führen, daß die „menschliche Dimension leiden wird, daß die Völker leiden werden,

für den Gesetzgeber. Die internationale Zusammenarbeit bei den Menschenrechten, dem Gesamtkomplex humanitärer Fragen ist nicht Selbstzweck, sondern ein Instrument, um unsere Rechte und Freiheiten zu gewährleisten, ein Instrument auch, um Einfluß auf die Regierung zu nehmen.

Wollen wir die Bedeutung solcher internationalen Foren nicht überschätzen. Treffen hochrangiger Diplomaten sind kein Selbstzweck. Einige Jahre nach der Helsinki-Konferenz erinnerte Heinrich Böll, als er sah, daß sich nichts änderte, daran, wie sehr ... gerade jene Regierungen nach Helsinki kommen wollten, die sich nun weigerten, zumindest einige wilde Blumen in den dritten Korb zu legen.

Die größten Anstrengungen sind im eigenen Land zu unternehmen. Und unter anderem müssen wir begreifen, daß Rechte und Freiheiten nicht vom Staat geschenkt werden – dafür braucht man sich nicht zu bedanken. Es handelt sich um Naturrechte des Menschen, der Staat aber ist nur verpflichtet, deren Einhaltung zu garantieren.

Leonid Mletschin

die statt der vollen Freiheiten eines vollwertigen Lebens die unbegrenzte Freiheit, in Angst um ihre Zukunft zu leben, erhalten“. Das gilt auch für uns.

Indem wir unser vollwertiges, freies Leben in einem Rechtsstaat gestalten, dürfen wir uns nicht auf halbherzige Maßnahmen beschränken... Die Rechtfertigungen, das müsse „allmählich“ geschehen, der richtige „Augenblick“ sei noch nicht gekommen und wir seien noch „nicht reif“ dafür, sind amoralisch. Und wenn selbst jene, die meinen, die Grenzen müßten unbedingt hermetisch verschlossen sein, in konkretem Saal in der Mehrheit sein sollten – die Führung unseres Landes muß Vorreiter sein und bisweilen auf die Seite der progressiven Minderheit treten und von oben ein möglichst demokratisches Gesetz geben. Eben von oben wurde ja auch die Perestroika begonnen! Die vom UdSSR-Außenminister, einem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, vorgeschlagene Konzeption eines europäischen Rechtsraums gehört gerade zu jenen vorauseilenden Schritten. Sie erlaubt es, die Qualität der Freiheit nachzuprüfen, die von jedem der 50 in Vorbereitung befindlichen Gesetzesvorlagen angeboten wird.

„Gegründet auf gerechte Gesetze und auf gute Anweisungen, braucht er (der Staat) dann nicht wie andere die Tugend eines einzelnen, um sicher bestehen zu können“, schrieb Niccolo Machiavelli bereits Anfang des 16. Jahrhunderts...

MENSCHENRECHTE: STANDARDS UND REALIEN

VÖLKERRECHTSNORMEN

UdSSR, ANDERE LÄNDER

Das Recht auf Freiheit, das Recht auf die Unantastbarkeit der Person (Art. 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Art. 9 der Internationalen Konvention über politische und Bürgerrechte)

Freiheit vor willkürlicher Einmischung in das Privat- und Familienleben, vor willkürlichen Anschlägen auf die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Briefgeheimnis oder auf Ehre und Ansehen (Art. 12 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Art. 17 Pkt. I der Internationalen Konvention über politische und Bürgerrechte)

Das Recht auf friedliche Versammlungen (Art. 20 Pkt. I der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Art. 21 der Internationalen Konvention über politische und Bürgerrechte)

Das Recht, an der Führung der staatlichen Angelegenheiten und an der Leitung des eigenen Landes teilzunehmen (Art. 21 Pkt. I der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Art. 25 Pkt. a der Internationalen Konvention über politische und Bürgerrechte)

Das Recht auf Freizügigkeit und darauf, den Wohnort innerhalb jedes Staates zu wählen (Art. 13 Pkt. I der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Art. 12 Pkt. I der Internationalen Konvention über politische und Bürgerrechte)

Das Recht, ein beliebiges Land, einschließlich des eigenen, zu verlassen (Art. 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Art. 12 Pkt. 2 der Internationalen Konvention über politische und Bürgerrechte)

Das Recht, vor Verfolgungen in anderen Ländern um Asyl zu ersuchen und von diesem Asyl Gebrauch zu machen (Art. 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte)

Diese Rechte sind detailliert im Gesetz zu regeln, insbesondere sind Fälle vorzusehen, da eine Verhaftung unzulässig ist, sowie die entsprechenden Garantien

Die Gesetzgebung westlicher Länder erlaubt in der Regel eine solche Einmischung nur mit Zustimmung des Gerichts. Art. 174 der St.Po der RSFSR erlaubt die Entnahme der Korrespondenz mit Erlaubnis des Staatsanwalts. Eine Beschwerdeprozedur gibt es nicht.

Ein 1988 verabschiedeter Erlass erlaubt Sonderreinheiten des UdSSR-Innenministeriums, Wohnungen der Bürger ohne entsprechende Erlaubnis des Staatsanwalts zu betreten.

Ein Gesetz über die Unantastbarkeit der Person, der Wohnung, des Privatlebens, des Brief-, Telefon- und Fernmeldegeheimisses sowjetischer Bürger ist zu verabschieden.

Das Gesetz „Über die Regelung der Organisation und der Durchführung von Versammlungen, Meetings, Straßenkundgebungen und Demonstrationen in der UdSSR“ geht davon aus, daß man die Erlaubnis der Behörden zur Nutzung dieses Rechts erhalten muß. International ist es nur üblich, die zuständigen Organe von der Absicht, ein Meeting oder eine Demonstration durchzuführen, zu informieren

Die Zeit ist gekommen, auch in der UdSSR ein Gesetz über Referenden (Volksentscheide) zu erarbeiten

In vielen Ländern gibt es keine Einschränkungen für dieses Recht oder sie können nur durch Gesetz erlassen werden (DDR). In der UdSSR besteht seit 1932 ein Anmeldeverfahren, das selbst in Entwicklungsländern seinesgleichen sucht.

Ein Gesetz zu verabschieden, das die Rechte der Sowjetbürger regelt, ihren Wohnort zu wählen. Ein solches Gesetz kann zulassen, daß örtliche Behörden Beschränkungen dieses Rechts verkünden, z. B. zur Sicherung der erforderlichen sanitären Normen

In den meisten westlichen und einigen sozialistischen Ländern (Ungarn) erlaubt der Paß, den jeder Bürger mit Ausnahme eines bestimmten Personenkreises (Häftlinge, Geisteskrankte usw.) erhält, die Ausreise. Wegen der Verweigerung der Ausreise kann man den Rechtsweg einschlagen (Großbritannien).

Ein Gesetz über die Einreise in die UdSSR und die Ausreise aus der UdSSR zu verabschieden, in dem das Recht der Bürger verankert wird, das eigene Land zu verlassen und in die Heimat zurückzukehren ohne irgendwelche Einladungen aus dem Ausland; die zeitweilige Ausreise zum Studium oder zur Arbeit für die Gültigkeitsdauer des Reisepasses (in Bulgarien, Polen und Ungarn wird er für 5–10 Jahre ausgestellt) zu erlauben. Die Frist gesetzlich zu bestimmen, in der die Ausreise aus Erwägungen der Staats sicherheit verwiegert werden kann – eine Regelung, die willkürliches Handeln der Behörden ausschließt und die allgemein anerkannten Fristen nicht überschreitet (westliche Praxis – 5 Jahre)

Art. 38 der Verfassung der UdSSR sieht die Gewährung von Asyl an Ausländer vor.

Irgendwelche Festlegungen in der sowjetischen Gesetzgebung, die die Möglichkeit zulassen, daß Bürger der UdSSR von diesem Recht Gebrauch machen, gibt es nicht.

Am Vorabend

Dem bevorstehenden Besuch Michail Gorbatschows in der Bundesrepublik Deutschland war die erste Deutsch-Sowjetische Friedenswoche gewidmet.

Sie wurde gemeinsam vom bundesdeutschen Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung und vom Sowjetischen Friedenskomitee vom 24. bis zum 31. Mai veranstaltet.

Auf die letzten sieben Tage des Mai entfielen zwei wichtige Ereignisse verschiedener Art, die aber allgemeine Aufmerksamkeit fanden: der Kongreß der Volksdeputierten in Moskau und das NATO-Gipfeltreffen in Brüssel.

Fernsehen und Presse in der Bundesrepublik berichteten über die Arbeit der ersten Tage des Kongresses meiner Meinung nach sehr korrekt, doch erstaunlich wenig. Vielleicht zeigten sie am Vorabend von Michail Gorbatschows Besuch eine ihnen im Grunde nicht eigene Zurückhaltung, was an sich schon etwas Neues wäre. Vielleicht aber nahm der bevorstehende NATO-Gipfel ihre Aufmerksamkeit stärker in Beschlag und sie warteten auf Sensationen aus der belgischen Hauptstadt, wollten ihnen nicht im Wege stehen. Wie dem auch sei, ich fing schon an, Trübsal zu blasen – zu Hause vollzieht sich etwas Außerordentliches, ich aber kann den Gang der Ereignisse im Kongreßpalast des Kreml nicht richtig verfolgen, kann die Atmosphäre, die Nuancen nicht richtig verspüren. Ohne umfassende Informationen hatte ich es, ehrlich gesagt, bisweilen schwer, auf die zahlreichen Fragen deutscher Gesprächspartner zu antworten. Sie aber verfolgten offensichtlich gespannt die dynamische Entwicklung der politischen Prozesse in der Sowjetunion.

Der Perestroika wird in der Bundesrepublik größte Aufmerksamkeit entgegengenbracht. Sie erklärt sich durch das wachsende Verständnis für die unwiderlegbare

Tatsache, daß sich der Gang der Perestroika in der Sowjetunion direkt auf das Schicksal sowohl der Bundesrepublik selbst als auch ganz Europas auswirkt. Nicht von ungefähr stand eine Diskussion, zu der ich von den Sozialdemokraten der Kleinstadt Neel unweit von Köln eingeladen wurde unter dem Motto „Sowjetunion im Umbau – Chancen für Europa“.

Diese Devise hatte man nicht von ungefähr gewählt. In ihr sah ich eine Antwort an jene, die immer noch an der Ernsthaftigkeit der Perestroika zweifeln oder aber eine abwartende Haltung einnehmen. Solche Stimmungen gibt es natürlich auch in der Bundesrepublik. Es wäre naiv zu meinen, in nur vier Jahren hätte man sie bis auf die Grundfeste erschüttern können. Und das, um so mehr, da unsere Wirtschaftsreform noch sehr zu wünschen übrig läßt, es genug Durcheinander in anderen Bereichen gibt und sich konservatives Denken bei uns immer wieder bemerkbar macht.

Ich sprach nicht mit Vertretern der Parteien der Regierungskoalition, sondern meistenteils mit Sozialdemokraten und Grünen. Bei allen Nuancen und Unterschieden in den Beurteilungen vertraten meine Gesprächspartner folgende Auffassung: Ja, zweifellos ist es unwahrscheinlich

schwer, in kurzer Zeit radikal die Wirtschaft eines so riesigen Landes zu erneuern sowie die geplanten großen Reformen im gesellschaftlichen und politischen Leben zu verwirklichen. Doch trotzdem hat die Perestroika bereits nicht wenige Erfolge zu verzeichnen, und die darf man nicht unbemerkt lassen.

Und das z. B. meint der namhafte Politologe Heinz Timmermann:

„Das Bild eines Landes wird nicht nur von seinem wirtschaftlichen Beispiel bestimmt, sondern auch von seiner Haltung zu den eigenen Bürgern, vom Respekt vor ihren Rechten und Freiheiten. Vieles weist darauf hin, daß sich in der sowjetischen Führung eine Wende nicht nur im Denken, sondern auch im Handeln vollzieht. Es läßt hoffen, daß die sowjetische Führung von früheren Positionen abgeht, daß sie begreift, Glaubwürdigkeit und erst recht ein Erfolg der sowjetischen Vorschläge für Entspannung und Zusammenarbeit sowie die Kraft der Idee des gemeinsamen euro-

Ein

In Moskau ist der Bau eines Zentrums der bundesdeutschen Wirtschaft geplant

Die Vereinbarung darüber sowie über die Schaffung eines entsprechenden Zentrums der sowjetischen Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland soll bei dem bevorstehenden offiziellen Bonn-Besuch von Michail Gorbatschow unterzeichnet werden.

Über einige Details des Projekts berichteten der Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, und Experten der Bank in ihrer Moskauer Vertretung vor Journalisten. Ihrer Meinung nach kann das sowjetische Wirtschaftszentrum in der Bundesrepublik eine neue Richtung bei der Schaffung gemeinsamer Betriebe weisen. Die Verwirklichung jedes Projekts wird etwa 350 bis 500 Mio DM kosten.

Doch es geht dabei nicht nur um Geld. Es geht, wie die bundesdeutschen Geschäftsleute bemerkten, um eine neue sowjetische Konzeption. Ihr zufolge reicht es für den Ausbau der Außenhandelsaktivität



Zeichnung: Michail Shilkin

päischen Hauses hängen wesentlich vom Charakter und von den Dimensionen der demokratischen Umgestaltungen ab. Zugleich hört die menschliche Dimension des Helsinki-Prozesses auf, eine zweitranige Komponente zu sein und wird zu einem unveräußerlichen Prinzip, ebenso wichtig wie die politische und ökonomische Dimension sowie die der Sicherheit..."

Ich meine, diese Veränderungen in der UdSSR haben neben den kühnen außenpolitischen Initiativen sehr geholfen, das Feindbild abzubauen. Zumindest widmen, wie mir scheint, die Friedensanhänger in der BRD diesem Thema bereits weniger Aufmerksamkeit, weil sie meinen, daß die Prozesse in der UdSSR von allein dieses, wie es schien, für alle Zeiten im Bewußtsein der Bundesbürger verankerte Feindbild widerlegen. Sie nehmen die Friedensvorschläge und Friedenschritte der Sowjetunion ernst und sind bemüht, Druck auf ihre eigene Regierung auszuüben, damit jene eine konstruktive Antwort auf die Herausforderung Moskaus gibt.

Deshalb wurde es wohl viel leichter,

offene Diskussionen zu führen. Zumindest verspürte ich kein einziges Mal, wie das in früheren Jahren der Fall war, herablassende Aufmerksamkeit, verbunden mit offener Ablehnung oder bestenfalls Skepsis. Und ohne die Demokratisierungsprozesse bei uns wäre es zweifellos unmöglich, ernsthaft über das gemeinsame europäische Haus zu sprechen. Dieses Thema ist Gegenstand von Debatten und Überlegungen in der Bundesrepublik. Wiederholt war davon auch bei unseren Begegnungen die Rede.

Wir könnten noch lange darüber streiten, wie dieses Haus aussehen soll, doch in einem waren wir uns einig – es ist erforderlich, und sein Bau wird in vielem durch das Tempo der Umgestaltungen in der UdSSR und in anderen Ländern Osteuropas bestimmt und natürlich dadurch, wie der Abrüstungsprozeß verläuft.

In dieser Hinsicht wird Bonn eine nicht unwichtige Rolle spielen. Nicht vor allzu langer Zeit, in der Situation mit den Pershing-1A-Raketen, hat die Bundesrepublik bereits Flexibilität und Kompromißbereit-

schaft gezeigt. Die dieser Tage in Brüssel bekanntgewordenen Vorschläge der NATO aber erfolgten, wie ich meine, unter Berücksichtigung der Position des jetzigen Bonner Kabinetts, das sich gegen den bei der bundesdeutschen Bevölkerung unpopulären Modernisierungsbeschuß wandte. Deshalb war in Bonn Erleichterung zu vernehmen, als die Nachrichten aus Brüssel eintrafen.

Doch geben wir uns keiner Euphorie hin. Die Prozesse der Abrüstung, der Errichtung des gemeinsamen europäischen Hauses vollziehen sich nicht im luftleeren Raum. Ihr Erfolg hängt von der Aufrichtigkeit und der Ehrlichkeit der Partner, von ihrer Kompromißbereitschaft ab. Umso größer ist das Interesse am offiziellen Besuch von Michail Gorbatschow in der Bundesrepublik, seinem ersten Auslandsbesuch nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR.

D. Pogorshelski
BONN – MOSKAU

vielversprechendes Projekt



Alfred Herrhausen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank

Foto aus „Die Welt“ (BRD)

schon nicht mehr, sich allein auf Kontakte mit Vertretern westlicher Firmen in Moskau zu beschränken. Wenn man lernen will, auf dem westlichen Markt Handel zu treiben, muß man unmittelbar auf diesen Markt gehen, muß man seine Konjunktur studieren und es zugleich lernen, das eigene Produkt vorteilhaft zu präsentieren und zu verkaufen.

Was das Moskauer Zentrum angeht, so werden außer der Deutschen Bank an seinem Bau auch die Firmen Holzmann, Penta Hotel und Lufthansa teilnehmen. Man geht dabei davon aus, berichtete Alfred Herrhausen, daß man bereits 1990 mit dem Bau beginnen und ihn nach

zweieinhalb bis 3 Jahren abschließen kann. Das Zentrum wird aus einem Hotel, einem Wohnhaus, aus Büroräumen und Konferenzräumen bestehen.

Im September v. J. berichtete in eben diesem Saal der Moskauer Vertretung der Deutschen Bank in der Ostoschenka-Straße Wilhelm Christians, Mitglied des Aufsichtsrats der Bank, über seine Eindrücke von einer Reise auf die Kolahalbinsel – dort sollen 18 gemeinsame Unternehmen entstehen und ein nichtgeringer Teil des von der Deutschen Bank der Sowjetunion gewährten 3-Md.-Kredits erschlossen werden. Christians berichtete mit leicht verhehltem Befrem-

den, daß einige sowjetische Ministerien, Ämter und Betriebe sich nur recht unklar vorstellten, wie und wofür die bereitgestellten Devisen genutzt werden sollten. Wie hat sich die Situation seitdem verändert?

„Der von der Deutschen Bank gewährte Betrag von 3 Milliarden“, erläuterte Alfred Herrhausen, „kann zur Finanzierung von Exportlieferungen aus der BRD verwendet werden. Hierbei müssen letztere auf Anlagen für die Nahrungsmittel- und die Leichtindustrie konzentriert sein. Bis heute wurden Verträge über die Lieferung von Anlagen in Höhe von 350 Millionen D-Mark geschlossen. Verhandlungen zu Abkommen über weitere ca. 1,5 Milliarden D-Mark sind im Gange.“

„Herr Herrhausen, was schätzen Sie an Ihren Partnern?“

„Wen ich mir als Partner wählen würde?“, korrigierte mich Alfred Herrhausen. „Denjenigen, der über ein Potential verfügt, das mit dem meinen vergleichbar ist, der zuverlässig, wirtschaftlich und technisch gesund ist, der ähnliche Interessen hat wie ich und bei dem ich etwas lernen könnte...“

Um Partnerschaftsbeziehungen herzustellen, ergänzte der Bankier, sei es wichtig, vollständige Informationen über

den anderen zu haben. In dieser Hinsicht sind bundesdeutsche Firmen viel transparenter. Sie müssen ja die Ergebnisse ihrer finanziellen Tätigkeit, ihre Bilanzen, Informationen über Außenwirtschaftsverbindungen, Gewinne usw. offenlegen. Entsprechende Informationen über sowjetische Betriebe zu erhalten, ist gar nicht einfach. Und es gibt im Grunde keinerlei gesetzliche Grundlage dafür. Es gibt keine regelmäßig veröffentlichten offiziellen Übersichten über die Gewinne und Verluste eines Betriebes.

„Von Ihren Problemen sprechen Sie jetzt selbst, was die Diskussionen auf dem Kongreß der Volksdeputierten besonders deutlich machen“, ergänzte Alfred Herrhausen. „Natürlich sehen auch wir diese Probleme. Wir hoffen, daß die Sowjetunion mit ihnen fertig werden wird. Doch als Realisten ist uns klar, daß dies nicht auf einen Schlag geschehen wird.“

Weitsichtige bundesdeutsche Geschäftsleute schalten sich in die Diskussion darüber ein, wo sich das künftige sowjetische Wirtschaftszentrum befinden soll. Bereits 3 große Städte bewerben sich darum, dieses Zentrum bei sich beherbergen zu dürfen – Stuttgart, Düsseldorf und Hannover.

K. Issakow

Der Kompromiß von Brüssel

Nach Abschluß des Brüsseler

NATO-Gipfels scheinen sich die am Vorabend entflammt Leidenschaften gelegt zu haben und die Differenzen zwischen den westlichen Verbündeten überwunden zu sein. Ist dem wirklich so?

Während der Vorbereitung auf das Brüsseler Treffen sprachen viele Beobachter davon, daß die NATO eine neue politische Konzeption, die die „Harmel-Doktrin“ ablösen würde, verabschieden müsse: hoher Stand der Verteidigungsbereitschaft und gleichzeitig Dialog mit dem Osten über Rüstungskontrolle. Doch es stellte sich heraus, daß es auch diese frühere politische Konzeption, die nach einem belgischen Politiker und Diplomaten benannt ist, durchaus aktuell bleibt. Man braucht nur das Schwergewicht nicht auf ihren militärischen Aspekt zu setzen, sondern muß sie auf die Abrüstung orientieren. Einen gewissen Schritt in diese Richtung hat die NATO tatsächlich getan.

Die Treue zum „Harmel-Bericht“ zu bekräftigen, war lange Zeit in der NATO nur ein Ritual. Der Akzent wurde auf militärische Maßnahmen gesetzt. Allerdings mangelte es vor Beginn der Perestroika in der UdSSR auch auf der östlichen Seite des Dialogs an Verständnis für den politischen Faktor der Strategie. Sowohl das Drama des „Doppelbeschlusses“ als auch das der „doppelten Null-Lösung“ nahm so seinen Anfang: Anfangs die Aufstellung von Waffen, dann Verhandlungen. Jetzt ändert sich die Situation, und zugleich nimmt das Verständnis für diese Veränderungen an beiden Polen des Dialogs zu.

Zwei Worte zur Rhetorik. Alle Worte, die die führenden Vertreter der Länder des Bündnisses zur bleibenden Bedeutung der NATO bei der Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in Europa in den vergangenen 40 Jahren zu sagen hatten, waren bei dem Treffen so oder so zu vernehmen. Doch in einem der auf der Tagung verabschiedeten Dokumente, in der Gesamtkonzeption der NATO zu Rüstungskontrolle und Abrüstung, ist auch die Rede davon, das Nordatlantische Bündnis wolle nicht nur sich allein die Verdienste für die günstige Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, besonders in den letzten Jahren, zuschreiben. Doch obwohl dann Vorbehalte bezüglich der Bedeutung von Initiativen gerade des Westens folgen, unterstreichen die NATO-Länder jetzt ihre Bereitschaft, den positiven Beitrag auch der Länder des Ostens anzuerkennen. Und da die Gewährleistung der Sicherheit Sache beider Seiten ist, sollte man vielleicht besser

erst einmal nicht über das „Urheberrecht“ streiten und statt dessen sich voll der Abrüstung widmen.

Ein solcher Wunsch ist in den Dokumenten von Brüssel zu verspüren. Eben darin besteht ihre Bedeutung. Doch es gibt in ihnen auch Umstände, die betreten machen.

Riß in der Laute

Das Brüsseler Treffen demonstrierte ein weiteres Mal, daß in der Politik ebenso wie im militärischen Bereich der Überraschungsfaktor von sehr großer Bedeutung ist. Das von Präsident George Bush verkündete Programm sollte in vieler Hinsicht für viele Beobachter unerwartet kommen. Wie sich bei dem Gipfel herausstellte, hatte man es 12 Tage vor dem Treffen in Brüssel heimlich erarbeitet. Doch Washingtons Emis-säre Robert Gates und Laurence Eagleburger hatten bereits am Vorabend des Gipfeltreffens Sondierungen aufgenommen. Am Rande des NATO-Gipfels wurde davon gesprochen, das eingehendere Studium des Berichts von Außenminister Baker nach dessen Moskau-Reise sowie die Reaktion auf die beiden darauffolgenden Reden Bushs hätten den Präsidenten veranlaßt, den Ton zu ändern und mehr Erfindungsgeist zu zeigen. Der zweite, bekanntere Grund ist die Notwendigkeit, trotz allem irgendeine Lösung im Raketenstreit mit Bonn zu finden, das von einer ganzen Reihe anderer europäischer Verbündeter der USA unterstützt wurde.

In Washington wollte man offenbar nicht nur gegenüber Moskau, sondern auch gegenüber den Allianzpartnern die Initiative ergreifen. Das Ergebnis sind die vier Punkte des von Bush vorgeschlagenen Programms: grundsätzliche Zustimmung zur Annahme von Zielvorgaben für die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Rüstungen in Europa – auf der Ebene der von den Seiten vorgeschlagenen und einander sehr nahe kommenden Obergrenzen für einzelne Waffenarten; die Einbeziehung aller landgestützten Flugzeuge und Hubschrauber in die Tagesordnung der Wiener Verhandlungen; die Begrenzung der sowjetischen und der amerikanischen Truppenkontingente, die außerhalb ihrer nationalen Territorien in

Ländern Europas stehen; die Beschleunigung der Wiener Verhandlungen, um innerhalb eines halben oder eines vollen Jahres ein Abkommen zu erreichen und dessen Bedingungen bis 1992 – 1993 zu erfüllen. Die zu reduzierenden Waffen sollen entsprechend den Vorschlägen der USA vernichtet und die von ausländischen Territorien abzuziehenden Truppen demobilisiert werden. Diese vier Punkte werden durch einen fünften ergänzt, den Baker bereits bei seinem Moskauer Besuch formulierte – das taktische nukleare Abschreckungspotential auf geringstmöglichen Stand zu halten. Eben dieses Vorschlagspaket wurde zur Grundlage für die in Brüssel getroffenen NATO-Beschlüsse.

Die Umrisse eines Kompromisses im Raketenstreit begannen sich bereits vor dem Treffen abzuzeichnen – am deutlichsten brachte sie Frankreich zum Ausdruck. Bonn gelang es, die Verschiebung des Modernisierungsbeschlusses auf 1992 festzuschreiben, was den Interessen auch einiger anderer westeuropäischer Länder entsprach. Außerdem erklärten sich die USA trotz allem zu Verhandlungen über die taktischen Nuklearwaffen bereit. Doch erstens nicht, bevor der Prozeß der Reduzierung der konventionellen Waffen beginnt und zweitens bei Aufrechterhaltung eines – wenn auch minimalen – taktischen Abschreckungspotentials.

In Bonn hat man übrigens keine Einwände gegen die Abschreckungsdoktrin, doch bis zur Tagung hieß es, zumindest eine „Null“ bei den taktischen Raketen sei zu erreichen. Doch leider... Überdies gestanden die Verbündeten durch ihre höchsten Repräsentanten trotz allem in der verschiedenen Frage der Modernisierung der Raketen ein, es sei „wertvoll, daß die USA weiterhin die Erforschung und die Erarbeitung eines Systems finanzieren, das die jetzige Lance-Kurzstreckenrakete ersetzen solle, um in dieser Frage Alternativen zu behalten“. Was ist das, ein Riß in der Laute, wie Alfred Tennyson sagte? Offenbar ja, wenn man einige Verknüpfungen innerhalb des von den USA vorgelegten Pakets berücksichtigt.

Wettbrüsten?

Die größte Überraschung im amerikanischen Paket war offensichtlich die vorgeschlagene Beschleunigung des Verhandlungsprozesses bei den konventionellen Waffen. Am Rande des Brüsseler Treffens bewerteten sie viele Beobachter als nicht sonderlich realistisch. Vorläufigen sowjetischen Schätzungen zufolge ist dieser Prozeß tatsächlich sehr kompliziert, sowohl im Verhandlungsspielraum als auch auf der



Das NATO-Hauptquartier in Brüssel

Foto: NATO-Presseamt

Ebene der Realisierung und verlangt fünf bis sieben Jahre. Ich meine, daß es auch schneller geht.

Doch offenbar erlaubte es gerade diese verführerische „Strategie der Beschleunigung“ den führenden Repräsentanten der BRD, die frühere harte Haltung im Raketenstreit durch eine versöhnlichere Position zu ersetzen. Wenn der Prozeß tatsächlich so schnell verläuft, wird sich auch der Beginn von Verhandlungen über die taktischen Waffen beschleunigen, worauf Bonn am Vorabend des NATO-Gipfels bestand. Und wenn es einen Fortschritt in Wien geben wird, werden möglicherweise auch die Voraussetzungen für eine Null-Lösung bei den Raketen entstehen. Zumindest gelang es den USA in Brüssel, das Schwergewicht auf das Problem der konventionellen Waffen sowie eines stufenweisen Herangehens an die Abrüstung im konventionellen und nuklearen Bereich zu verlagern – und so, durch einen Kompromiß, einen Konflikt mit den Verbündeten bei den taktischen Raketen zu vermeiden.

Doch gerade der von den USA vorgeschlagene beschleunigte Abschluß des Wiener Dialogs als Grundlage für einen Kompromiß im Raketenstreit beunruhigt etwas.

Und wenn sich die Verhandlungen in die Länge ziehen? Wie soll dann die NATO bei der Modernisierung verfahren? Soll sie eine Entscheidung über die Stationierung neuer Raketen treffen? Wohl kaum wird man sich in Bonn dazu bereit erklären – unabhängig davon, welche Regierung zu jener Zeit in der BRD an der Macht sein wird. Dann wird dies entweder zu einem neuen Raketenstreit oder zu weiteren Komplikationen im Ost-West-Verhältnis führen. Das eine wie das andere ist alles andere als wünschenswert.

Nicht wünschenswert ist es im Grunde für beide Seiten. Denn Komplikationen im transatlantischen Verhältnis, die zu einer Verringerung der Stabilität führen können, sind entgegen den im Westen üblichen Vorstellungen auch für die Sowjetunion keineswegs von Vorteil. Derartige Komplikationen werden sich auf jeden Fall überaus negativ auf den Ost-West-Dialog auswirken.

So hat eine Forcierung der Verhandlungen in Wien bei gleichzeitiger Weigerung, parallele Verhandlungen oder zumindest Vorkonsultationen über die taktischen Nuklearwaffen aufzunehmen, auch negative Aspekte.

Sie werden durch die Besonderheiten anderer Vorschläge der NATO deutlich.

Fußangeln

So wird die Bereitschaft, Verhandlungen über die Reduzierung der Truppenkontingente der UdSSR und der USA auf den Territorien ihrer europäischen Verbündeten zu führen – zweifellos ein positives Zeichen – leider nicht von konkreten Vorschlägen über eine allgemeine Begrenzung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte beider Bündnisse begleitet, was den praktischen Wert des Vorschlags mindert. Oder etwa die Bereitschaft, einen Dialog über die Flugzeuge und Hubschrauber zu führen, ohne das Schwergewicht auf die am stärksten destabilisierenden Arten dieser Waffengruppe zu setzen, scheint ebenfalls unzureichend entwickelt zu sein. Überhaupt können alle Probleme der Klassifizierung und der Zahlenvergleiche bei den Verhandlungen den Wiener Dialog in die Länge ziehen und also einen schnellen Abschluß verhindern, wie das Präsident

Bush jetzt möchte. Und doch meine ich, allein schon die Tatsache, daß das Schwergewicht seitens der NATO-Länder auf den Verhandlungsprozeß und auf dessen Forcierung verlagert wurde, ist eine zweifellos positive Erscheinung. Auf die offenbleibenden Fragen wird jetzt kaum jemand eine erschöpfende Antwort geben können. Zu groß ist der Überraschungseffekt, der durch die Washingtoner Vorschläge hervorgerufen wurde. Zu stark ist der Eindruck bei den Verbündeten, der durch den erzielten Kompromiß und die wiederhergestellte Einheit erreicht wurde. Und ich meine, daß die offengebliebenen Fragen diesen Kompromiß nicht stabil genug werden lassen.

Jetzt wurde deutlich, welch bedeutendes politisches Gewicht die westeuropäischen NATO-Länder erlangt haben – sowohl jene, die sich Washington widersetzen, als auch jene, die, die die Ideologie der „nuklearen Abschreckung“ verteidigend, in dieser Doktrin sogar orthodoxer sein wollten als ihre Mentoren in Washington. Und ein Umbau der transatlantischen Beziehungen, eben ein Umbau und nicht eine Krise des Bündnisses, wie es vielen scheint, die sich zu stark auf die Vergangenheit orientieren, hat offenbar begonnen. Und Washingtons „Geschenke“ – die Aufhebung der Visapflicht für Bürger Italiens und der BRD – zeigen nur indirekt davon, daß man in Washington die Veränderungen zu verstehen beginnt. Die Beziehungen zwischen den atlantischen Partnern werden von größerer Gleichberechtigung gekennzeichnet, und die USA können ihre Führungsrolle jetzt nur verteidigen, wenn sie vollständig die Interessen der europäischen Partner berücksichtigen werden.

Das, was bislang beim Brüsseler Kompromiß ausgeklammert bleibt, ist die immer noch offene Kluft zwischen der Politik der Stärke und einem politischen Herangehen. Doch der Brüsseler Gipfel hat gezeigt, daß die Hinwendung des Westens zu einem politischen Dialog bereits beginnt.

Nach Brüssel meinen die führenden Repräsentanten der NATO-Länder, daß der Ball im politisch-diplomatischen Spiel jetzt auf der östlichen Hälfte des Spielfeldes sei. Doch der Ball ist bislang noch in der Luft. Auch die Teilnehmer des Gipfels der 16 NATO-Staaten haben ja zu verstehen gegeben, daß sie eine Spielpause bis zum September, bis zum Beginn der dritten Runde der Wiener Verhandlungen, brauchen.

Wenn der Ball tatsächlich in der östlichen Hälfte des Spielfeldes landet, wird Moskau, wie ich meine, ihn aufnehmen.

Oder vielleicht sogar eher?

Rostislaw
Sotoljarow

NZ-Sonderkorrespondent
BRÜSSEL

Ein Mann – eine Epoche

Das Erbe des Ajatollah Khomeini

Am 4. Juni 1989 starb Ajatollah Ruholla Mussavi Khomeini, der Führer der Islamischen Revolution, im Alter von 88 Jahren in einem Krankenhaus in Teheran. Ein wichtiges Kapitel in der Geschichte Irans ist damit abgeschlossen. In Iran wurde eine 40tägige Staatsfeier angelegt.

Der mortius aut bene aut nihil. Dennoch wird Ajatollah Khomeini von der Presse der Welt und vielen Staatsmännern in verschiedenen Ländern häufig nur in schwarzweiß, entweder mit Haß oder voller Bewunderung, dargestellt.

In einem ist man sich wohl einig: Der verstorbene Imam gehörte zu den Persönlichkeiten, die Geschichte machen. Seine Bedeutung sprengt die Grenzen seines Heimatlandes, und sein Einfluß macht sich nicht nur im Orient, sondern praktisch überall auf unserem Planeten, wo es gläubige Moslems gibt, bemerkbar.

Fast alle Jahre seiner Führung in Iran waren die Jahre des iranisch-irakischen Kriegs, der das Volk viele Entbehrungen kostete. Khomeinis persönliche Neigung zur Askese wurde durch die Macht der Umstände auf die ganze Nation ausgedehnt. Die Zeit Khomeinis in Iran wurde zur Zeit schwerer Prüfungen für die Gläubigen. In seinen letzten Ansprachen forderte er das Volk auf, den Riemen enger zu schnallen und sich nicht von weltlichen Gütern und Versuchungen verlocken zu lassen.

Um das komplizierte Phänomen Khomeini besser zu verstehen, wollen wir an seinen Lebensweg erinnern.

Er wurde in der Kleinstadt Khomein südlich von Teheran geboren und war das jüngste der 6 Kinder von Sayed Mustafa Mussavi und seiner Gattin Hajar Saghafi. Sein Großvater war Ajatollah, sein Vater ebenfalls. Khomeini selbst nannte sich ursprünglich, wie einiges bezeugt, Ruholla Hendi. Übrigens bedeutet Ruholla soviel wie „Allahs Seele“ und Ajatollah soviel wie „Allahs Spiegelbild“. Sein Vater wurde während seiner Pilgerfahrt zu den heiligen Stätten der Schiiten ermordet.

Seine Mutter und seine Tante väterlicherseits erzogen den kleinen Ruholla zum unversöhnlichen Kampf gegen die Feinde des Islam. In dieser Überzeugung begann er seine Ausbildung in der Koranschule. Er war ein fleißiger Schüler. Nach dem Tod von Mutter und Tante befaßte sich sein älterer Bruder mit seiner religiösen Erziehung. Ruholla Hendi studierte bei namhaften Theologen Irans, beendete seine Bildung in

Qom, einem Zentrum der muslimischen Kultur, und fand Anerkennung als Fachmann für die Scharia.

Bemerkenswert ist, daß Ruholla Hendi in jener Zeit in Qom viel in Aristoteles und Platon las. Viele meinen, daß gerade Platons Schrift „Die Republik“ dem Ajatollah später als Modell der Konzeption einer islamischen Republik diente.

Während der künftige Politiker in seiner Kindheit gern Fußball spielte, entdeckte er in Qom sein Herz für Gedichte und schrieb Lyrik. Mit 27 Jahren unterrichtete er Philosophie, dann unternahm er die übliche Mekka-Fahrt. Gegen 1930 nahm er den Namen Khomeini (nach dem Namen seiner Vaterstadt) an.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre hatte Khomeini schon so viele Nachfolger, daß ihm der Titel Ajatollah zuerkannt wurde. Damals betrug ihre Zahl in Iran mehrere Hundert. Aber den wichtigsten Titel „Ajatollah al-Ozma“ (Groß-Ayatollah) erhielt er Anfang der 60er Jahre. Es gab nur einige wenige Träger dieses Titels in Iran.

Ayatollah Khomeini wurde Lehrer künftiger islamischer Würdenträger. Er bildete etwa 1200 Geistliche Irans aus. Sein Unterricht zeichnete sich durch Selbstdisziplin und intensive geistliche Aktivität aus. Bei Diskussionen über Ethik und Moral forderte er seine Schüler auf, seine Meinung zu bestreiten und zu widerlegen.

Insgesamt schrieb der Ajatollah 21 Bücher über die islamische Theologie. Darin vertrat er seine Idee der unlösbar verbundenen von Religion und Politik, wobei er den Islam als dem nationalen Charakter Irans immanent bezeichnete. Das erste Buch, das von sich reden ließ, hieß „Aufdeckung der Geheimnisse“ (1941).

Darin kritisierte Khomeini hart das Schah-Regime in Iran wegen seiner Despotie, wegen der Verfolgungen der Moslems und wegen der Zerstörung der islamischen Kultur. Das war im Grunde die erste offene Auseinandersetzung Khomeinis gegen das Schah-

Regime. Als der Schah Muhammed Reza 1953 Qom aufsuchte, war Khomeini der einzige Geistliche, der sich weigerte, in Anwesenheit des Monarchen aufzutreten.

Die antimonarchistische Position und der Mut des Ajatollahs brachten ihm große Popularität im Volk. 1962 wurde er als das Oberhaupt der schiitischen Gemeinde von Iran anerkannt. Seitdem leitete und organisierte er wiederholt Massenaktionen des Volkes gegen die Willkür der Behörden. Verhaftungen und Verbannungen umgaben ihn in den Augen seiner Nachfolger mit dem Nimbus eines Märtyrers.

Seit 1965 ließ er sich in der heiligen irakischen Stadt Najaf nieder. Die Vorlesungen, die er dort hielt, wurden als Tonbandkassetten nach Iran eingeschmuggelt und dort heimlich verbreitet. Schließlich wurden sie als Buch unter dem Titel „Islamische Regierung“ herausgegeben. Darin schrieb er u. a.: „Wir wollen einen Führer, der seinem Sohn die Hand abhakt, wenn er ihn beim Stehlen ertappt, und seinen Verwandten steinigt, der Ehebruch begeht.“

Der Schah versuchte vergeblich, den geistlichen Führer zu ignorieren, vergeblich beteuerte er, niemand interessiere sich für den Ajatollah „mit Ausnahme der Terroristen in Iran“. Als 1977 Khomeinis ältester Sohn Mustafa unter rätselhaften Umständen umkam (Gerüchten zufolge fiel er SAVAK-Agenten zum Opfer), richtete der Ajatollah von Najaf aus einen offenen Brief an das iranische Volk. Er forderte die Streitkräfte auf, das Land vom Schah-Regime zu befreien. Seit dieser Zeit hörten massierte Unruhen in Iran nicht auf. Die irakische Regierung sah sich gezwungen, den Ajatollah zur Ausreise aufzufordern.



1979. Ajatollah Khomeini war in seine Heimat zurückgekehrt

Foto: „Der Spiegel“ (BRD)

Irans neue Nr. 1

Sayed Ali Khamenei wurde zum neuen Führer der Islamischen Republik gewählt. Gleichzeitig wurde ihm der Titel Ajatollah verliehen. Sayed Ali Khamenei wurde 1939 in Meshed, in der Familie islamischer Theologen geboren. Mit 19 Jahren begab sich Sayed Ali in die für die schiitischen Moslems heilige Stadt Qum. Dort, in der Medresse Faizeh lauschte er, vor Ajatollah Khomeini hingekauert, zusammen mit anderen Schülern den weisen Worten dieses Manns, der viele Jahre hindurch sein Ideal war.

Im Frühjahr 1963 brach in Qum ein Aufstand gegen die Monarchie aus, an dem Sayed Ali Khamenei aufs aktivste beteiligt war. Ein Jahr später, als Ajatollah Khomeini Iran verlassen mußte, kehrte Khamenei in seine Heimat, nach Meshed zurück, wo er seine theologische Bildung und den Kampf gegen das Schah-Regime fortsetzte. Die SAVAK, die Geheimpolizei des Schahs, verhaftete den jungen rebellischen Geistlichen sechsmal, und er verbrachte drei Jahre im Gefängnis.

Als Ajatollah Khomeini während der Februarrevolution aus seiner Verbannung in Frankreich nach Iran zurückkehrte, rief er sofort seine treuen Schü-



ler aus der Medresse Faizeh, darunter auch Sayed Ali Khamenei, herbei. Dieser trat dem Rat der Islamischen Revolution bei, der die erste provisorische Regierung von Iran bildete. Im Mai 1979 wurde Khamenei zum Befehlshaber der „Wächter der islamischen Revolution“ ernannt. Er gehörte zu den Begründern der Islamischen Republikanischen Partei.

Khameneis Popularität im Volk stieg beträchtlich, nachdem er zum Vorbeter bei den Freitagsgebeten in Teheran (der oberste Posten in der schiitischen Hierarchie) ernannt worden war. Bei seinen Predigten hielt er ein Gewehr in der Hand und verfluchte laut den „Großen Satan Amerika“, die Führer von Irak und auch sonst alle Gegner von Ajatollah Khomeini. Schon bald galt er als „der fanatisch-

ste Nachfolger“ des Imams.

Am 1. September 1981 wurde Khamenei zum Generalsekretär der Islamischen Republikanischen Partei, einen Monat später zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran. Vier Jahre später, im November 1985, wurde er auf diesen obersten Posten im Lande wiedergewählt. In diesem Jahr stehen neue Wahlen bevor, aber gemäß der Verfassung darf Khamenei nicht zum drittenmal für die vierjährige Legislaturperiode kandidieren.

Sayed Ali Khamenei gilt in Iran als „gemäßiger“ Politiker. Wenn er sich öffentlich zu den „grundsätzlichen Thesen der islamischen Revolution“ bekennet, lehnt er Hilfe aus dem Ausland trotzdem nicht ab. Einmal sagte er: „Wir können die Sache des Wiederaufbaus des Landes nicht über Hunderte von Jahren betreiben. Wenn wir schnell vorgehen wollen, ... müssen wir auch ausländische Hilfe benutzen.“ Zugleich erklärte der iranische Präsident (im Zusammenhang mit dem „Fall Rushdie“), seine Islamische Republik werde „allen die Hände abhacken, die die Prinzipien des Islams weiter angreifen“. Der Staatschef erkannte zwar die Notwendigkeit einer Hilfe aus dem Westen an, betonte aber: „Die Islamische

Republik Iran wird es nicht dulden, wenn ihr religiöser Glaube angegriffen wird, nur weil sie Technologien und Finanzmittel braucht... In diesem Zusammenhang können wir erklären, daß die Welt groß ist und wir uns an andere wenden können.“

In der Innenpolitik setzt sich Khamenei dafür ein, die Rolle der Regierung in der wirtschaftlichen Leitung einzuschränken, und redet der Handlungsfreiheit des Privatunternehmertums das Wort.

Seiner Meinung nach befindet sich sein Land gegenwärtig „in einer der kritischsten Situationen der letzten 10 Jahre“. Der Grund sei darin zu suchen, daß „die Kräfte des Hochmuts in der ganzen Welt verzweifelte Versuche unternehmen, die islamische Revolution zu zerschlagen“. Zu diesen „Kräften des Hochmuts“ rechnet Khamenei vor allem die USA.

Khamenei ist verheiratet und hat 6 Kinder. Er beherrscht perfekt die türkische und die arabische Sprache und ist Autor mehrerer Bücher über theologische Probleme sowie die Geschichte und Literatur der moslemischen Welt. In seinen seltenen Mußestunden treibt er vornehmlich traditionelle iranische Sportdisziplinen.

J. Borowoi

Er begab sich nach Paris, und dort stand ihm die Presse der Welt zur Verfügung. Von dort aus erhielt er die Möglichkeit, über 180 000 Mullahs, die seinen Ideen treu blieben, die Situation im Lande effektiv zu lenken.

Die Revolution, die er aus der Ferne leitete, wurde von einem Sieg gekrönt. Der Schah von Iran mußte das Land verlassen und starb in Ägypten. Ajatollah Khomeini aber kehrte am 1. Februar 1979 heim, und schon am 1. April desselben Jahres wurde die Islamische Republik ausgerufen. Später stempelte der geistliche Führer den westlichen Imperialismus unter den

USA und den Atheismus, als dessen Verkörperung er die Sowjetunion ansah, zu den schlimmsten Feinden der Republik. Diese Einstellung „zu Ost und West“ blieb ihm bis zu seinem letzten Tag eigen.

Es heißt, die Macht zu erobern sei leichter, als sie zu behalten. Für den verstorbenen Ajatollah war das kein Problem. In all den 10 Jahren seiner Führung war er die einzige Autorität für die Gläubigen in ganz Iran (Sie machen dort die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aus). Er hatte keinen staatlichen Posten, aber seine Meinung war ent-

scheidend für jeden iranischen Politiker.

Er führte ein eisernes Regiment, um die Lauterkeit des Islams und seine weltweite Verbreitung zu fördern, und unterdrückte rigoros jedes Andersdenken und dem Islam fremde Ideen. Aber im 20. Jahrhundert wählt jedes Volk schließlich das, was ihm aufgrund seiner nationalen Traditionen und geistigen Bestrebungen am besten paßt. Es sieht so aus, als wäre mit Ajatollah Khomeinis Tod eine Epoche, die von ihm geprägt 10 Jahren, zu Ende gegangen.

Dmitri Sgerski

Von der Idee zum Ideal

Warum die regionale Wirtschaftsintegration schon so lange stagniert

Wladislaw Tschirkow

Die Idee war bemerkenswert, geradezu denkwürdig: wirtschaftliche Integration, Vereinigung der materiellen und Arbeitskräftekressourcen, Entwicklung allseitig vorteilhafter Beziehungen, einer multilateralen Zusammenarbeit im Interesse des Fortschritts und der Festigung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Teilnehmerländer des Andenpakt, der jetzt seinen 20. Gründungstag begeht. Als sein Gründungstag gilt der 26. Mai 1969, als in Bogota, der Hauptstadt Kolumbiens, der Vertrag von Cartagena unterzeichnet wurde, so genannt nach der kolumbianischen Stadt, wo er erarbeitet wurde.

Die Teilnehmerländer liberalisierten den gegenseitigen Handel (senkten bedeutend die Zölle für die meisten Waren), begannen mit der Abstimmung der Wirtschaftspolitik und der Programmierung der Wirtschaft.

Anfangs gehörten dem Andenpakt Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru an. Im Februar 1973 schloß sich ihnen Venezuela an.

Im Oktober 1976 trat das Chile Pinochets aus dem Pakt aus. Das geschah zumindest aus zwei Gründen. Pinochet beschloß, sich in der Wirtschaft auf das von dem bekannten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman entwickelte „Modell von Chicago“ zu stützen. Ihm liegen die Absage an den Protektionismus (an hohe, wenn nicht gar einem Einfuhrverbot gleichkommende Zölle für importierte Waren) und die umfassende Heranziehung des Auslandskapitals zugrunde. Pinochet mißfiel besonders die von den Paktteilnehmern verabschiedete Resolution Nr. 24, der zufolge ausländische Firmen innerhalb von 15 bis 20 Jahren nicht weniger als 51 Prozent ihrer Aktien an einheimische Investoren zu verkaufen und zu gemischt, wenn nicht gar nationalen, Unternehmen werden sollten. Die Resolution untersagte ausländischen Firmen, Gewinne, die 20 Prozent des investierten Kapitals übersteigen, aus dem Aufenthaltsland zu transferieren.

Wer sollte recht haben? Diejenigen, die die Tätigkeit transnationaler Konzerne in ihrem Land begrenzen wollten oder diejenigen, die die Türen für ausländisches Kapital und ausländische Waren weit öffneten? Diejenigen, denen die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) bei der Kreditvergabe (man nehme nur die Forderungen nach Einfrierung der Löhne und nach dem freien Spiel der Preise) Angst

machten oder diejenigen, die auf die Ratsschläge und Forderungen dieser internationalen Finanzorganisation hörten?

Dieser Streit ist noch nicht ganz geklärt. Zumal bislang sind die ökonomischen Kennziffern Chiles – sowohl was den Produktionszuwachs (etwa 7 Prozent jährlich) als auch, was die Tilgung der Auslandschulden angeht – besser als bei denjenigen, von denen sich Santiago de Chile im Streit trennte. (Ich persönlich bin davon überzeugt, daß der IWF nicht so schrecklich ist, wie er manchmal hingestellt wird. Er besitzt einen rationalen Kern, insbesondere die den Schuldnerländern auferlegte Verpflichtung, die unproduktiven Kosten zu verringen. Nicht von ungefähr sind auch einige sozialistische Länder, so Ungarn und Polen, dem IWF beigetreten. Den anderen, z. B. der Sowjetunion, meinen viele Wirtschaftswissenschaftler, würde es ebenfalls nicht schaden, dem IWF ebenso wie dem GATT beizutreten – anfangs als Beobachter. Das würde zur umfassenderen Einbeziehung der sowjetischen Volkswirtschaft in den Welthandel, in die Weltwirtschaft beitragen und einen besseren Zugang zu progressiver Technologie ermöglichen.)

„Schwalben“ mit gestutzten Flügeln

Der Andenpakt war einer der ersten Schwalben der lateinamerikanischen Wirtschaftsintegration. Älter als dieser Pakt sind nur die Lateinamerikanische Freihandelsassoziation (LAFTA), die später zur Lateinamerikanischen Integrationsassoziation (LAIA) wurde, sowie der Gemeinsame Mittelamerikanische Markt (dessen wohl einzige Leistung die Schaffung eines Netzes von Autostraßen in Mittelamerika ist). All diese frühen Schwalben machten noch nicht den Frühling des wirtschaftlichen Aufschwungs Lateinamerikas, erlaubten es nicht, sein strategisches Hauptziel zu erreichen – den Stand der kapitalistischen Industrielaender, obwohl es der Region insgesamt gelang, sich recht weit z. B. von den ärmsten Ländern Schwarz-Afrikas zu entfernen.

Der Gemeinsame Mittelamerikanische Markt liegt schon seit langem in den letzten Zügen. Als Anlaß für die praktische Einstellung seiner Tätigkeit diente der denkwürdige „Fußballkrieg“ zwischen Honduras und El Salvador 1969. Der Hauptgrund aber besteht darin, daß die Teilnehmerländer im Grunde fast nichts haben, womit sie miteinander Handel treiben könnten.

Aus dem gleichen Grund sind die Errungenschaften der Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft, die 1973 gegründet wurde, sehr bescheiden. Außerdem gibt es noch den Amazonas-Pakt, dessen Namen allein schon sagt, welche Länder ihm angehören. Dieser Organisation fehlt ständig Geld, um den verkündeten Zielen – der rationellen Nutzung der überaus reichen Naturressourcen des Amazonas-Beckens und der Lösung der sich verschärfenden ökologischen Probleme der Region, dessen Wälder als die „Lunge“ unseres Planeten bezeichnet werden – ernsthaft näherzukommen.

Kaum kann man alle regionalen und subregionalen Integrationsstrukturen sowohl universeller Art als auch branchenbezogen aufzählen. Doch erwähnt werden muß das 1975 geschaffene Lateinamerikanische Wirtschaftssystem (LAES), in dessen Rahmen spezielle Ausschüsse und gemischte Unternehmen zur Produktion und zum Absatz von Nahrungsmitteln, von Getreide- und Ölprodukten, Dünger, Papier, für See- und Flußressourcen sowie für Schiffahrt gebildet wurden. Die Lateinamerikanische Organisation für Energiewirtschaft, die Lateinamerikanische Organisation zur Förderung der Entwicklung der Fischindustrie, das Programm für kommerzielle Information und Förderung des Außenhandels der Länder Lateinamerikas und der Karibik sind entstanden.

Zu erwähnen ist (vor allem wegen seiner zu begrüßenden Zielen) der im Juni 1988 vom Andenpakt eingerichtete Lateinamerikanische Reservefonds, dessen Aufgabe darin besteht, den Teilnehmerländern zu helfen, finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden. Doch sein Anfangskapital – 500 Mio Dollar – ist verschwindend klein angesichts der Verschuldung der Länder der Region mit mehr als 400 Md. Dollar.

Offenbar setzen einige Länder Lateinamerikas, enttäuscht von der Effektivität multilateraler Integrationsstrukturen, auf bilaterale Zusammenarbeit. So schlossen 1988 Argentinien und Brasilien einen Vertrag über Integration, Zusammenarbeit und Entwicklung (auch Uruguay gedenkt sich ihnen anzuschließen). Die Effektivität solcher Formen der Zusammenarbeit, bei denen zwei (oder drei) Länder im Grunde sofort Gewinn erhalten, wird durch die Schaffung des brasiliisch-paraguayanischen Wasserkraftwerks „Itaipu“ bestätigt. Noch ein leistungsstarker hydroenergetischer Komplex am Grenzfluß Parana unweit der Ortschaft Yacireta soll von Argentinien und Paraguay errichtet werden (Letzteres braucht einfach nicht so viel Strom, und daher ver-

kaufte es Überschüsse an das Partnerland)...

Verlorenes Jahrzehnt

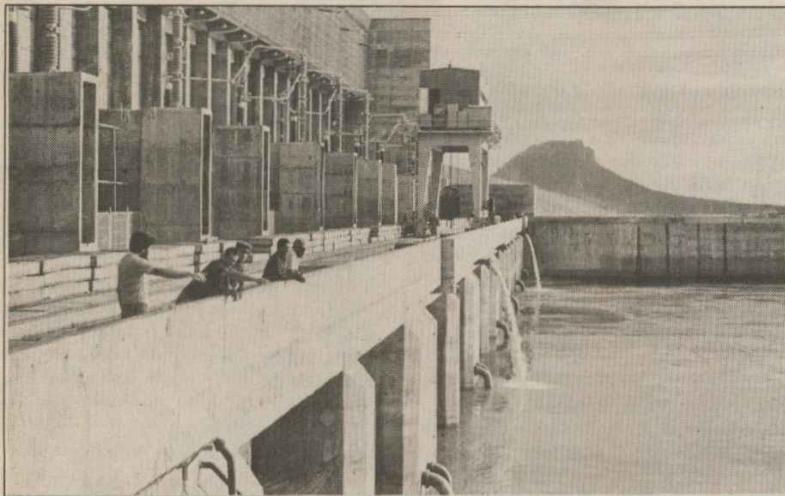
Die Lateinamerikaner suchen immer beharrlicher nach eigenen Wegen für die gemeinsame Lösung ökonomischer und ökologischer Fragen. Doch leider gibt es mehr verschiedene Integrationsstrukturen, Komitees und Ausschüsse, Projekte und Pläne, Reden und Wünsche als greifbare Ergebnisse. Die diversen Integrationsprogramme haben zu einer gewissen Zunahme des gegenseitigen Handels der lateinamerikanischen Länder geführt. Doch sein Anteil an der Gesamtbilanz ist

amerika 40 Millionen Arbeitslose. Die Haushaltssmittel für Gesundheits- und Bildungswesen wurden gekürzt. Solche Zahlen erlauben es, wie der ständige Sekretär des LAES, Carlos Perez del Castillo, sagte, die 80er Jahre als „verlorenes Jahrzehnt“ zu bezeichnen.

Unter diesen Staaten sehen wir auch Länder, die reich an Erdöl sind und es exportieren – Ecuador, Mexiko, Peru und Venezuela. Der jähre Rückgang der Erdölproduktion nahm ihnen im Grunde alle wirtschaftlichen Privilegien.

Wer ist schuld? Was tun?

Einer der Hauptgründe dafür, daß die



Einen Ausweg aus der Krise sehen die Lateinamerikaner in der Diversifizierung der Außenwirtschaftsbeziehungen. Unser Bild: Das mit Hilfe der Sowjetunion errichtete Wasserkraftwerk „Sobradinho“ am San-Francisco-Fluß in Brasilien

immer noch verschwindend klein. Der Präsident Uruguays, Julio María Sanguinetti, nennt folgende Zahlen: Von den 130 Milliarden, die jährlich Argentinien, Bolivien, Brasilien, Mexiko, Uruguay und Venezuela als Gewinn aus dem Handel zufließen, entfallen nur 4 Prozent auf die innerregionalen Verbindungen (insgesamt in der Region nur wenig mehr als 10 Prozent des Außenhandelsvolumens).

Eine wirtschaftliche Bilanz kann jeweils nur am Jahresende gezogen werden, wenn die Produktionsergebnisse vorliegen. Leider ist der Produktionszuwachs der überwiegenden Mehrheit der lateinamerikanischen Länder mehr als bescheiden. Der Zuwachs des Bruttonsozialprodukts betrug 1988 in der Region durchschnittlich nur 0,7 Prozent, die Inflation erreichte 470 Prozent und die Pro-Kopf-Einnahmen der Bevölkerung waren auf den Stand von 1978 zurückgegangen. Gegenwärtig gibt es in Latein-

amerikanische Wirtschaftsintegration auf der Stelle tritt, ist, daß die Länder der Region im Grunde nicht miteinander Handel treiben können. Fast alle erzeugen etwa das Gleiche – mineralische Rohstoffe, Agrarprodukte und Produkte der Leichtindustrie. Nur wenige Ausnahmen gibt es. So Brasilien, wo Maschinen- und Automobilbau sowie die Herstellung von Informatiksystemen eine stürmische Entwicklung genommen hat. Brasilien produziert bereits Trägerraketen für Satelliten und exportiert moderne Waffen.

Der zweite Grund ist der chronische Geldmangel, um gemeinsame Projekte zu finanzieren.

Der dritte Grund besteht meiner Meinung nach in der traditionellen Bindung der Wirtschaft der lateinamerikanischen Länder an den US-Markt. Auf die USA entfällt etwa ein Drittel des gesamten Außenhandels Brasiliens. Und Brasilien ist ein Land, das dem Weltmarkt genug

zu bieten hat! Ganz zu schweigen von den kleinen Staaten Mittelamerikas und der Karibik, von denen viele nur bis zu drei Erzeugnissen für den Export produzieren.

Die Vereinigten Staaten haben das, was die lateinamerikanischen Länder selbst nicht erzeugen oder nicht in der erforderlichen Menge bzw. Qualität produzieren – Maschinen und Anlagen. Die USA ihrerseits sind an lateinamerikanischen Rohstoffen interessiert. Sie kaufen sogar diejenigen Rohstoffe, die sie selbst besitzen, z. B. Erdöl, dessen eigene Reserven aber sparen sie für bessere, d. h. schlechtere, Zeiten auf. Einer solchen Taktik Washingtons ist Weitsichtigkeit nicht abzusprechen.

... So entsteht ein Teufelskreis. Die Integration ist ein Weg, um die Wirtschaftskrise zu überwinden. Die gleiche Krise aber hemmt die Ausweitung und Vertiefung der Integrationsprozesse.

Wie ist dieser Teufelskreis zu sprengen? Worin sehen die Lateinamerikaner einen Ausweg?

Darin, die Wirtschaft zu diversifizieren und ihre Effektivität zu heben. (Einen Weg in dieser Richtung sieht der amtierende Präsident Argentiniens, Raul Alfonsin, in einer Zurückdrängung des staatlichen Wirtschaftssektors.)

Die regionalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sind zu diversifizieren, insbesondere ist der Handel mit den Ländern der EG und den sozialistischen Staaten auszuweiten. Man muß sich für eine neue, gerechte internationale Wirtschaftsordnung einsetzen, so für einen Verzicht der Industrieländer auf den Protektionismus. Man muß sich für, wenn schon nicht die vollständige Beseitigung, so doch zumindest für die Verringerung der „Schere“ zwischen den Preisen für die von den Entwicklungsländern verkauften Rohstoffe und den von ihnen zu erwerbenden Maschinen einsetzen. Und natürlich ist nach Wegen zu suchen, um das Problem der Auslandsverschuldung radikal zu lösen.

Das sind, wie gesagt, nicht meine Rezepte. Alle wissen das, und die Lateinamerikaner selbst sprechen viel davon. Nur das eine wissen sie nicht – wie all das in absehbarer Zukunft erreicht werden soll.

Wie weit ist es doch von einer Idee bis zum Ideal! Und trotzdem, trotz aller Schwierigkeiten, können sich die Lateinamerikaner ohne Integration keinen wirtschaftlichen Fortschritt denken. Offenbar hat Carlos Perez del Castillo recht, wenn er sagt: „Die Integration muß Hauptinhalt der nationalen Politik und der Entwicklungsstrategie jedes“ (lateinamerikanischen) „Landes sein, um dessen qualitativ gewichtige Präsenz in der internationalen Arena zu gewährleisten.“

Foto: TASS

Von Sibirien nach Tokio

ging einst der neue Premierminister Sosuke Uno. Auf diesem Posten folgt er Noboru Takeshita, der, da in den „Recruit“-Skandal verwickelt, zurücktreten mußte. Die Firma geizte nicht mit Geld, um sich namhafte Vertreter der Regierungspartei warmzuhalten



Vor einem Monat war Sosuke Uno in Moskau, verhandelte mit Eduard Schewardnadse und wurde von Michail Gorbatschow empfangen. Das Gespräch war nicht einfach. Der japanische Gast überzeugte sich, daß die Sowjetführung zum „Territorialproblem“, das Tokio am meisten bewegt, eine recht starre, wenn auch wohlargumentierte Position bezieht. Es gelang Sosuke Uno auch nicht, das Datum von Gorbatschows Japan-Besuch vorzuverlegen. Von nun an hat er jedoch die Möglichkeit, nicht mehr Vermittler, sondern Teilnehmer dieses Besuchs zu sein und auch das Datum maßgeblich zu beeinflussen.

Der neue Premierminister ist sich vielleicht besser als jemand anders über die Notwendigkeit im klaren, die sowjetisch-japanischen Beziehungen völlig zu normalisieren. 1943 wurde er, damals Student, in die Armee des Kaisers einberufen und geriet nach Japans Kapitulation nach Sibirien. Scherhaft meint er: „Ich kenne die Sowjetunion gut. Was man auch sagen mag, habe ich dort dazugelernt.“

Gerade nachdem Uno Außenminister geworden war, deutete sich in den sowjetisch-japanischen Beziehungen ein Fortschritt an und wurden Arbeitsorgane zur Vorbereitung eines (von beiden Seiten etwas verschleppten) Friedensvertrags eingesetzt.

Bei der Wahl des neuen Premierministers fielen Unos diplomatische Erfahrungen zweifellos ins Gewicht. Im Juli wird nämlich das traditionelle alljährliche Gipfeltreffen der sieben führenden kapitalistischen Industrieländer in Paris zusammenentreten. Japan kann es sich nicht leisten, zu diesem Treffen einen schüchternen Anfänger zu schicken.

Daraus ziehen einige japanische Journalisten den Schluß, Unos Amtszeit als Premierminister sei von nur kurzer Dauer, weil schon im Juli das Oberhaus des Parlaments gewählt wird. Im Zusammenhang mit der

„Recruit“-Affäre werde die Liberaldemokratische Partei, so Beobachter, weit weniger Mandate erhalten als bei den vorigen Wahlen. Zwar werde sie die Regierung trotzdem bilden, aber das Minus an Mandaten als eine Art Niederlage empfinden. In solchen Fällen nimmt der Parteichef die Verantwortung auf sich und tritt zurück. Bekanntlich treffen aber nicht alle Prognosen ein.

Seit 1960 wird Sosuke Uno ins Parlament gewählt, teilt unser Korrespondent in Tokio Wladimir Owsjannikow mit. Seinen ersten Ministerposten hatte er im Kabinett von Kakuei Tanaka, er stand dem Nationalen Verteidigungsamt vor. Später leitete er das Amt für Wissenschaft und Technik, das Verwaltungsamt, das Außenhandels- und Industrieministerium. Auch auf der Parteileiter stieg er immer höher, legte also den üblichen Weg eines japanischen Politikers zurück. Uno hat mehrere Geschichtsbücher und einen Gedichtband geschrieben.

Als Noboru Takeshita vor einem Monat demissionierte und die Suche nach einem Nachfolger begann, wurde Unos Name überhaupt nicht erwähnt. So erfahrene Politiker wie Masayoshi Ito und Shintaro Abo schienen weit mehr Chancen zu haben. Die Geschäftskreise zogen, wie eine Umfrage der Zeitung „Mainichi“ ergab, andere Politiker vor: den ehemaligen Generalsekretär des Ministerkabinetts Masaharu Gotoda, den Ex-Verkehrsminister Shintaro Ishihara oder den ehemaligen Leiter des Amts für Wissenschaft und Technik Yohei Kono. Sie gelten sämtlich als gewitzigte und vielversprechende Führungspersönlichkeiten. Warum hat man sich trotzdem für Uno entschieden?

Die Liberaldemokratische Partei war nie eisern einheitlich, die Situation in ihr wird durch das Zusammenspiel von Fraktionen bestimmt, deren jede von einem führenden Politiker geleitet wird. Der Parteivorsit-

zende ist fast immer der ehemalige Führer der größten Fraktion. Aber ebenso wie zur Zeit der „Lockheed“-Affäre sind die wichtigsten LDP-Figuren so oder anders vom Skandal um die „Recruit“ angeschlagen. Andere wollen ihren Ruf nicht riskieren und die Leitung der Partei zu einer Zeit übernehmen, da sie von allen Seiten kritisiert wird.

Sosuke Uno war die Kompromißfigur, die der LDP-Führung alles in allem paßte. Allerdings traten die Ex-Premierminister Takeo Fukuda und Zenko Suzuki gegen ihn auf, da Uno der Fraktion von Yasuhiro Nakasone angehört (und dieser ist, nach allem zu urteilen, vom Skandal um die „Recruit“ schwer mitgenommen). Fukuda drückte sich sehr scharf aus: Das sei eine „Herausforderung der Gefühle des Volkes“. Aber die Querelen innerhalb der Partei interessieren die Japaner nicht mehr so sehr. Unos politische Zukunft hängt von seiner Fähigkeit ab, sich von den Sünden der früheren Führung zu distanzieren und das Vertrauen zur LDP, das den Tiefstand der letzten 30 Jahre erreicht hat, wiederherzustellen. Die Japaner schätzen die Fähigkeit eines Spitzopolitikers sehr, sich mit der übrigen Welt zu vertragen, so daß Unos Erfahrungen als Diplomat seinem Renommee gute Dienste leisten.

Aus den ersten Ansprachen des neuen Premierministers kann man folgern, daß sich der politische Kurs seines Landes kaum nennenswert verändert wird. Die japanische politische Maschinerie zieht die Evolution vor, überdies liegt das Staatssteuer im Grunde in der Hand derselben Menschen, die lediglich ihre Plätze gewechselt haben (8 von den 22 Mitgliedern des neuen Kabinetts gehören der früheren Regierung an).

Eine der ersten Folgen von Unos Wahl sei, wie unser Korrespondent aus Tokio meldet, ein auffälliger Anstieg der Nachfrage nach dem Sake aus der Brennerei in Moriano und das Abflauen des Interesses für den Sake aus der Präfektur Shimane (obwohl diese Sorte in den letzten anderthalb Jahren ganz gut wegging). Der erste Sake wird nämlich in der Heimat des neuen Premierministers hergestellt, dessen Vater eine Branntweinbrennerei besaß, der zweite kommt aus einer kleinen Brennerei, die der Familie des Vorgängers Takeshita gehört. Unos Vermögen wird auf ca. 300 Mio Yen geschätzt. Es heißt, sein Reichtum habe es ihm leicht gemacht, den Verlockungen der „Recruit“ zu widerstehen.

Ohne pompöses Gehabe

Berliner Tage in Moskau

In einem Interview für die Moskauer Presse erklärte Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK der SED und Sekretär der Bezirksleitung Berlin der SED, daß die Zeit des „Politourismus“, des ineffektiven Austausches von Delegationen unter dem Vorwand der Festigung der Zusammenarbeit immer mehr der Vergangenheit angehört. Zur Grundlage der Partnerschaftsbeziehungen muß ein sachlicher Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit größtmöglichen praktischen Nutzen für beide Seiten werden. Einige Tage nach Veröffentlichung des Interviews wurde dieses neue Herangehen bei den traditionellen Berliner Tagen in Moskau demonstriert.

Vom 31. Mai bis zum 5. Juni erfolgte ein intensiver Dialog beider Hauptstädte über die wichtigsten Fragen der städtischen Entwicklung, der Wirtschaft, der Kultur und der Bildung – ein Dialog, der von einer umfassenden, klar und konkret erarbeiteten Tagesordnung gekennzeichnet war. Um so mehr, da der Berliner Delegation, die zusammen mit den Teilnehmern eines Freundschaftszuges mehr als 400 Mitglieder umfaßte, Fachleute verschiedener Richtungen und Ränge angehörten, die einen nicht geringen Beitrag zur Entwicklung der Infrastruktur der DDR-Hauptstadt geleistet haben.

„Am wichtigsten war es für uns“, sagte die erste stellvertretende Oberbürgermeisterin von Berlin, Hannelore Mensch, „den Moskauern das reale, ungeschönte Bild des Lebens zu zeigen, das wir für die Menschen so angenehm wie möglich gestalten wollen. Ich würde es so sagen: die Ergebnisse unserer Arbeit in sozialer Hinsicht vorzuführen.“

Dieses ihr Streben ließen die Berliner Gestalt annehmen in der vielfältigen, alle Seiten des menschlichen Lebens umfassenden Ausstellung „40 Jahre DDR – Hauptstadt Berlin“, die viele Besucher der Unionsvolkswirtschaftsausstellung anzieht. Die riesige Ausstellung, die 4 Stockwerke einnimmt, berichtet von solchen jeden bewegenden Dingen wie dem Wohnbereich, von Kleidung, Konsumgütern, Kindererziehung, Kunst und Problemen der Ökologie. Zudem sind alle Exponate nicht speziell für die Ausstellung gefertigt, sondern stammen aus Massenserien.

Die Ausstellung führt sowohl den Wohnungsbau (von 1961 bis 1988 haben etwa zwei Drittel aller Berliner ihre Wohnbedingungen verbessert) vor als auch die Produktion moderner modischer Kleidung, was zu einer Schwerpunkttrichtung neben Elektronik und Maschinenbau bei der Entwicklung der Berliner Industrie wurde (etwas 5% der Produktion jedes Betriebes der Stadt müssen Konsumgüter sein). Auf der Ausstellung kann man sich über die Kommunalpolitik in der DDR und das System der Selbstverwaltung informieren, kann man erfahren, daß die Berliner seit 1971 unter der Devise „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Macht alle mit“ Arbeiten im Wert von 2,6 Md. Mark ausgeführt haben und daß 3440 Gebäude in der DDR-Hauptstadt eine „goldene Hausnummer“ aufweisen, an Mieter vergeben, die sich besonders um ihr Haus kümmern.

All das sieht der Besucher, bewertet es, analysiert und vergleicht es. Da kann man etwas lernen. Die Veranstalter der Ausstellung, die den eigentlichen Arbeitsprozeß nicht vorführen (wohl das einzige arbeitende Exponat ist eine kleine Werkbank,

die Abzeichen mit dem Berliner Bären prägt), demonstrieren anschaulich das Lebensniveau und die Möglichkeiten, die gute Arbeit gibt.

Wie Günter Schabowski sagte, erlauben es solche Veranstaltungen Tausenden und Abertausenden Bürgern beider Hauptstädte, ihre Partner kennenzulernen und Informationen über verschiedene Fragen des Lebens und der Arbeit auszutauschen.

Die Berliner Tage in Moskau unterstrichen die neue Qualität der gegenseitigen Kontakte, indem sie ihnen das frühere pompöse Gehabe nahmen und die sachliche, konkrete Seite der Begegnungen betonten. Das war bezeichnend für die Begegnung der Vertreter von 29 Berliner Betrieben mit Kollektiven von Partnerschaftsbetrieben Moskaus wie für die thematischen Seminare, bei denen führende Fachleute aus der DDR-Hauptstadt einen konkreten Dialog mit ihren Moskauer Kollegen über aktuelle Fragen der städtischen Entwicklung führten.

Natürlich kann nicht alles, was für Berlin gut ist, erfolgreich in Moskau angewandt werden – und umgekehrt. Gerade diesen Aspekt konstatierte Rosmarie Lewin, Sekretär der Bezirksleitung Berlin der SED. „Wir können die Veränderungen nicht ignorieren“, sagte sie, „obwohl jeder das auf seine Weise sehen kann. Zugleich bleibt das Gemeinsame in den Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus, die das strategische Ziel, ein besseres Leben für die Menschen, bestimmen. Und in diesem Sinne müssen wir so effektiv wie möglich die Zusammenarbeit nutzen, die in der Vergangenheit weitaus nicht immer realen Nutzen brachte. Eben deshalb sollte man heute realistisch und tiefschürfend einige traditionelle Formen der Partnerschaftsbeziehungen neu bewerten und sehen, wie sie funktionieren und ob überhaupt. Auf eine solche sachliche und effektive Zusammenarbeit orientiert der neue Vertrag zwischen beiden Hauptstädten, den wir dieser Tage in Moskau unterzeichneten.“

Unser Bericht wäre unvollständig, wenn wir den bunten Berliner Jahrmarkt nicht erwähnt hätten, der mit seinen bunten Verkaufsständen (Souvenirs und Fressalinen) direkt am Ausstellungspavillon die Besucher anlockt. Sowohl die weltberühmten deutschen Würstchen als auch das schöne Bier, wonach man leider anstehen mußte...

Doch der Mensch lebt nicht vom Bier allein... Schön lebt es sich in Berlin.

Michail Stojanow



Der Berliner Bär begrüßt die Moskauer
Foto: M. Kovaljow

Schlägt das Unglück immer unerwartet zu?

In einer stillen Juninacht kam es an der Eisenbahnstrecke zwischen Ulu-Teljak (Baschkirien) und Ascha (Gebiet Tscheljabinsk) zu einer kolossalnen Explosion, die in wenigen Sekunden das Leben Hunderter von Menschen dahinraffte

Nichts ließ die Tragödie ahnen. Am späten Samstagabend bewegten sich zwei überfüllte Züge auf der Strecke Moskau – Wladiwostok aufeinander zu. In beiden saßen hauptsächlich freudig gestimmte Sibirier. In dem einen fuhren Leute zum Urlaub ans Meer, Kinder ins Ferienlager und Schüler zur Gemüseernte in die Region Krasnodar. Im anderen Zug saßen erholte Menschen, die mit frischer Kraft nach Hause eilten. Es gab kein Zeichen, das die Katastrophe angekündigt hätte.

Der Zug, der aus Sibirien kam, war auf einer Station im Südural aufgehalten worden. Es gab allerdings einen triftigen Grund für den Verstoß gegen den Fahrplan. Eine Frau hatte vorzeitig zu gebären begonnen, und man mußte warten, bis die junge Mutter und ihr Frischgeborenes in das Stationskrankenhaus eingeliefert werden konnten.

Zur selben Zeit begann sich am 1710. Kilometer in einer namenlosen Senke Gas anzusammeln. Unmittelbar neben der stark frequentierten transkontinentalen Bahnlinie hatte man seinerzeit eine Flüssiggasleitung verlegt. Vielleicht hat man sich damals davon leiten lassen, daß das Verlegen parallel zur Bahnstrecke billiger ist. Vielleicht hat man auch nur schneller die Fertigstellung des Projektes nach oben melden wollen.

Dieses Flüssiggas bahnte sich also seinen Weg an die Erdoberfläche. Ob ein Materialfehler im Rohr oder ein defekter Schieber daran schuld war, wird gegenwärtig von

Experten untersucht. Alarmierende Anzeichen wurden schon einige Stunden vor der Katastrophe wahrgenommen. Die Bewohner der umliegenden Siedlungen spürten den penetranten Gasgeruch viele Kilometer von der Leckstelle entfernt. Leider gehören diese kleinen Dörfer jener Kategorie an, die man kürzlich noch als „perspektivlos“ bezeichnete und dem Verfall preisgab. Leider wohnen hier nur noch alte Leute, die zudem die Gefahr nicht weitermelden konnten, weil es hier nicht einmal ein Telefon gibt.

Der Gasgeruch war auch von Güterzug-Lokführern bemerkt worden, die aber um die nahegelegene Gasleitung wußten. Kleinere Gasaustritte waren hier aber nichts Außergewöhnliches, deshalb schlugen die Eisenbahner keinen Alarm. Außerdem behaupten die Spezialisten, ein mit großer Geschwindigkeit dahineilender Zug würde das gefährliche Gas-Luft-Gemisch zur Seite drängen. Das trifft aber nur dann zu, wenn es sich um einen Zug handelt. In dem Augenblick aber, da sich zwei Züge begegnen, wird das explosive Gemisch in den schmalen Korridor zwischen beiden regelrecht hineingesaugt.

Den deutlichen Druckabfall in der Leitung hatte man auch in der Verdichterstation bemerkt. Dort aber kam keiner auf die Idee, die Ursache dafür zu untersuchen, sondern man gab noch mehr Flüssiggas in die Leitung.

Der dünne Strahl des austretenden Gases

verwandelt sich dadurch in einen mächtigen Strom. Keiner der Gaswerker machte sich Gedanken darüber, daß es vor vier Monaten an derselben Leitung bereits eine starke Explosion gegeben hatte, die durch einen Rohrbruch verursacht worden war.

Die beiden Züge rasten praktisch gleichzeitig in die Gefahrenzone hinein, um für immer darin zu verbleiben. Der Feuerschein der Explosion war so gewaltig, daß es viele Kilometer weit taghell wurde. Versengte Menschen rannten wie lebende Fackeln aus den Waggons in die brennende Taiga hinaus, um in einem Flüßchen Retung zu suchen. Viele aber ereilte der Tod augenblicklich im Schlaf.

Als ich im Hubschrauber die rauchende Senke überflog, war der Brand schon fast eingedämmt. Auf der verkohlten Erde lagen Stämme von Bäumen, die die Explosion gefällt hatte. Leider steht in letzter Zeit der Heroismus der einen oft in Zusammenhang mit Schlampelei, mit verbrecherischer Nachlässigkeit von anderen. Diesmal war es offensichtlich auch so. Tausende Helfer wurden alarmiert. Als erste kamen die Bewohner der umliegenden Orte, um die brennenden Wagen zu löschen und Überlebende zu retten. Um 2 Uhr Ortszeit gelangten die ersten Patienten in das Krankenhaus von Ascha. Die Betroffenen wurden in schwerem Zustand eingeliefert: Brüche, Schnittwunden und schwerste Verbrennungen. Das Krankenhaus verwandelte sich in einen Umschlagplatz. Keiner weiß, wie viele bei dieser Katastrophe umgekommen sind. Die Feuerwalze hat von vielen nur ein Häufchen Asche übriggelassen.

Auch jetzt noch, in diesen Minuten, wird um das Leben der Betroffenen gerungen.



Fotos: TASS

Die besten Spezialisten aus Moskau, Ufa, Tscheljabinsk, Nowosibirsk, Orenburg und anderen Städten tun ihr Möglichstes. Und nochmals will ich auf den Heroismus zu sprechen kommen. Ich komme einfach nicht umhin. Als einer der ersten meldete

der Lokführer W. Beswerchnich das Unglück. Er war über die glühenden Schwellen bis zur nächsten Bahnstation gekrochen, um Hilfe anzufordern.

Eine kompetente Regierungskommission wird untersuchen, wer die Schuld trägt

am Tod von Hunderten von Menschen, am Tod von vielen Kindern, wer die Katastrophe am Kilometer 1710 verursacht hat.

Alexander Tschunossow
TSCHELJABINSK

Im Widerschein der Tragödie

Wofür tragen wir die Verantwortung, wenn wir für alles verantwortlich sind?

Nach der unweigerlichen Erschütterung, die durch die Tragödie, den Tod von Hunderten unschuldiger Menschen ausgelöst wurde, an deren Stelle man auch selbst gewesen sein könnte, kommt der Mensch gewöhnlich wieder zu sich, um nüchtern über alles nachzudenken. Und da baut sich hinter dem „blinden Zufall“ ein großes Fragezeichen auf.

Dabei muß festgestellt werden, daß dort, an der Strecke im fernen Ural, wo der Zufall zwei Züge gleichzeitig in die Gaswolke hineinrasen ließ, das Unglück nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel einschlug. Stunden vorher, als man das Unglück noch hätte verhindern können, gab es Signale über eine gefährliche Gaskonzentration. Es wird selbst von uns einfachen Bürgern verlangt, bei Gasgeruch unverzüglich Meldung zu erstatten. Wie konnte es passieren, daß hier, wo feuergefährliche Anlagen installiert sind, wo ungeteilte Wachsamkeit am Platz sein müßte, kein Mitarbeiter der einschlägigen Dienststellen diesen Signalen Beachtung schenkte? Wie konnte es passieren, daß nicht die Gaswerker selbst, sondern die Bewohner der umliegenden Dörfer das Ausströmen des Gases feststellten, obwohl es über einen „gewissen Zeitraum“ erfolgte?

Die Regierungskommission

wird auf diese und andere Fragen antworten müssen. Eines ist aber jetzt schon klar. Wir haben es wiederum mit einem einheimischen Phänomen zu tun, das in der Umgangssprache als „russische Lotteriewirtschaft“ oder Schlamperei bezeichnet wird.

Das Paradoxon des administrativen Kommandosystems besteht gerade darin, daß es alle und alles mit einem Gespinst aus Vorschriften, Verpflichtungen usw. umgibt, gleichzeitig aber die allgemeine Verantwortungslosigkeit in den Rang einer durchaus erträglichen Form des Daseins erhebt. Umgekehrt artet jede Äußerung von Verantwortungsbewußtsein, besonders wenn es in aktiven Handlungen zum Ausdruck kommt, in Plackerei und Nervenkrieg aus.

Und deshalb hat es im Rahmen unserer gestrengen staatlichen Planung keiner eilig, seinen Lieferverpflichtungen nachzukommen, die doch die Basis des gesamten Wirtschaftsmechanismus bilden. Man ist also für alles verantwortlich, trägt aber für nichts Konkretes die Verantwortung. Im Lied heißt es zwar: „Ringsumher ist alles mein...“, in Wirklichkeit dagegen gehört mir nichts. Also kann man da eine Mutter nicht festziehen, da eine Weiche vergessen zu stellen und dort das Blaue vom Himmel ver-

sprechen, ohne es je einhalten zu können.

Beim gegenwärtigen Kongreß der Volksdeputierten, wie auch von anderen Tribünen, werden reichlich Lobeshymnen auf Disziplin, Ordnung und Organisiertheit gesungen. Warum aber reißen uns diese Aufrufe nicht mit, sondern verschrecken uns noch mehr? Weil wir diese für uns so dringend erforderlichen Substanzen, Ordnung und Disziplin, selbst so fest angezogen haben, daß keine Demokratie bislang in der Lage war, dieses Gewinde zu lösen.

Die Verantwortung für die eigenen Worte und Taten ist das erste Anzeichen für einen zivilisierten Menschen in einer zivilisierten Gesellschaft. Wenn das nicht der Fall ist, kann die Gesellschaft nicht nur ihre eigene Entwicklung bremsen, sondern auch in den Zustand allgemeiner Verantwortungslosigkeit verfallen. Das aber hat unausweichlich ein großes Unglück zur Folge. Der moralisch-soziale Code, der dem Unglück an der Transsibirischen Eisenbahn zugrunde liegt, ist derselbe, auf dem die nationalistischen Leidenschaften in Nagorny Karabach und die Unruhen in Fergana basieren. Hier wie da, wie auch bei Unglücksfällen in vergangenen Jahren, haben wir es mit einer Nicht-Übereinstimmung zwischen dem staatsbürgerlichen

Zustand und dem Benehmen im dienstlichen oder gesellschaftlichen Bereich zu tun. Ob es sich um verbrecherisches Rowdytum oder verbrecherische Schlamperei handelt, uns wird davon nicht leichter. Es ist widernatürlich und deshalb anstoßig, bei aller Achtung vor dem Nationalgefühl.

Das ist der Grund, warum gerade die Deputierten einen großen Widerhall in den Herzen der Menschen, die sich nach Ordnung, nach einem Rechtsstaat sehnen, auslösen, die ein Beispiel für staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein geben, die nicht nur versuchen, diesen Begriff der Zivilisation zu erklären, sondern den realen Weg dahin aufzuzeigen.

Diese Deputierten reden im Unterschied zu jenen, die sich von der kollegialen Verantwortungslosigkeit nicht lösen können oder wollen, zur Sache. Sie schlagen vor, den Begriff der Verantwortlichkeit aus dem Bereich der Erziehung in eine sozial-ökonomische Kategorie zu verwandeln. Das ist, wenn der Zustand, für jemanden oder etwas verantwortlich zu sein, nicht nur Sache des Gewissens ist (eines unzuverlässigen Garanten, wovon wir uns überzeugen mußten), sondern einen natürlichen staatsbürgerlichen Zustand eines jeden darstellt, und das System selbst die Garantie dafür übernimmt.

V. Ganjuschkin

Auf der Suche nach der Wahrheit

Die Ereignisse von 1956 in Ungarn sind für seine Bürger noch heute eine offene Wunde. Viele von ihnen verbinden mit der Wertung und Umwertung jener tragischen Ereignisse die Diskussionen über das Heute und Morgen des Landes

Valeri Leonidow

Seit der Konferenz der USAP vom Mai 1988 hat sich in Ungarns Leben so manches verändert. Das Land geht den Weg der Erneuerung. Leider nicht in der Wirtschaftslage: Die Inflation beträgt nach wie vor 15–16%, das Defizit des Staatshaushalts und die Auslandsschulden steigen. Die Sorgen um die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit des Landes haben wohl noch zugenommen. Die Regierung der Republik arbeitet dringlich an einem radikalen Dreijahresplan der Stabilisierung der Volkswirtschaft auf marktwirtschaftlicher Grundlage.

Das politische und gesellschaftliche Leben hat einen jagenden Puls, Leidenschaften erhitzen die Gemüter, das Spektrum von Strömungen und Plattformen reicht von rot, das vorherrscht, bis zu grün und weiß. Das ergibt beinahe die Nationalfarben... Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen immer Fragen der Erneuerung des Sozialismus und die Suche nach einem Entwicklungsmodell.

Die Reform der politischen Institute war am dynamischsten. Die Ereignisse schoben den Rahmen der Beschlüsse der Parteikonferenz auseinander und führten an den vom ZK der USAP gebilligten Schluß heran: über die Notwendigkeit eines Mehrparteiensystems und den Übergang zur repräsentativen Demokratie. Im politischen Wortschatz kommt immer häufiger der Ausdruck „demokratischer Sozialismus“ vor, wobei der logische Akzent auf dem ersten Wort liegt. Die USAP beginnt einen Dialog mit anderen Parteien und Gruppen. Die Programme einiger von ihnen beinhalten die Rückkehr zum bourgeois Parlamentarismus.

Die Parlamentswahlen stehen bevor. Sie sollen nach dem neuen Gesetz durchgeführt werden. In der Gesellschaft ist man sich darüber einig, daß der Posten des Präsidenten der Republik eingeführt werden müsse. Die Diskussion über eine neue Verfassung wird bald abgeschlossen. In der Presse sind die Vorschläge anzutreffen, im neuen Grundgesetz den Aufbau des Sozialismus nicht als das Ziel der Gesellschaft zu bestimmen. Außerdem könnte in einem Mehrparteiensaat keine Rede von der Verankerung der führenden USAP-Rolle sein. Gewisse Kräfte neigen überhaupt dazu, die Verdienste der USAP um die Nation abzustreiten und die Partei an den Rand der

Politik abzudrängen. Es wird viel diskutiert und gestritten, aber meiner Meinung nach haben die ungarischen Kommunisten keinen Grund, sich zu schämen. Sie blicken nicht nur auf Mißerfolge, sondern auch auf beträchtliche Leistungen und Reformerfahrungen zurück.

Die USAP formt jetzt ihre Position. Die zentralen Parteidorgane beginnen mit der Arbeit am Wahlprogramm. Das Leben fordert von der USAP den Wahlsieg. Bedingungen des Erfolgs sind, wie die ungarischen Kommunisten sagen, die Konsolidierung ihrer Partei selbst, ein starkes Programm und der Zusammenschluß aller Anhänger des Sozialismus. In der Partei ist eine Erneuerung der Kader, das Umdenken im Hinblick auf Arbeitsziele und -methoden im Gange.

Der Standpunkt der USAP, die auch jetzt die einflußreichste politische Kraft der ungarischen Gesellschaft ist, wird manchmal abweichend ausgedrückt. Offenbar wirkt sich der Umstand aus, daß sich die Kräfte gegeneinander abgrenzen und die Einheit geschwächt wird. Innerhalb der Partei gibt es seit kurzem eine neue Bewegung: Reformzirkel, die sich für radikale Umwandlungen einsetzen. Der Parteitag wird vorgeschoben und schon im Herbst d. J. abgehalten. Er hat die Aufgabe, das Aktionsprogramm zu billigen, die Statuten anzunehmen und die USAP-Führung zu erneuern.

Kollision der Meinungen

In den Diskussionen über die Zukunft des Landes, in denen auch sein Weg seit dem Frühjahr von 1945 analysiert wird, ist in den letzten Monaten die Einschätzung der tragischen Ereignisse von 1956 in den Vordergrund gerückt. Nach mehr als 30 Jahren ist diese Wunde der Ungarn immer noch nicht vernarbt. Im Frühjahr wurden jene Ereignisse zum erstenmal Volksaufstand genannt, und das löste eine Kollision der Meinungen aus. Auf dem Plenum des ZK der USAP im Februar hieß es, daß sich im letzten Stadium des Aufstands konterrevolutionäre Tendenzen verstärkt hatten.

Die ungarische Presse drückt vor allem Artikel, in denen es heißt, daß in Ungarn im Herbst 1956 eine wahre Revolution vollzogen worden sei und sich das Volk damals

gegen den Stalinismus und Rakosimius aufgelehnt habe, während die antikommunistischen, konterrevolutionären Tendenzen nicht bestimmt gewesen seien. Als geistiger Vater der „ungarischen Erneuerung“ und des „nationalen Kommunismus“, als Symbol eines unabhängigen nationaldemokratischen Weges wird der damalige Premierminister Imre Nagy (1896 – 1958) hingestellt. Zugleich wird hervorgehoben, daß sich die damalige Führung der Sowjetunion über die Situation nicht klar, vielmehr bestrebt gewesen sei, den Sozialismus (der Stalinschen Prägung!) zu retten. Um die Sicherheit auf dem Kontinent und das militärische Bündnis in Osteuropa besorgt, habe sie sie beeilt, ihre Truppen einzurücken zu lassen.

Das ist in aller Kürze der Tenor der meisten Publikationen. Vor drei Jahren noch hörte man andere Einschätzungen. Waren nicht das Buch „Noch leben Zeugen...“ des Nestors der ungarischen Politik G. Marosan, eines Begründers der USAP, ein schon 1957 geschriebener, aber erst vor kurzem veröffentlichter Artikel Akademiemitglied E. Molnars, eines Historikers, und einige andere Materialien erschienen, so könnte man ruhig sagen, daß bei der Behandlung dieses Problems alle Meinungsdifferenzen überwunden sind. Aber das ist ein oberflächlicher Eindruck, in Wirklichkeit ist alles viel verzwickelter. Es leben noch Zeugen und auch Teilnehmer... Nicht wenige Veteranen haben der Partei den Rücken gekehrt und andere sogar die Medaille „Für Arbeiter-und-Bauern-Macht“, die Teilnehmern des bewaffneten Kampfes gegen die Konterrevolution verliehen wurde, zurückgegeben.

Die historischen Prozesse und Erscheinungen lassen sich kaum eindimensional messen. Das trifft erst recht auf eine so komplizierte, vielschichtige Erscheinung wie den Herbst 1956 zu. Offenbar hatte USAP-Generalsekretär Grosz recht, als er in diesem Frühjahr in Ushgorod sagte, daß jetzt die Leidenschaften des politischen Kampfes in der ungarischen Gesellschaft der Objektivität bei der Beurteilung jener Ereignisse im Wege stehen.

Am 16. Juni werden Imre Nagy und seine Anhänger J. Szilagyi, G. Losonczy*, M. Gimes und P. Maeteri, die 1958 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, umgetragen. Der humane Schritt der Regierung, die es den Hinterbliebenen erlaubt hat, die sterbliche Hülle ihrer Verwandten auf menschliche Art zu begraben (seinerzeit wurden sie in einem namenlosen Grab zugeschüttet**), gewinnt einen tiefen politischen Sinn im Geiste der nationalen Auseinandersetzung, zu der das Plenum des ZK der USAP vom Ende Mai aufgefordert hat.

Informelle Organisationen und Imre

* Im Gefängnis noch vor dem Prozeß gestorben.

** Eine tragische Grimasse der Geschichte: Es war Imre Nagy, der die Verfügung über die Bestattung hingerichteter Staatsverbrecher in namenlosen Gräbern unterzeichnet hatte.

Nagys Familie schlugen vor, den 16. Juni zu einem nationalen Trauertag zu erklären und im Zentrum von Budapest eine Trauerzeremonie abzuhalten. An ihr werden sich neben den Behörden und den Einwohnern der Hauptstadt viele ungarische Emigranten aus den kapitalistischen Ländern beteiligen, darunter auch jene, die im bewaffneten Kampf auf der anderen Seite der Barrikade gestanden hatten.

In der Staatsanwaltschaft und im Obersten Gericht der UVR wird die Revision der Materialien des Prozesses gegen Imre Nagy und seine Anhänger bald abgeschlossen. Ihre juristische Rehabilitation wird erwartet (das Todesurteil und andere Urteile wurden bekanntlich „wegen der Einfädelung einer Verschwörung zum Sturz der volksdemokratischen Staatsordnung“ gefällt; Imre Nagy wurde noch des „Hochverrats“ angeklagt). Daraus folgt, daß die Aufhebung des seinem Charakter nach politischen Urteils die volle Rehabilitation bedeuten wird.

Imre Nagy und seine Zeit

Somit präsentiert sich dieses komplizierte Kapitel der Geschichte – Oktober und November 1956 – in einem neuen Licht. Dennoch bleiben noch viele Fragen. Was stellte diese außerordentlich akute politische Krise dar? Welche Rolle spielte Imre Nagy? Ist er ein „Nationalheld“?

Zweifellos waren die Ereignisse von 1956 in Ungarn eine erdrutschartige Äußerung des Zusammenbruchs des administrativen Befehlssystems im Sozialismus, das in Ost-Europa unter dem Einfluß des Stalinismus durchgesetzt worden war. Die groben politischen und wirtschaftlichen Fehler, die Loslösung vom Volk, die Verstöße Matyas Rakosi, des damaligen Chefs der Partei der Ungarischen Werktagen (PdUW), der die Stalinschen Regierungsmethoden blind kopierte und sogar noch „vervollkommnete“, waren die eigentliche Ursache der Explosion. Rakosis Schuld war um so größer, als er nach Stalins Tod die Verbesserung der aufgezeigten Fehler und die Überwindung der Deformationen im sozialistischen Aufbau in Ungarn bremste. Zwischen ihm und Imre Nagy, der 1953 – 1955 der Regierung vorstand, entbrannte ein Machtkampf, der die Partei lahmezte.

Schon 1953 unternahm die damalige sowjetische Führung die ersten Schritte zur Überwindung der Überspitzen und Verbrechen aus der Stalin-Zeit. Das bezog sich auch auf die Beziehungen zu den Volksdemokratien. Allerdings blieb der Stil der Beziehungen zu ihren Spitzenpolitikern unverändert. Das war typischer paternalistischer Einfacher ausgedrückt wurde die ungarische Führung z. B. nach Moskau zitiert und dort zusammengetaucht, wobei die Zusammensetzung der Delegation nicht von Rakosi abhing. Zu denen, die nach Moskau reisen mußten, gehörte auch Imre Nagy. An den Gesprächen nahmen Malenkow, Molotow, Chrustschow, Mikojan, Kaganowitsch und Berija teil. Rakosis Arbeitsmethoden wurden kritisiert. Die ungarische Presse hat Notizen ungarischer Verhandlungsteilneh-

mer veröffentlicht. Das ist zwar kein offizielles Dokument, dennoch folgt daraus, daß Nagy von Berija und Malenkow begünstigt wurde. Einige ungarische Presseorgane fragen sogar, ob Imre Nagy nicht schon früher Kontakte zu Berija gehabt hätte.

Im Westen wurde dieses Thema bereits breitgetreten. Direkte Beweise liegen jedoch nicht vor. Ist das übrigens von Belang, wenn wir Nagys politische Ansichten verstehen wollen? Ist da nicht eher der Wunsch mit im Spiel, sämtliche Kommunisten der Komintern-Zeit anzuschwärzen?

Über Imre Nagys Leben in der UdSSR ist folgendes bekannt. Er kam 1916 als Kriegsgefangener nach Rußland, trat 1918 der KPR(B) (Kommunistische Partei Rußlands/Bolschewiki) bei und beteiligte sich am Bürgerkrieg in Sibirien. 1920/21 war er eine Zeitlang im Gouvernementskomitee der KPR(B) Irkutsk, dann in der Sonderabteilung der 5. Armee und zwischen 1921 und 1930 im Auftrag der KP illegal in Ungarn tätig. Von dort reiste er nach Österreich aus und kehrte in die UdSSR zurück. Gleich vielen anderen ausländischen Kommunisten bürgerte er sich zu jener Zeit in der Sowjetunion ein, studierte, unterrichtete und wirkte an Kominternorganen, darunter am Internationalen Agrarinstitut, mit. Allmählich bildete er sich zu einem bedeutenden Fachmann für die Agrarfrage heran.

Bekannt ist, daß er 1935 aus der KPdSU(B) ausgeschlossen wurde, weil er eine Reise seiner Frau nach Ungarn, zu ihren Eltern, ohne Genehmigung der ungarischen Parteiorganisation verschwiegen hatte. In der Atmosphäre des Argwohns jener Jahre konnten solche Dinge große Unannehmlichkeiten nach sich ziehen. Das Schicksal meinte es mit Imre Nagy gut: Er kam mit einer Parteidüre davon und wurde 1938 in die Partei wieder aufgenommen.

Seit Beginn des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes war Nagy in der Sowjetarmee. Drei Jahre später wurde er auf

Rakosis Ersuchen abberufen, um unter den ungarischen Kriegsgefangenen und in der ungarischen Redaktion des Rundfunkkomitees Propagandaarbeit zu leisten. Ende 1944 kehrte er gemeinsam mit J. Revai, E. Gerö und Z. Vas nach Ungarn zurück und schaltete sich in die Arbeit der demokratischen Regierung ein. Er führte die Bodenreform durch, war Landwirtschafts-, Innenminister und Parlamentsvorsitzender, bekleidete hohe Posten auch in der Partei; 1950/51 leitete er die Abteilung für Verwaltungsorgane des ZK. Während der Diskussionen von 1949 über den Agrarkurs wurde er aus dem Politbüro ausgeschlossen, gehörte ihm 1951 jedoch wieder. 1953 war Nagy Mitglied des Politbüros des ZK der PdUW und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates.

Im Sommer 1953 wurde bei Verhandlungen in Moskau der Vorschlag formuliert, die Posten des Ersten Sekretärs des ZK der PdUW und des Regierungsoberhaupts gegeneinander abzugrenzen. Auf Moskaus Empfehlung wurde Imre Nagy zum Premierminister Ungarns ernannt. In seiner Ansprache vor dem Parlament verkündete der populäre Politiker einen „neuen Kurs“, der eine Alternative zum früheren Kurs darstellte. Als jedoch Ende 1953 Berija entlarvt und erschossen wurde, ging Rakosi daran, der „Doppelmaß“ ein Ende zu setzen und seine sektiererisch-dogmatischen Positionen zu behaupten. 1955 versetzte er seinem Hauptkrieger einen wichtigen Schlag: Imre Nagy wurde wegen einer „rechtsopportunistischen Abweichung“ aus dem ZK und später sogar aus der Partei ausgeschlossen.

Die Explosion

Bis zum Sommer 1956 hatten sich in der ungarischen Gesellschaft viele explosive Tendenzen angestaut. Breite Bevölkerungsschichten waren mit der Politik der PdUW-Führung unzufrieden. Daran konnte auch die Tatsache nichts mehr ändern, daß Rakosi



Klim Woroschilow, Imre Nagy und Matyas Rakosi

im Juli 1956 als Parteichef abgesetzt wurde, wobei den Sitzungen des Politbüros und des ZK, die der Lösung von Kaderfragen gewidmet waren, Suslow und Mikojan bewohnten. Der neue Erste Sekretär E. Gerö war ein Mann aus Rakosis nächster Umgebung und von gleicher Denkweise.

In Ungarn gab es Kräfte, die den Abbruch des stalinistischen Systems, die Überwindung von Rakosis Verbrechen und Fehlern sowie die Beseitigung der Deformationen forderten. Zum Teil gruppieren sich die Anhänger der Erneuerung, vor allem Journalisten und Intellektuelle, um Imre Nagy, der damals noch nicht der Partei angehörte. (Übrigens traf sich Michail Suslow im Sommer 1956 mit ihm.)

Als Verkörperung der Parteikräfte galt Janos Kadar, der 1954, nach der Aufhebung eines ungerechten Urteils, aus dem Gefängnis entlassen und zu einem Sekretär des ZK und Mitglied des Politbüros gewählt wurde. Zwischen beiden Politikern bestanden Berührungspunkte: in erster Linie Bruch mit der Rakosi-Politik, Bestrafung der Menschen, die an den Repressalien schuld waren, und die Respektierung der patriotischen Gefühle des Volkes.

Die Ereignisse in Budapest begannen am 23. Oktober 1956 mit einer Studentendemonstration. Gegen Abend wuchs sie in bewaffnete Zusammenstöße und in Überfälle auf staatliche Einrichtungen hinüber. Die gerechte Unzufriedenheit in breiten städtischen Massen, besonders unter Studenten, Intellektuellen, Handwerkern und in einem Teil der Arbeiter, das gesunde Streben der Gesellschaft nach der Erneuerung des Lebens wurde von den konterrevolutionären Kräften tragischerweise gegen die volksdemokratische Staatsordnung gekehrt. Über die Hetzerei von „Free Europe“, die Wühlereien westlicher Geheimdienste und der reaktionären Emigration wurde schon viel geschrieben.

Die politische Krise im Lande war eine komplizierte Erscheinung, die Zusammensetzung der Teilnehmer im Herbst 1956 sehr bunt. Aber das Gros der Bevölkerung in der Stadt und erst recht auf dem Land nahm an den Ereignissen aktiv nicht teil. Schon aus diesem Grund paßt die Definition „Volksaufstand“ in diesem Fall nicht. Man kann von einer tiefgehenden demokratischen heilsamen Strömung sprechen, von einer Bewegung für die Rückkehr zu den sozialistischen Prinzipien und der sozialistischen Demokratie. Freilich schlichen sich von Anfang an antisozialistische Kräfte und konterrevolutionäre Elemente in diese Bewegung ein. Sie verfolgten damit ihr eigenes Ziel, die Restauration der bourgeois Ordnung. Einige hofften sogar auf die Wiederherstellung des Horthy-Faschismus, ja der Monarchie. Die Massen, darunter auch die Anhänger des Sozialismus, verloren die Orientierung. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen waren viele, besonders junge Leute, vom Nationalismus geblendet.

Die Historiker werden wohl noch viel Zeit und Geduld aufwenden müssen, um alle Details und Schattierungen der Ereignisse klarzustellen. Sie sollten allerdings an die Sache differenzierter als bisher herangehen

und alle Realien objektiv in Betracht ziehen. Schwierigkeiten mit der richtigen Definition gab es auch früher: Oktober-Ereignisse, Meuterei, konterrevolutionäre Ereignisse, Konterrevolution, Tragödie des Volkes. Im gegenwärtigen Appell des ZK der USAP liegt die Betonung darauf, daß die Ereignisse von 1956 ein Bruderkrieg waren. Jeder Gefallene ist ein Verlust für die Nation.

In der Nacht zum 23. Oktober 1956 wurde Imre Nagy auf Forderung von Mitgliedern der Partei sowie der Öffentlichkeit in die PdUW-Führung kooperiert und zum Vorsitzenden des Ministerrates ernannt. An seine



Janos Kadar

Rückkehr knüpfte man Hoffnungen auf die Wiederherstellung der Ordnung und den Schutz der sozialistischen Errungenschaften. Die sowjetische Führung nahm die Nachricht von dieser Ernennung mit Billigung auf, und Mikojan, der damals in Budapest eingetroffen war, versicherte Imre Nagy der Unterstützung der Sowjetregierung.

Welche politischen Ansichten vertrat Imre Nagy damals? Auf jeden Fall völlig andere als in den 40er Jahren. Im März 1953 forderte er bei der Trauersitzung der Nationalversammlung die ungarischen Werktautigen auf, „noch genauer den Geboten des großen Führers der Menschheit“ und unermüdlich der Partei der Ungarischen Werktautigen zu folgen, „die vom besten ungarischen Schüler des Genossen Stalin, Matyas Rakosi, geführt wird“. Gerade Nagy brachte im Parlament den Gesetzentwurf über die Verewigung des Andenkens an Generalissimus Stalin ein (übrigens ist das Gesetz von der Nationalversammlung der Ungarischen VR erst in diesem Jahr annulliert worden).

Als Regierungschef (1953–1955) bemühte sich Nagy, an der Politik Änderungen vorzunehmen, die den Bedingungen des Landes besser entsprachen. Anfang 1956 vertrat er die Demokratisierung des Sozialismus, setzte sich dafür ein, daß bei seinem Aufbau der nationalen Spezifität Rechnung getragen würde, wandte sich gegen den Stalinalismus als System, gegen den Bonapartismus und rief zum Respektieren der Men-

schen und zu einer humanen Gesellschaftsordnung auf. Nagys außenpolitisches Programm war neutralistisch und beruhte auf den Prinzipien von Bandung. Er proklamierte die Notwendigkeit der freundschaftlichen und gleichberechtigten Beziehungen zur UdSSR. Aber die Lösung der Neutralität, wie er sie verstand, berücksichtigte die geopolitischen Realitäten und das Kräfteverhältnis in Europa und der Welt kaum.

War Nagy eine „starke Faust“, konnte er der Situation Herr werden? Er selbst wußte sich eher eine Persönlichkeit, der die Massen folgen würden.

In der Nacht zum 24. Oktober unterstützte Imre Nagy gemeinsam mit den Mitgliedern der ungarischen Parteiführung den Aufruf an die UdSSR, Ungarn militärisch zu helfen. Am Tag darauf weigerte er sich, das entsprechende Dokument zu unterzeichnen, so daß A. Hegedüs, der am Vortag noch Premierminister gewesen war, das statt seiner tun mußte. Später verneinte Nagy überhaupt, dieses Gesuch je unterstützt zu haben.

Schwankungen und Inkonsistenz waren für ihn auch sonst kennzeichnend. Am 24. Oktober sagte er öffentlich: „Feindliche Kräfte haben sich der friedlichen Demonstration angeschlossen und sind gegen die volksdemokratische Macht aufgetreten.“ Am 25. Oktober erklärte er in einer Rundfunkansprache: „Die wenigen konterrevolutionären Hetzer haben eine bewaffnete Offensive gegen die Gesellschaftsordnung unserer Volksrepublik gestartet; infolge der Verbitterung über die Lage im Lande wurde diese Aktion von einem Teil der Budapester Werktägler unterstützt...“

Bald nach der Wiederherstellung der Ordnung wird die Nationalversammlung zusammengetreten. Bei dieser Tagung will ich ein allumfassendes und begründetes Programm von Reformen darlegen, das alle wichtigsten Fragen unseres nationalen Lebens betrifft.“ Aber das Parlament sollte nicht zusammentreten.

Ursprünglich lehnte Nagy den Vorschlag seiner beharrlichen Helfer Losonczy und Donath ab, die bewaffneten Aktionen als Revolution zu betrachten. Als sich die ersten Anzeichen der Wiederherstellung der Ordnung in der Hauptstadt zeigten, bat er die Sowjetregierung, die Truppen abzuziehen. Das geschah. Die Parteileitung wurde umgruppiert: Janos Kadar trat an die Spitze der PdUW; Nagy, Apro, Kiss, Münnich und Szanto wurden Mitglieder des Präsidiums.

Am 28. Oktober gab Nagy die Feuerstellung bekannt und nannte den Aufstand in gleichem Atem eine nationaldemokratische Bewegung. Da er unter Druck stand, erkannte er allerlei „revolutionäre Komitees“ als legal an, löste die Organe der Staatssicherheit und die inneren Truppen auf und verkündete die Aufstellung einer neuen Armee und Polizei, wobei diesen beiden bewaffnete Aufständische angehören sollten.

Chaos und Anarchie

Die Kräfte, die der volksdemokratischen Gesellschaftsordnung treu blieben, waren nun desorganisiert. Die Macht zerfiel. Das Chaos nahm zu.

Offenbar hatten Nagy und seine Anhän-

ger die Absicht, durch den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Lande, die Gewährung von Zugeständnissen an verschiedene Oppositionskräfte, die Einführung des Mehrparteiensystems, die Auflösung der PdUW und ihre Neuorganisation als USAP* die Wogen zu glätten und die Lage zu entspannen.

Aber die Mehrparteienregierung, deren Zusammensetzung sich fortwährend veränderte, verlor Anfang November die Kontrolle über die Lage im Lande. Es gab keine Machtinstrumente mehr. Der Lauf der Ereignisse und ihre Ausrichtung wurden nunmehr vom Terror gegen die Anhänger des Sozialismus, von Gewalt und Anarchie bestimmt. Seinen Höhepunkt fand das in der bewaffneten Zerstörung des Budapest Stadtteilkomites. Die Grausamkeit, mit der gegen seine Verteidiger vorgegangen wurde, sollte ein Exempel für alle Kommunisten statuieren.

Die Regierung des Kommunisten Nagy war außerstande, die Anhänger der Gesellschaftsordnung zu verteidigen, und büßte die Fähigkeit ein, das Land zu regieren. Die Reaktion griff nun Nagy und seine nächsten Anhänger an. Es folgten die bekannten Schritte: die Erklärung über den Austritt aus dem Warschauer Vertrag (die ohne die Billigung durch das Parlament keine gesetzliche Gültigkeit hatte), die Verkündung der Neutralität und die an die UNO und die Großmächte gerichtete Bitte um Hilfe.

Infolge des Zerfalls der Macht und der Anarchie im Lande wurde die Gefahr eines Bürgerkriegs, die Gefahr der Entstehung eines großen Herdes der internationalen Spannungen in Europa sehr akut.

Die Führung der UdSSR und der anderen Bündnisländer sah sich in einer schwierigen Lage. Unser Land strebte eine politische Lösung an. Davon zeigte auch die Deklaration der Sowjetregierung vom 30. Oktober 1956.

Aber die Situation verschlechterte sich weiter.

Die schwere Entscheidung

Angesichts der direkten Gesuche der ungarischen Kommunisten sowie der Meinung der führenden Politiker Chinas, Jugoslawiens und der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrags (die dringlichen Beratungen Chrushchtschows, Malenkows, Bulganins und anderer sowjetischer Spitzenpolitiker mit der Führung dieser Länder vom Anfang November werden in verschiedenen Memoiren erwähnt) fiel die gar nicht leichte Entscheidung, ein zusätzliches sowjetisches Truppenkontingent in Ungarn einzuschicken, um die konterrevolutionären Kräfte mit Waffengewalt zu zerschlagen. Diese Entscheidung der Sowjetregierung wurde vom Ersten Sekretär der USAP, Staatsminister Kadar, und seinen Genossen, vor allem von F. Münnich, gutgeheißen. Sie hatten mit der Regierung Nagy gebrochen und bildeten eine Provisorische Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Der Einmarsch der sowjetischen Truppen hatte nicht das Ziel, das alte, von Rakosi geprägte Regime wiederherzustellen. Dieser

selbst, in Moskau „auf Kur“ weilend, wollte unbedingt nach Ungarn, wollte um jeden Preis eine politische Rolle spielen, aber seine Zeit warum.

Nachdem die Kämpfe beendet waren und die Ordnung wieder eingezogen war, übernahmen die bewaffneten Formationen der neuen Regierung die Kontrolle der Situation; ihre Mitglieder waren am 7. November vereidigt worden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Errungenschaften der ungarischen Kommunisten und des ungarischen Volkes wie die rasche Konsolidierung auf der Basis der nationalen Eintracht, der wachsende Volkswohlstand und Ungarns Erfolge auf dem Wege der Reformen in den 60er und 70er Jahren mit Janos Kadar assoziiert werden.

Am 4. November gab Nagy der ganzen Welt bekannt, seine Regierung befände sich am alten Ort, die ungarischen Truppen seien im Kampfeinsatz. In Wirklichkeit folgte er gemeinsam mit seinen Mitstreitern und nächsten Mitarbeitern noch am selben Tag der Einladung Jugoslawiens, in seiner Botschaft in Budapest Zuflucht zu suchen. Ende November wurde die ganze Gruppe nach Rumänien ausgeführt und interniert. Versuche, Nagy zum Rücktritt oder wenigstens zu einem Kompromiß zu bewegen, scheiterten. Im Frühjahr 1957 strengten die Organe des ungarischen Innenministeriums einen Prozeß gegen die Teilnehmer der Gruppe an. Soweit die Tatsachen, die uns heute bekannt sind.

Realität der Geschichte

Selbstverständlich ist es Sache vor allem der ungarischen Regierung, der USAP und der Öffentlichkeit, die Ereignisse von 1956 und die Rolle ihrer politischen Hauptfiguren darin zu beurteilen. Das bezieht sich auch auf die Revision des harten Urteils, das das Oberste Gericht der UVR im Zuge eines unter Ausschuß der Öffentlichkeit durchgeföhrten Prozesses 1958 formuliert hatte. Der Wunsch der ungarischen Partei- und Staatsführung, bei der neuen Einschätzung gewisser geschichtlicher Begebenheiten Extreme zu vermeiden und so nicht eine neue Konfrontation in der Gesellschaft, sondern die nationale Aussöhnung zu fördern, ist begreiflich. M. Nemeth, Vorsitzender des Ministerrats der UVR, sagte vor kurzem in bezug darauf, welche Schwierigkeiten sich bei der Suche nach der vollen Wahrheit von der Vergangenheit ergeben: „Ich kann von Imre Nagy nicht sprechen, ohne mich gleich an Janos Kadar zu erinnern. Die Lebenswege dieser herausragenden Politiker sind tragisch miteinander verflochten. Über vielen Momenten dieser Verflechtung liegt dichter Nebel... Heute wissen wir vieles noch nicht.“

Imre Nagys Leben nahm einen tragischen Ausgang. Sein ideologisches Erbe und seine oft widersprüchliche Tätigkeit, besonders im Herbst 1956, muß erst ausdiskutiert und wissenschaftlich erforscht werden.

Imre Nagy gehörte zur ersten Generation der ungarischen Kommunisten. In einem für die Nation schweren Augenblick sah er sich auf dem Gipfel der Staatsmacht und versuchte, die Krise im Lande zu überwinden. Da er aber isoliert stand, konnte er der Situation

nicht Herr werden. Seine Unentschlossenheit und seine außenpolitischen Fehler verschlechterten die Situation noch mehr und führten schließlich auch zu seiner persönlichen Tragödie.

Einige vorurteilsfreie Zeitgenossen nennen Imre Nagy einen schwachen Politiker, wenn sie auch nicht abstreiten, daß er ein fundiertes theoretisches Wissen hatte und bewußt nach Reformen der sozialistischen Gesellschaft strebte. Der Philosoph György Lukacs, der der letzten Regierung Nagy angehörte und sich übrigens gegen Nagys Beschuß über den Austritt aus dem Warschauer Vertrag wandte, behauptete 1971 allerdings, Nagy habe „kein Programm gehabt. An einem Tag sage er das eine, am Tag darauf etwas anderes.“

Mit all seinen Fehlern und Irrtümern, zugleich aber auch mit seiner Erkenntnis der Notwendigkeit, den Stalinismus zu überwinden und die Gesellschaft zu demokratisieren, ist Imre Nagy ein Stück ungarische Geschichte. Das ZK der USAP verweist in seiner Erklärung vom 1. Juni 1989 auf den Zusammenhang zwischen den Reformversuchen von Mitte der 50er Jahre und Ungarns heutigem Kurs auf Erneuerung.

In der ungarischen Presse von heute wird die Haltung der UdSSR in jenen Jahren auf unterschiedliche Weise behandelt. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, wollen wir hier vor allem folgendes betonen. Die damaligen Ereignisse und die Rolle der UdSSR darin können kaum richtig verstanden werden, wenn man von der überaus komplizierten internationalen Situation, vom kalten Krieg, dem System der Verpflichtungen zwischen den Bündnispartnern und den damals üblichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern absieht. Zudem lagen zwischen 1953, dem Todesjahr von Stalin, und 1956 nur drei Jahre. Das Sowjetvolk empfand den Einsatz seiner Truppen zur Unterdrückung der konterrevolutionären Ausfälle in Ungarn als harte Notwendigkeit, als Hilfe für die Werkträger der UVR. In jenem Herbst gab es nicht wenige Opfer, und das nicht nur unter den Ungarn. Wieder einmal fielen auf ungarischem Boden unsere Jungen, diesmal zu Friedenszeiten.

Offenbar wäre es unrechtmäßig, die Ereignisse von 1956 in Ungarn im Lichte der heutigen negativen Haltung der UdSSR zur Beilegung internationaler Konflikte durch Gewalt zu betrachten. Das war eine andere Zeit. Es ist jedoch Tatsache, daß die schwere, erzwungene Entscheidung der sowjetischen Führung jener Zeit auch unserer inneren Entwicklung einen Stempel aufdrückte und sich auf unser „Tauwetter“ auswirkte.

Nach 1956 wurden die Verzerrungen und Deformationen in den sowjetisch-ungarischen Beziehungen aus der Zeit des Personalkults entfernt, was die Gestaltung einer wirklich gleichberechtigten Zusammenarbeit günstig beeinflußte. Das ist eine kolossale Errungenschaft, sie dient den Interessen unserer beiden Völker, wir müssen sie erhalten und mehren. Besonders aktuell ist das gegenwärtig, da unsere Länder darangehen, die sozialistische Gesellschaft zu erneuern.

BUDAPEST – MOSKAU

*Das wurde am 1. November bekanntgegeben

Die Alternativen von 1939

Um den sowjetisch-deutschen Pakt von 1939 und die mit ihm verbundenen Dokumente

*Lew Besymenski,
NZ-Kommentator*

Oft heißt es, der sowjetisch-deutsche Pakt sei nicht die beste Lösung gewesen. Im Streit um ihn fallen auch radikalere Worte. Doch bleiben wir im Rahmen der realen historischen Situationen. Die sowjetische Führung traf diese Entscheidung. Was bedeutete dies?

Der Text des Pakts (er enthielt nur 7 Artikel) sprach von der Absicht, „sich jeden Gewaltaktes, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegeneinander zu enthalten“, von der Nichtteilnahme an feindseitigen Gruppierungen, von der ausschließlich friedlichen Lösung möglicher Streitfragen. Doch diese Feststellung reicht nicht aus, um die weitere Entwicklung zu bewerten. Wie mir scheint, muß man sich auch eine Vorstellung von den Folgen machen, die die sowjetische Führung von dem Beschuß, der in der Nacht zum 24. August 1939 in einem Arbeitszimmer des Kreml feste Gestalt annahm, zu gewärtigen hatte.

Sogleich ein Vorbehalt: Anders als bei der Analyse der britischen und der deutschen Politik verfügen wir bislang nicht über die sowjetischen Archivdokumente zu

dieser Frage. Die Veröffentlichung der „Dokumente der Außenpolitik der UdSSR“ blieb vor vielen Jahren bei Band 21 stehen, der die Ereignisse von 1938 beleuchtet. Die Sammelbände von Dokumenten, die 1971 und 1981 erschienen, enthalten vor allem Materialien, die die Beziehungen der UdSSR zu Großbritannien und Frankreich, nicht aber zu Deutschland betreffen. Folglich steht das Wichtigste noch bevor – wir alle warten voll Ungeduld auf den Anbruch einer neuen Epoche, was die Veröffentlichung von Archivdokumenten angeht.

Doch der Leser mag keine Entschuldigungen. Deshalb ist der Wissenschaftler im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten verpflichtet, eine Analyse vorzunehmen, indem er die direkten und die indirekten Angaben vergleicht. Was wollte die Sowjetunion, ihre politische Führung damals oder, genauer gesagt, mit welchen unerbittlichen Forderungen der Zeit wurde sie konfrontiert? Ich meine, niemand wird bestreiten, daß die erste dieser Forderungen war: **Zeit angesichts des unausweichlich heraufziehenden Krieges zu gewinnen.**

Wie losgelöst von der Wirklichkeit Stalin auch gezeichnet werden mag – er zumindest wußte nur zu gut, in welchem Zustand damals die Rote Armee war. Er brauchte nur Berija zu fragen, wie viele Komman-

deure ermordet oder Repressalien ausgesetzt worden waren (die Zahl von 43 000 wird genannt). Obwohl Woroschilow auf dem 18. Parteitag von der hohen Kampffähigkeit der Roten Armee sprach, waren auch ihre Mängel bekannt. Was die Bedrohung vom Westen aus anging, so informierte die sowjetische militärische Aufklärung (die von besagtem Berija noch nicht ganz zerschlagen war) das Zentrum eingehend über die Verstärkung der Kräfte der Wehrmacht, darüber, daß sich die deutsche Generalität – anders als 1938 – ihrer Sache sicher war. Man wußte in Moskau, daß Polen, gegen das ein Schlag vorbereitet wurde, diesem Schlag nicht würde standhalten können.

Der Aufgabe, den Zeitpunkt der Verwicklung der Sowjetunion in den immer näher rückenden Krieg hinauszögern, wurde der Pakt gerecht – wie all seine anderen, sehr ungünstigen Folgen (davon später) auch gewesen sein mögen. Doch der Pakt war bei weitem nicht ausreichend, da sich die UdSSR in jedem Fall – ob mit Pakt oder ohne – nicht mit der Aussicht abfinden konnte, daß die Wehrmacht bis Minsk vorrückt (die Grenze verlief damals nur 30 km von der belarussischen Hauptstadt entfernt). Noch weniger konnte man hinnehmen, daß Westbelorussland und die Westukraine, die nach dem Friedensvertrag von Riga 1921 unter polnischer Kontrolle standen, nun unter deutsche Besatzung gelangt wären. Und schließlich durfte man, da man von Hitlers Heißhunger auf das Baltikum wußte, keinerlei Veränderungen in diesem strategisch wichtigen Aufmarschraum zulassen. Folglich war der Pakt mit Deutschland nicht Selbstzweck, sondern notwendig, um die sowjetischen Westgrenzen zu sichern. Übrigens wurde gerade dieser Aspekt des Pakts von Winston Churchill, der uns in seinem Urteil bekanntlich selten schonte, anerkannt – und hoch eingeschätzt!

Ich meine, bei der Behandlung der Ereignisse von 1939 brauchen wir uns nicht zu schämen, von den Geboten der damaligen Zeit zu sprechen. Wie man die Verfasser des ersten Nachkriegswerks über den letzten Krieg, der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941–1945“ auch kritisieren mag – sie brachten meiner Meinung nach die Zivilcourage auf zu konstatieren:

Schluß. Anfang s. NZ 23



Mit der Salve eines deutschen Schlachtschiffes begann der Krieg gegen Polen

„Das einzige, was man noch tun konnte, war die Westukraine und Westbelorussland sowie das Baltikum vor einem deutschen Einmarsch zu retten. Und die Sowjetregierung rang Deutschland die Verpflichtung ab, die Linie der Flüsse Pissa, Narew, Bug, Weichsel und San nicht zu überschreiten.“

Man könnte meinen, eine hinreichend klare Formulierung, mit der wir uns und der ganzen Welt den langjährigen Streit um die „geheimen Zusatzprotokolle“ zum Vertrag vom 23. August 1939 ersparen könnten. Doch die Geschichte entwickelt sich oft nicht gradlinig, auch nicht die Geschichte der diplomatischen Dokumente, von der jetzt die Rede sein wird.

„Verlorengegangene Urkunde“

Erstmals wurden die Protokolle im Nürnberger Prozeß erwähnt, zudem unter merkwürdigen Umständen. Die Rede kam darauf keineswegs im Fall Ribbentrop, dessen Name mit den sowjetisch-deutschen Dokumenten verbunden ist, sondern im Fall von Rudolf Heß. Heß' Verteidiger, Alfred Seidl, verlangte die Prüfung eines Dokuments, das er auf geheimnisvolle Art erhalten hatte. Ein amerikanischer Journalist (in Uniform), der ungenannt bleiben wollte, hatte Seidl die Kopie eines Dokuments zugespielt, das als „geheimes Zusatzprotokoll“ zum Vertrag vom 23. August bezeichnet wurde. So sollte Deutschland von der Alleinschuld für die Entfesselung des Krieges reingewaschen werden.

Das Internationale Militärtribunal weigerte sich, dieses Dokument zu prüfen – nicht zuletzt, weil Seidl weder das Original des Papiers präsentieren noch dessen Herkunft nachweisen konnte. Wenn man bedenkt, daß dies gerade zu Beginn des kalten Krieges geschah – im gleichen März hatte Churchill seine Fultonrede gehalten –, dann wird deutlich, mit welchem Eifer die uns gegenüber unfreundliche Propaganda der USA, Großbritanniens und Westdeutschlands daranging, das Thema von „Stalins Komplott mit Hitler“ auszuwalzen. Wenige Jahre später (1948) tauchte die Veröffentlichung des State Department „Beziehungen zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion 1939–1941“ auf, die eine tendenziöse Ansammlung von Dokumenten über die Vorgeschichte des Pakts enthielt. Daraufhin wurde in Moskau eine Publikation unter dem Titel „Fälscher der Geschichte“ veröffentlicht.

Als der kalte Krieg nachließ, gingen Mitarbeiter sowjetischer Archive daran, nach dem entsprechenden Dokument zu suchen, um das westliche Propagandisten einen solchen Rummel entfesselt hatten. Keinerlei Texte geheimer Zusatzprotokolle wurden entdeckt. Ich möchte ergänzen, daß sie bis heute nicht gefunden wurden, obwohl ich anhand diverser Gespräche mit verantwortlichen Mitarbeitern sowjetischer Außenpolitischer Archive erklären kann: Nach ihnen wurde, beson-

ders in letzter Zeit, sehr sorgfältig gesucht.

Zugleich werfen diese Texte einige Fragen auf. Zum Beispiel: Wenn sie schon lange im Besitz der USA und Großbritanniens waren – warum nutzten dann, sagen wir, die USA so „kompromittierendes“ Material nicht, als sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen Ende 1939 ernsthaft verschlechterten und Roosevelt sogar an einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen dachte? Warum nutzten Hitler und Ribbentrop diese Dokumente nicht in den Kriegsjahren, um die UdSSR bei den westlichen Alliierten zu kompromittieren? Und schließlich, warum machte Ribbentrop selbst keinen Gebrauch von ihnen, um sich in Nürnberg zu verteidigen? Die Fragen nehmen kein Ende... Schuld daran ist

Archiven das Original der Zusatzprotokolle wirklich nicht auffindbar ist. Doch gibt es diese Protokolle überhaupt irgendwo?

Im Westen wurden mehr als genug Texte der Protokolle veröffentlicht. Zunächst in Nürnberg, dann in den USA (1948) tauchten englische Übersetzungen, dann Fotokopien in Deutsch und Russisch auf (die bei manchen Wissenschaftlern Zweifel hervorriefen, worüber sogar Bücher verfaßt wurden). Ich hatte die Gelegenheit, mich mit jungen Historikern aus der Bundesrepublik zu unterhalten, die Unterlagen für eine wissenschaftliche Arbeit über diese Zweifel sammelten. Sie hatten umfangreiches Material zusammengetragen, u. a. so eine merkwürdige Tatsache wie Molotows

Unterschrift (unter dem deutschen Text) mit lateinischen Buchstaben. Zugleich ist der Strom der Kopien noch nicht versiegert; er erreichte Polen und dann auch das sowjetische Baltikum, zudem, wie wir während der stürmischen Diskussionen auf dem Kongreß der Volksdeputierten hörten, nicht in den genauesten Übersetzungen.

Und das Original? Ich bekam da verschiedene Meinungen zu hören. Es hieß, das Original befände sich in den USA. Einer anderen Variante zufolge soll sich das Original in Bonn, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes befinden, wo Dokumente der Nazizeit aufbewahrt werden. Unlängst wurde bekannt, daß Bundeskanzler Helmut

Kohl bei seinem Moskau-Besuch darüber mit Michail Gorbatschow sprach. Doch bei näherer Betrachtung hielt auch diese Variante der Kritik nicht stand. Vor einigen Monaten sprach ich in Moskau mit dem Leiter der Abteilung für Zeitgeschichte des Magazins „Stern“, der mir sagte:

„Wir richteten eine Anfrage an das Politische Archiv in Bonn, und uns wurde ganz offiziell mitgeteilt, daß sie das Original nicht haben, sondern nur Fotokopien und den Film...“

Diese Mitteilung nahm ich sehr interessiert auf. Die Redaktion des „Stern“ hatte sich ja seinerzeit bei den angeblichen „Hitler-Tagebüchern“ die Finger verbrannt und



23. August 1939. Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Paktes

die alles andere als wissenschaftliche Kampagne, die in unsoliden (und soliden) Publikationen geführt wurde und wird.

Ich meine, die Atmosphäre der Konfrontation, die um das Dokument von 1939 entstand, hat die Suche nach der Wahrheit, vor allem aber eine objektive Analyse jener Zeit und der Handlungen der UdSSR, stark erschwert. Geht es nicht auch ohne Konfrontation?

Fehlendes Original

Unsere westlichen Opponenten zweifeln natürlich daran, daß in den sowjetischen

will jetzt offenbar Vorsicht walten zu lassen.

Einige Wochen vergingen – und ich erhielt die Möglichkeit, in Bonn ausführlich Informationen über die Situation in dieser verwinkelten Geschichte zu sammeln. Hier das Wesentliche:

Erstens. Das Original des Protokolls liegt in Bonn nicht vor, es blieb nicht erhalten.

Zweitens. Alles, was in der Welt presse figuriert, ist nur eine „Kopie von der Kopie“.

Drittens. Die Herkunft der Kopien ist folgende: Als 1943 die intensiven Bombenangriffe auf Berlin einsetzten, befahl Ribbentrop, die wichtigsten Dokumente aus dem Archiv seines Büros abzulichten. Dieser Vorgang erfolgte nach der Technik der damaligen Zeit, auf einem Negativfilm ohne Perforation (diese schwarze Rolle habe ich gesehen). Als dann der Zusammenbruch näher kam, erhielt ein Sonderkommando unter Leitung des Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes Karl von Lösch die Anweisung, mit den Archiven und Filmen aus Berlin in die thüringischen Berge, in einen vom Kampfgeschehen abgelegenen Ort, zu fahren. Hier erhielt Karl von Lösch im April 1945 einen weiteren Befehl – alle Unterlagen zu vernichten. Das schaffte er nicht (oder wollte er es nicht?) und zog es vor, die wertvollen Dokumente der britisch-amerikanischen Suchgruppe zu übergeben. Die Filme wurden nach Marburg, dann nach London geschickt. 1965 gab man sie an die Bundesrepublik zurück.

Als ich mir die Filmrolle anschaut, wollte ich an deren authentischem Charakter nicht zweifeln. Später konnte ich mir in einem anderen Archiv die Rolle aufmerksamer ansehen und die erforderlichen Kopien machen. Offenbar erfolgte die Ablichtung in großer Eile. Das Protokoll wurde von Dokumenten abfotografiert, neben denen sich Papiere der Jahre 1937 und 1940 befanden, der Pakt selbst aber sollte auf einer anderen Rolle sein. Doch in diesem Augenblick mußte ich an etwas ganz anderes denken: Wie kann man die Ereignisse um den 23. August einordnen, wenn man auf der Grundlage der Kopien, die nach dieser Filmrolle gemacht wurden, auch andere, im Original erhaltene deutsche Dokumente anerkennt?

War ein Protokoll nötig?

Dem sowjetisch-deutschen Pakt wurden im Westen Dutzende, wenn nicht Hunderte von Untersuchungen gewidmet. Das läßt sich nicht von sowjetischen Publikationen sagen, und einen der Gründe dafür habe ich bereits genannt. Deshalb wiederholen wir heute oft bereits früher ausgetragene Streitfragen, insbesondere die Diskussion, wer denn die Initiative zur Veränderung der sowjetisch-deutschen Beziehungen 1939 ergriffen hat. Natürlich fand sich in der westlichen Literatur die These, Stalin habe die Initiative ergreifen, doch auch entgegengesetzte Meinungen wurden geäußert. Streit hin, Streit her, doch es gibt Dokumente – und zwar die diesbezüglichen Äußerungen von Hitler selbst. So sagte er am 22. August 1939, als er der höchsten Generalität den Sinn seiner unerwarteten Wende erläuterte, er selbst habe sie bereits im Herbst 1938 eingeleitet. Also im

Herbst 1938, d. h. nach München!

Es gibt auch ein anderes, fast paradoxes Zeugnis: Es gehört Ribbentrop. Im Morgen grauen des 22. Juni 1941, als er die Note über die Kriegserklärung (nachträglich!) überreichte, war in diesem Dokument der Pakt direkt als deutsche Initiative bezeichnet.

Ich möchte hier eine Einschätzung „aus dem anderen Lager“ anführen – sie stammt von General Davidson, der der britischen Militärmmission in Moskau 1939 angehörte und später Leiter der britischen Militäraufklärung wurde. In seinen Aufzeichnungen ging er dieser Streitfrage besonders nach und kam dabei zu folgendem Schluß:

„Bei den wichtigsten Ereignissen, die letztlich zum deutsch-sowjetischen Pakt führten, ging die Initiative von Hitler aus, Stalin aber, der nur reagierte, spielte ein vorsichtiges und schlaues Spiel.“

Ich will hier nicht auf die Einzelheiten eingehen, sie wurden in unserer Zeitschrift bereits eingehend beleuchtet.*

Die Dokumente zeugen davon, daß sich die sowjetische Seite nur sehr ungern zu irgendwelchen politischen Schritten bereit erklärte und zumindest die Karten nicht aufdecken wollte. Die sowjetisch-französisch-britischen Militärverhandlungen wurden in Moskau fortgesetzt, über die der deutsche Botschafter in der UdSSR, Graf Schulenburg, beunruhigt Berlin informierte. Ebenso zurückhaltend reagierte die sowjetische Führung auf die eindringlichen Angebote Hitlers, Ribbentrop nach Moskau zu entsenden. Den vorliegenden Dokumenten zufolge vollzog sich der Umbruch Mitte August. Als die Verhandlungen der drei Militärmisionen hoffnungslos in die Sackgasse gerieten, übermittelte Moskau am 19. August den Entwurf eines möglichen Pakts, versehen mit folgendem Postskriptum (ich zitiere nach Schulenburgs Telegramm) nach Berlin:

„Der gegenwärtige Pakt ist nur bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines besonderen Protocols über die Punkte, an denen die vertragsschließenden Teile auf dem Gebiet der auswärtigen Politik interessiert sind, gültig. Das Protokoll bildet einen integrierenden Bestandteil des Paktes.“

So kann man davon ausgehen, daß Moskau, als es sich zum Abschluß des Pakts bereit fand, sicher daran dachte, Bestimmungen, die der Sowjetunion konkrete strategische und politische Garantien geben würden, festzuschreiben.

Das sind meiner Meinung nach (ich muß diese Einschränkung wiederholen, da wir nicht über alle entsprechenden und überaus notwendigen Dokumente verfügen) jene Ziele, die die sowjetische Führung verfolgte, als sie den Pakt vom 23. August schloß und die Möglichkeiten, die er zur Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR eröffnete, verwirklichen wollte.

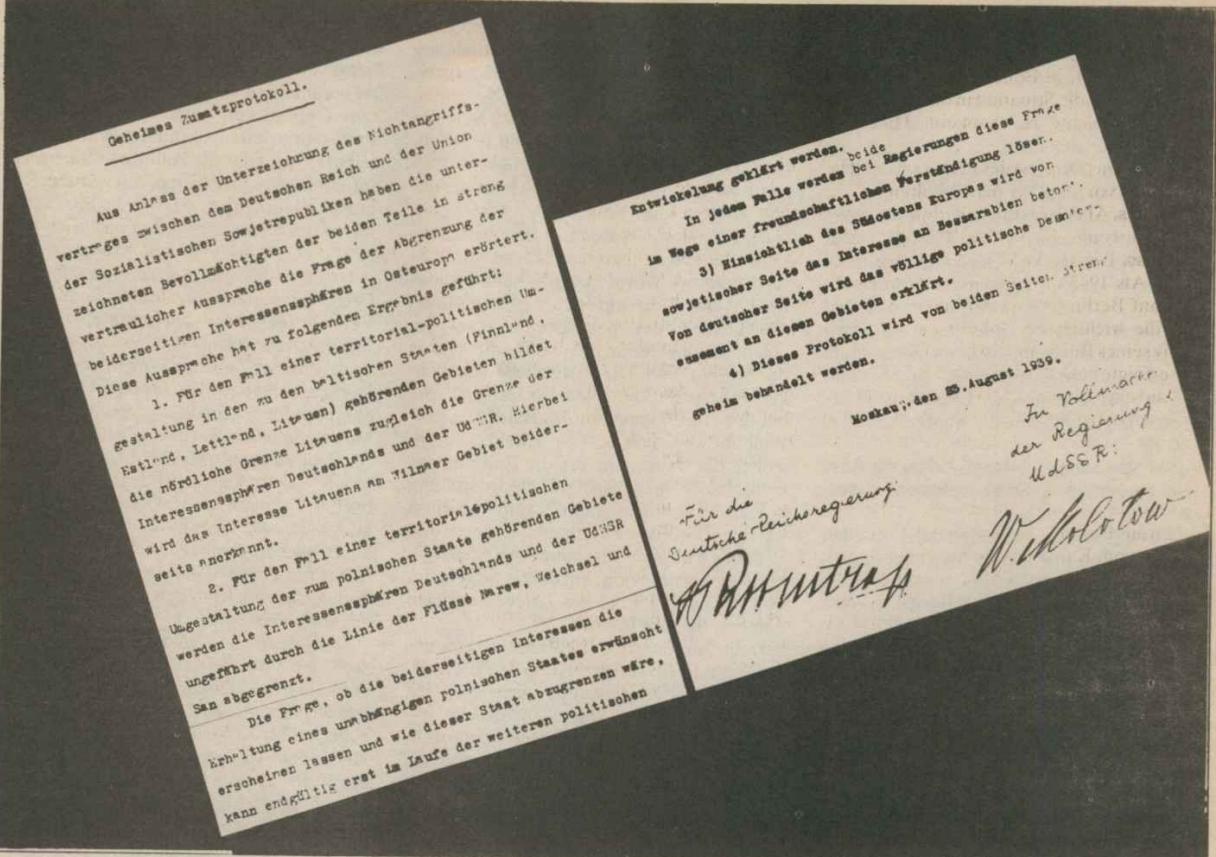
In welcher Form geschah das? Der Verlust der Originale läßt uns nur die Möglichkeit, mit jener „Kopie von der Kopie“ zu arbeiten, die das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes der BRD anbietet. Lange Zeit weigerten sich sowjetische Historiker, sie zu prüfen – unter Hinweis auf allgemein bekannte Zweifel an dem Text. Noch weniger berechtigt wäre es gewesen, auf staatlicher Ebene Dokumente zu behandeln, die im Original nicht vorlagen. Diese Argumente haben ihre Logik. Doch es gibt auch eine Logik in den allmählich immer zahlreicher werdenden dokumentarischen Angaben, die direkt oder indirekt auf die Tatsache bestimmter zusätzlicher Vereinbarungen verweisen. Von ihnen ist in deutschen Dokumenten jener Zeit die Rede, die ich in Bonn im Original sah – selbst mit Vermerken in Bleistift oder Tinte versehen (Akten der deutschen Botschaft in Moskau 1939).

Und auch die Wirklichkeit selbst sprach für sich. Als am 17. September 1939 Einheiten der Roten Armee in Westbelorussland und in der Westukraine einrückten, blieben die deutschen Truppen (mit kleineren Ausnahmen) an der „Curzon-Linie“ stehen. Wie war das möglich? Ohne Vereinbarungen? Oder gab es doch eine Vereinbarung? Ehrlich gesagt, war es unter anderem dieser Umstand, der mich vor allem veranlaßte, die

* Siehe NZ 38–41/1987.
V. Falin. „Warum gerade 1939?“



September 1939. Die deutschen Truppen ziehen sich auf die Demarkationslinie zurück



Kopie aus dem politischen Archiv des Auswärtigen Amtes der BRD

Bonner „Kopie von der Kopie“ als Gegenstand der Untersuchung zu akzeptieren.

Es sei gesagt: Geheime Zusatzabkommen waren in der diplomatischen Weltpraxis nicht die Ausnahme, sondern eine häufige Regel. So gab es ein geheimes britisch-deutsches Zusatzabkommen in München im September 1938. Es gab zur gleichen Zeit auch ein Geheimabkommen zwischen Deutschland und Polen darüber, daß ein Teil der Tschechoslowakei (das Gebiet Tescin) nach dem Einmarsch der Wehrmacht ins Sudetenland an Polen gelangt. Traurig, aber wahr: Am 20. September 1938 machte der polnische Botschafter Lipski in einem Gespräch mit Hitler Ansprüche auf die Gegend von Tescin geltend (dort lebten 80 000 Polen bei einer Gesamtbevölkerung von 200 000). Worauf Hitler positiv antwortete, da

„Polen ein erstrangiger Faktor sei, der Europa gegen Rußland verteidigen könne.“

Polens Forderungen an die Tschechoslowakei wurden befriedigt. Am 27. September 1938, d. h. unmittelbar vor München, erzielten Deutschland und Polen eine Vereinbarung über die „Demarkationslinie“ für den Fall, daß Kriegshandlungen beginnen sollten. Im Ergebnis gelangte das Gebiet Tescin an Polen. Im weiteren beteiligte sich auch Horthy-Ungarn an der Aufstückelung der Tschechoslowakei.

Entscheidungen „für dritte“ zu treffen, war damals im Westen weit verbreitet, und darin

sah man nicht nur in Berlin, sondern auch in London nichts Schlimmes. So ist bekannt, daß Winston Churchill Ende 1939 vorschlug, die Neutralität der skandinavischen Länder zu ignorieren. Er argumentierte wie folgt:

„Wir haben das Recht – ja die Pflicht gebietet es uns –, die Normen des Völkerrechts, die wir festigen und wiederherstellen wollen, zeitweilig zu verdrängen. Die kleinen Länder dürfen uns nicht die Hände binden, wenn wir für ihre Rechte und Freiheiten kämpfen. Es darf nicht zugelassen werden, daß sich in der Stunde der drohenden Gefahr der Buchstabe des Gesetzes jenen in den Weg stellt, die es zu verteidigen und zu verwirklichen haben“ (Churchills Notiz vom 16. Dezember 1939).

Hier treten wir erneut in eine Prinzipien-diskussion ein: Hatte die Sowjetregierung das moralische Recht, Methoden ihrer kapitalistischen Nachbarn zu übernehmen? Vor allem würde ich hier gern auf das Adjektiv „moralisch“ verzichten (ich weiß, daß dies vielen nicht gefallen wird.) Weder Chamberlain noch Hitler dachten an Moral. Es ist zumindest schwer, an Stalins Handeln, der sich (wir wissen das jetzt in hinreichendem Maße) am wenigsten von diesem Kriterium leiten ließ, moralische Maßstäbe anzulegen. Er hielt es für notwendig, nach den Regeln der imperialistischen Welt, in der der Starke ohne Rücksicht auf den Schwachen verfährt, zu handeln.

In diesem Zusammenhang sei gesagt, daß

es auf deutscher Seite viele gab, die den Pakt und erst recht die ihn begleitenden Vereinbarungen als „Verrat an den Prinzipien“ des Nationalsozialismus betrachteten. Alfred Rosenberg, Chefideologe der Nazis, war unzufrieden. Generalstabschef General Halder erklärte den Tag des Einzugs der Roten Armee in der Westukraine als „Tag der Schande der deutschen politischen Führung“, und ein Führer der konservativen Opposition, General Beck, meinte, dieser Einmarsch entwerte den gesamten Erfolg des Krieges gegen Polen. Hitler mußte einige Male die führenden Politiker der Nazipartei und der Wehrmacht um sich versammeln, um sie von der Richtigkeit seines Handelns zu überzeugen: davon, daß er das nationalsozialistische Dogma nicht verrät. Das Hauptargument des „Führers“ lautete: Durch den Abschluß des Pakts mit Stalin rette er Deutschland vor der größten Gefahr, der eines Zweifrontenkrieges. Für die Wehrmacht war ein Zweifrontenkrieg tatsächlich seit langem ein Alptraum, was Hitler zum Pakt veranlaßte. Worin aber bestand die Notwendigkeit für die UdSSR?

Vereinbarungen

Das erste, was hier auffällt, ist die in dem Dokument festgehaltene Linie, die das Vorrücken der deutschen Truppen in Polen (sie wurde als „Grenze der Interessensphären

Deutschlands und der UdSSR“ (Narew-Weichsel-San bestimmt) begrenzte. Auch die Möglichkeit einer Eroberung des Baltikums durch Deutschland wurde abgewendet (hier wurde die Nordgrenze Litauens als Grenze der Interessensphären der UdSSR und Deutschland gekennzeichnet). So wurde offenbar für die Sowjetunion das Wichtigste erreicht, was in ihrem Interesse lag. Wie man auch zu dem Pakt und dem Protokoll stehen mag – sie zogen eine reale Grenze für den Vormarsch der Wehrmacht nach Osten. Das gestanden übrigens selbst die erbitterten Kritiker des Pakts ein – britische Diplomaten und Militärs. So meldete der britische Militärattaché in Moskau, Oberst Firebrace, in einer Einschätzung der Demarkationslinie am 25. September 1939 nach London:

„Die Sowjetarmee erlangt, indem sie diese Linie bezieht, eine Reihe bedeutender Vorteile.“

Oberst Davidson, Mitglied der britischen Militärmission in Moskau, konstatierte seinesseits in seinen Memoiren, die sowjetische Grenze sei um etwa 150 Meilen nach Westen gerückt worden und

„wenn die Deutschen den Sowjets diese Zone von 150 Meilen nicht überlassen hätten, wären 1941 die strategische Lage und die Bedingungen für den Nachschub der Deutschen viel besser gewesen“.

Doch, wie man sieht, enthält der Text auch andere Bestimmungen, die weit über eine Demarkationslinie hinausgehen. Von der Zukunft des polnischen Staates wird gesprochen – Formulierungen, bei denen sich ein Gefühl nicht nur des Protests, sondern der aktiven Ablehnung einstellt.

Wie war es nun möglich, daß sich die sowjetische Führung auf so weitreichende Zugeständnisse an die Phraseologie, ja die Ideologie ihres Nazipartners einließ? Man will es nicht glauben, muß es aber. Es gibt ja den am 28. September 1939 geschlossenen „Vertrag über Freundschaft und die Grenze“, bei dem man sich heute nur schämen kann, war ja in ihm die Rede schon nicht von der Verpflichtung, den anderen nicht anzugreifen, sondern von Freundschaft mit dem Aggressor. Dieser Vertrag war nicht nur ein politischer Fehler, sondern er führte zu schwersten Folgen für uns, für andere Länder, für die kommunistische Weltbewegung.

Im Lichte dieses Dokuments (es war ja sogar die Vereinbarung erzielt worden, Großbritannien und Frankreich die Schuld für die Entfesselung des Krieges zu geben!) kommen die Formulierungen der „Kopie von der Kopie“ weniger überraschend. Und von Stalins Zustimmung, „gemeinsam“ mit Hitler das Schicksal des polnischen Staates zu lösen, führt eine direkte Linie zu Molotows Erklärung im Oktober 1939, als er Polen als „Mißgeburt“ des Versailler Systems bezeichnete. Von dieser rechtswidrigen Erklärung haben sich die sowjetische Öffentlichkeit und die sowjetische Führung jetzt entschieden distanziert. Wie es in einem Dokument des Historikerausschusses der UdSSR und der VR Polen heißt, „wurden bei der Fassung und Verwirklichung von

Beschlüssen, darunter zum Vertrag vom 28. September, seitens der Sowjetregierung ernsthafte Verletzungen von Völkerrechtsnormen begangen“.

Hier möchte ich anmerken: Bei der Behandlung der Alternativen von 1939 sollten wir die Realitäten der Jahre 1941 – 1945 nicht vergessen. Ungekannte Heimsuchungen hatten alle Völker, die Opfer der Naziaggression wurden, zu bestehen. Unwillkürlich erinnert man sich an Konstantin Simonows Worte „Es gibt kein fremdes Leid“. Das Leid wurde zur gemeinsamen Wirklichkeit des polnischen Volkes im „Generalgouvernement“ und für die Völker der Sowjetunion. Die entsetzliche Wirklichkeit des „Reichskommissariats Ostland“, die bei der Naziokkupation des Baltikums entstanden war, ließ keinen Zweifel daran, woher die Bedrohung für die Existenz der baltischen Völker ausging. Diese Bedrohung konnte in gemeinsamem Kampf besiegt werden. Die Völker Lettlands, Litauens und Estlands kämpften zusammen mit allen Völkern der Sowjetunion, mit denen sie gemeinsam das bittere Leid des Krieges ertragen mußten, für ihre Freiheit.

Doch kehren wir zu 1939 zurück. Der uns vorliegende Text erklärt viel in den Ereignissen jener Zeit, doch weitaus nicht alles. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß da folgende Frage auftaucht: Als Demarkationslinie sind die Flüsse Narew, Weichsel und San genannt. Doch Einheiten der Wehrmacht ließen die Weichsel bereits am 10. September hinter sich, und auch den Narew überschritten sie. Doch ein sowjetischer Protest folgte nicht. Na schön, das ist ein mögliches Argument gegen die „Kopie von der Kopie“. Doch hier kann man sich einigen Dokumenten, die in Bonn aufbewahrt werden, zuwenden.

Woher nun kommt die Linie Narew-Weichsel-San? Eine Erklärung: Hitler habe Stalin sozusagen „aufgefordert“, in das Innere Polens vorzurücken. Tatsächlich ging bereits am 3. September ein Telegramm, in dem die Fragen des Beginns von Handlungen der Roten Armee aufgeworfen wurden, aus Berlin nach Moskau ab. Doch die Rote Armee rückte erst am 17. September in Westbelorussland und in der Westukraine ein. Übrigens hatte Moskau bereits am 10. September zu verstehen gegeben, für die Sowjetunion gehe es nur um die Westgebiete Belorusslands und der Ukraine (Schulenburgs Telegramm vom 10.9.). Diese Linie war im Grunde erreicht. Wie deutsche Dokumente belegen, warf Stalin bereits am 25. September die Frage einer Veränderung der früher festgelegten Linie auf, was am 28. September in einem neuen Protokoll geschah, das ebenfalls geheim blieb. Auch eine andere Grenze wurde verändert: Litauen (zusammen mit dem ihm zurückgegebenen Gebiet Wilna) wurde aus der „Interessensphäre“ Deutschlands herausgenommen.

Hier bleibt noch viel zu klären – und nicht nur, was das Verhalten der sowjetischen Seite angeht. Man sollte daran erinnern, daß als Antwort auf Schulenburgs Meldung, der

Eintritt der Roten Armee verzögerte sich, das OKW beschloß, die Verwirklichung eines langjährigen Plans von Admiral Canaris voranzutreiben, dem zufolge in Galizien (der Gegend von Lwow) unter deutschem Protektorat ein „ukrainischer Staat“ zu schaffen sei. Er sollte zum Aufmarschgebiet für künftige politische und militärische Operationen werden. Am 17. September mußte man dann diesen Plan aufgeben.

* * *

Heute heißt es, die Zeit apodiktischer Urteile sei vorüber, und ich habe nur „meine Version“ dargelegt. Auch die Zeit, da die sowjetische Außenpolitik weder diskutiert noch kritisiert werden durfte, gehört der Vergangenheit an. Doch hierbei sollte man es vermeiden, historische Ereignisse und Motive nur unter dem heutigen Gesichtspunkt zu sehen, sozusagen eine „Kritik um der Kritik willen“ zu betreiben. Die Vergangenheit unseres Landes, verdient es nicht, daß sie bei erneuter Behandlung nur rein negativ dort, wo es früher nur Positives gab, gesehen wird. Doch dort, wo es wirklich Negatives gab, sollte man das auch offen sagen.

Die stürmische Diskussion auf dem Kongress der Volksdeputierten zeigte, daß wir uns allmählich dem praktischen Verständnis dieses wesentlichen Teils des neuen Denkens nähern. Der Kongress setzte einen Ausschuß für die politische und rechtliche Einschätzung des Vertrages von 1939 ein, und die sowjetische Öffentlichkeit wird gespannt auf die Ergebnisse seiner Arbeit warten. Der Ausschuß wird ja offenbar Dokumente erhalten, von denen wir noch nichts wissen, und es wäre voreilig, alle politischen und rechtlichen Einschätzungen schon jetzt darzulegen. Wie Michail Gorbatschow sagte, diese komplizierte und überaus wichtige Frage bedarf einer wissenschaftlichen und politischen Analyse.

Die Diskussionen erfolgen auch außerhalb des Kongresses, zudem mit einer sehr breiten Palette von Meinungen: von der völligen Rechtfertigung, ja Lobpreisung des Paktes, bis zu dessen vollständiger Ablehnung und Forderungen danach, daß er von Anfang an für ungültig erklärt wird. Ich als Nichtjurist kann nicht sagen, was ein solcher Schritt bringen kann und ob er nötig ist. Viel wichtiger ist die unumstößliche historische Tatsache, daß der schreckliche 22. Juni 1941 den Pakt ein für allemal zunichte gemacht hat.

Die Großtat des Sowjetvolks, die mit dem Sieg 1945 gekrönt wurde, gibt uns das Recht, über andere und über uns, darunter über begangene Fehler, zu urteilen. Natürlich wäre es viel leichter, den Sinn der Entscheidung für den Pakt vom 23. August 1939 zu erkennen und zu erklären, wenn die nachfolgenden Jahre und Monate effektiv und in vollem Umfang zur Vorbereitung unseres Landes auf den unvermeidlichen Krieg genutzt worden wären. Das ist ein besonderes Thema, doch es schmerzt die Kriegsgeneration, die den furchtbaren Sommer 1941 erlebte, immer noch wie eine alte Wunde. Für Fehleinschätzungen und Fehler mußte gerade sie, mußten Millionen Sowjetbürger, Soldaten und Zivilisten ganz Europas zahlen.

Fiasko der Operation „Albania“

Alexander Potechin

Die Entstehung volksdemokratischer Staaten nach dem zweiten Weltkrieg löste eine scharfe Reaktion seitens der regierenden Kreise des Westens aus. Die Form war verschieden, der Schwerpunkt wurde aber auf Diversionsakte gelegt. Einer davon war der Versuch, Ende der 40er – Anfang der 50er Jahre die Regierung Albaniens zu stürzen

...In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1949 näherte sich der Schoner „Stormie Seas“ mit hoher Geschwindigkeit der Halbinsel Karaburun in der Adria. Das blaugrün gestrichene Schiff mit vier Segeln und einer Wasserverdrängung von 43 BRT sah wie ein gewöhnliches griechisches Fischereifahrzeug aus, eines von der Sorte, das reiche Fahrgäste im östlichen Mittelmeer spazierenfahrt. Die Besatzung bestand aus einem griechischen Steuermann, einem jungen Ehepaar und weiteren drei Personen aus Großbritannien. Die Geschwindigkeit von 8 Knoten je Stunde wurde nicht nur von den Segeln erzeugt, sondern auch von einem 90-PS-Ruston-Hornsby-Motor. Das war aber längst nicht das bedeutendste Geheimnis.

Die „Elfen“ kommen um Mitternacht

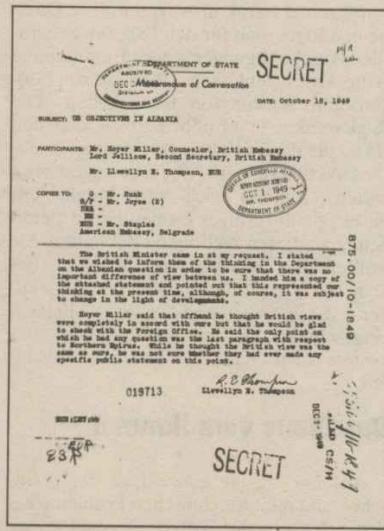
Hinter der Wandverkleidung der Kajüte waren Funkgeräte und Chiffrierbücher versteckt, auf den Bänken saßen neun „Elfen“ (so wurden sie von den Briten genannt) in Uniform, ausgestattet mit deutschen Maschinenpistolen und allen Diversantensilien. In den Taschen hatten sie Geld: ein paar albanische Lek und 50 Goldmünzen in einem Beutelchen. Der Stolz eines jeden von ihnen (alle stammten aus den südlichen Gebieten Albaniens) war eine neue englische Armeearmbanduhr. Am Armband war eine Zyankali-Kapsel befestigt. So konnte man durch eine heftige Armbewegung innerhalb weniger Sekunden sein Leben ein Ende setzen. Das wurde von einem „Kämpfer für die Befreiung Albaniens von der kommunistischen Tyrannie“ erwartet, wenn er in eine ausweglose Situation gerät.

Eine halbe Seemeile vor dem Ufer wurde der Motor abgestellt. Man ließ ein leichtes Fischerboot mit flachem Kiel zu Wasser, verstaute darin die Ausrüstung, zwei Funkgeräte (die Gruppe sollte sich teilen) und die neun „Elfen“. An die Ruder gingen zwei Briten. Die Landung verlief erfolgreich. Die „Elfen“ sprangen ans Ufer, ohne sich die Schuhe naß gemacht zu haben, und begaben sich schnurstracks in die Berge, wobei

sie bekannte Pfade und Viehtränken mieden.

Sie marschierten nur nachts, tagsüber ruhten sie sich in Höhlen aus und schliefen. 48 Stunden nach der Landung, zehn Meilen östlich des Landungsplatzes, teilten sie sich. Eine Fünfergruppe unter dem Kommando von Bido Kuka wandte sich heimatlichen Gefilden unweit der griechischen Grenze zu. Vier von ihnen überschritten Ende Oktober nach einigen Schußwechseln mit albanischen Einheiten die albanisch-griechische Grenze. Die Vierergruppe geriet schon nach wenigen Stunden in einen Hinterhalt. Das Ergebnis der ersten Einschleusung der „Elfen“: vier Gefallene und ein Vermißter.

Die zur Basis zurückgekehrten Diversanten sagten voller Überzeugung, man habe dort auf sie gewartet. Die Region war mit Truppen und Sicherheitskräften abgeriegelt. Nicht gerade beruhigend waren die Ergebnisse der Versuche gewesen, einen antikommunistischen Untergrund aufzubauen. Die Bevölkerung verhielt sich sehr skeptisch gegenüber Vorschlägen, gegen die



Kopie eines Geheimdokuments des State Department der USA über Albanien betreffende Pläne

Machthaber zu kämpfen, und glaubte nicht an die Möglichkeit ihres Sturzes.

Die „Stormie Seas“ unter dem Kommando von S. Barclay und J. Leatham (die Frau Barclays arbeitete als Bordfunkerin) kehrte zur Basis zurück und nahm die nächste Gruppe aus 11 Personen an Bord.

Die zweite Landungsoperation hätte fast für die Besatzung der „Stormie Seas“ im albanischen Gefängnis oder schlimmer geendet. Aufkommender Sturm hinderte sie daran, rechtzeitig die Hoheitsgewässer Albaniens zu verlassen, und zwang sie, in der Bucht von Valona Schutz vor dem Sturm zu suchen. Der Schoner wurde vom Ufer aus beschossen. Die Briten zogen es vor, Korfu anzulaufen. An Bord gab es zu viele Zeugnisse für ihre verbrecherische Tätigkeit, ganz zu schweigen von den elf „Elfen“, die keine Sprache außer Albanisch beherrschten.

Auf Spionage gesetzt

Die Priorität bei den Geheimaktionen gegen Albanien gebührte den Briten. Aber auch die USA setzten sofort nach der Befreiung Albaniens von den Okkupanten auf Spionage. Im Direktivschreiben vom 2. Januar 1945 an J. Jacobs, der zum Leiter der US-amerikanischen Mission in Albanien ernannt worden war, hob der Staatssekretär der USA hervor, daß man keineswegs den Eindruck erwecken soll, die Eröffnung der Mission sei ein Schritt zur Anerkennung der albanischen Regierung. Zum Missionsrat für Wirtschaftsfragen wurde der Mitarbeiter des OSS (Amt für Strategische Dienste) H. Fultz berufen.

Am 4. Januar 1945 wurde in der albanischen Presse der Aufruf an die Regierungen der Großmächte USA, Großbritannien und UdSSR veröffentlicht, in dem man um diplomatische Anerkennung ersuchte. Die Westmächte lehnten es ab, der albanischen Führung entgegenzukommen. Man verweigerte ihr das Recht der Teilnahme an der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco unter dem Vorwand, sie habe „undemokratischen“ Charakter und sei „nicht repräsentativ“.

Am 24. Mai, zwei Wochen nach der Ankunft von Jacobs in Tirana, fand eine Begegnung mit Enver Hoxha statt. Jacobs erklärte, seine Aufgabe bestehe darin, die Bedingungen zu untersuchen, auf deren Grundlage dem Vorschlag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen entsprochen werden könne. Jacobs bat um die Gewährung von Bewegungsfreiheit auf dem Territorium des Landes und versicherte den albanischen Führern, daß er seine Fahrten nicht für Kontakte zur bewaffneten Opposition, die sich in den Bergen versteckt hält, miß

brauchen werde. Allerdings fand bereits am 5. Juni eine Besprechung amerikanischer Diplomaten über Kontakte zu einem Vertrauensmann der Opposition statt.

Anfang Mai 1946 wurde eine Vereinbarung über die Einrichtung einer Botschaft Großbritanniens (anstelle der Militärmision) erzielt. Dieser Beschluß ließ sich jedoch nicht realisieren, weil am 15. Mai britische Kriegsschiffe in die Hoheitsgewässer Albaniens einliefen und beschossen wurden. Eine endgültige Abkühlung der Beziehungen setzte im Herbst ein, als am 22. Oktober zwei britische Zerstörer im albanischen Hoheitsgewässer auf Minen liefen und 43 Seeleute ums Leben kamen.

Die amerikanischen Behörden waren mit der Tatsache äußerst unzufrieden, daß die Albaner dem amerikanischen Aufklärer Carmel Offie das Einreisevisum verweigerten. Offie war später ein führender Mitarbeiter der CIA, der das Nationalkomitee Freies Europa betreute. Am 5. November 1946 beriefen die USA ihre Mission aus Albanien ab, die dort 18 Monate lang tätig war. Als formeller Grund wurde die Nichteinhaltung von Verpflichtungen Albaniens aus Vorkriegsabkommen mit den USA angegeben. Die folgenden Ereignisse bewiesen, daß dies nur ein Vorwand war.

Ziele und Mittel

Albanien unternahm auch weiterhin Schritte zur Normalisierung seiner Beziehungen zu Washington. Zu diesem Zweck nahm u. a. B. Shtylla, der Botschafter Albaniens in Frankreich, im Mai 1949 in New York Kontakte zu amerikanischen Diplomaten auf. Man gab die Bereitschaft Albaniens zu erkennen, den Vorkriegsverpflichtungen nachzukommen. Das Ergebnis war gleich Null.

Die Gründe dafür sind unschwer zu erkennen, wenn man das Sonderdokument „Albania“ zur Hand nimmt, das für Staatssekretär Dean Acheson im Zuge der Vorbereitung auf die erste NATO-Ratstagung 1949 in Washington verfaßt wurde. Darin heißt es, die USA wünschen eine Liquidierung des gegenwärtigen Regimes in Albanien. „Annehmbar wäre ein westlich orientiertes Regime, was vom Albanischen Nationalkomitee angestrebt wird.“ Die Umorientierung Albaniens auf den Westen wurde als langfristiges Ziel der USA formuliert. Vorerst ging es um die „Schwächung und dringliche Beseitigung des prosowjetischen Hoxha-Regimes“.

Details des anglo-amerikanischen Planes für die Führung eines geheimen Krieges gegen Albanien wurden im März 1949 während einer dreitägigen Begegnung in Washington ausgehandelt, an der von amerikanischer Seite R. Joyce (State Department) und F. Wisner (Chef der Abteilung Geheimoperationen der CIA) sowie von britischer Seite Lord Jellicoe (Foreign Office) und G. Jebb (Intelligent Service) teilnahmen. Im April wurde der Plan von den übergeordneten Instanzen in Washington und London bestätigt. Die in Ausmaß und Kosten



Albanien unternahm die ersten Schritte beim sozialistischen Aufbau

bescheidene Operation sollte zum Sturz der albanischen Regierung führen. Man setzte dabei auf die territoriale Isolation Albaniens von seinen Bundesgenossen nach dem Konflikt zwischen Stalin und Tito, nach dem Ausschluß der Kommunisten Jugoslawiens aus dem Kommunistischen Informationsbüro. Die Anwesenheit sowjetischer Militärberater in Albanien sahen die westlichen Strategen als unwesentlichen Störfaktor an.

Potentielle Diversanten gab es genug unter den Royalisten, Nationalisten und Kollaborateuren, die in Verschleppenlagern ihr Dasein fristeten. Über antikommunistische Führer verfügte man ebenfalls: Midhat Frasheri in der Türkei, Abas Ermenji in Griechenland, Said Kryezu und Abas Kupi in Italien. Zogu weilte bei seinem Freund Faruk in Ägypten. Ihre Dienste benötigte man für den Fall, um eventuellen Anschuldigungen wegen Einmischung in die Angelegenheiten Albaniens von London und Washington fernzuhalten. Die Regierenden in Großbritannien und den USA, die der Entfaltung regierungseindlicher Aktivitäten in Albanien zugestimmt hatten, mußten sich die Möglichkeit für ein glaubwürdiges Dementi ihrer Beteiligung an diesen Aktionen offenhalten. Sie wollten die Verschwörung anleiten, aber über die Emigrantenführer, die ausgebildet, bewaffnet und nach Albanien eingeschleust werden mußten. Das alles kostete auch Geld. Die Amerikaner zahlten.

Das Blaue vom Himmel

Anfangs lag die ganze Last der politischen und militärtechnischen Probleme auf den Schultern der Briten. Die ganze Zeit über koordinierten die Amerikaner und Briten ihre Bemühungen zur Konsolidierung der albanischen Emigration. Diese

unterteilte sich in drei miteinander verfeindete Gruppen, die nationalistische Organisation „Balli Kombetar“, die Royalisten und die Gruppe „Independenza“, der hauptsächlich Handlanger der italienischen Okkupanten angehörten. Am 14. April 1949 fand in London unter dem Vorsitz von Wisner eine Beratung statt, bei der die Bildung einer albanischen Exilregierung beschlossen wurde. Ihre Aufgabe bestand hauptsächlich darin, den terroristischen und propagandistischen Aktionen des albanischen konterrevolutionären Untergrundes einen offiziellen Anstrich zu verleihen. Die erste Geige in diesem „Organisationskomitee“ spielten drei Briten, alte Hasen des Geheimdienstes, gebildete Sprößlinge alter Adelsfamilien: Julian Amery, Neil McLean und David Smiley. Die Amerikaner waren durch R. Low, einem Vertreter der OSS, der zuvor als Korrespondent von „Time life“ in Prag tätig war. Die Einschleusung über die Küste wurde von Harold Perkins geleitet, der gegen Kriegsende Operationschef der britischen Aufklärung in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei war.

Die antialbanischen Operationen wurden von der im Juni 1948 geschaffenen Abteilung für politische Koordinierung (APK) geplant, einem Spezialorgan, das von der CIA finanziert wurde. Es stand dem State Department und dem Nationalen Sicherheitsrat. Geleitet wurde die APK anfangs von Jim McCargar, der sich speziell mit Südosteuropa beschäftigte.

Unmittelbar mit der Organisierung der albanischen Exilregierung befaßten sich die zwei britischen Tory-Unterhauskandidaten McLean und Amery auf „freiwilliger Basis“. „Das waren unsere besten Tage“, erinnerte sich einer der Emigrantenführer. „Sie versprachen uns das Blaue vom Himmel. Sie wollten uns vor den gierigen Nachbarn verteidigen und gleichzeitig

von den Kommunisten befreien.“

Amery trat an den „starken Mann von Athen“ heran, den hochdekorierten Offizier A. Papagos, der das antialbanische Programm guthieß und versprach, den albanischen Diversanten auf griechischem Territorium Unterschlupf und Beistand zu gewähren.

Der militärische Führer von „Balli Komtar“ Ermenji wurde von Piräus nach Rom geholt. Frasher, ein weiterer Vertreter der albanischen Emigration, kam aus Istanbul.

Die politischen Diskussionen in Rom konnten am 7. Juli mit einem Kompromiß abgeschlossen werden. Im Ergebnis dieser Gespräche übernahmen die Royalisten die Führung der Militärjunta, eines Geheimorgans zur Kontrolle der militärischen Operationen. Die Repräsentationsfunktionen wurden dem Albanischen Nationalkomitee übertragen, das von M. Frasher geleitet wurde. McLean, Perkins und Hare brauchten in Kairo einige Tage, um den exzentrischen Zügen davon zu überzeugen, die Einsetzung einer Exilregierung zu unterstützen, die nicht unter seiner Leitung stand. Dem Exmonarchen wurde erklärt, das sei keine Regierung im eigentlichen Sinne, sondern eher ein Komitee. Nach dem Sieg über die Kommunisten sollte in einem Referendum darüber entschieden werden, ob Albanien eine Monarchie oder bürgerliche Republik wird.

In den Verschlepptenlagern wurden 30 zukünftige Diversanten ausgesucht. Ihre professionelle Eignung erschien den Auftraggebern sehr zweifelhaft, denn unter ihnen gab es nicht einen einzigen Berufsoffizier, keinen Hochschulabsolventen, dafür aber einige Analphabeten. Die physische Kondition der Kandidaten war ebenfalls weit vom Ideal entfernt.

Am 14. Juli landete auf Malta ein Flugzeug, das zwei Albaner an Bord hatte, Bido Kuka und Sami Lepenica, die ersten zwei der 30 „Freiwilligen“, die ins Ausbildungslager des britischen Militärtzpunktes Fort Bin Jema entsandt wurden. Die Leitung des Forts unternahm größte Anstrengungen, um die Tätigkeit der Instrukteure und ihrer Schützlinge geheimzuhalten. Die erste Regel, die man den Albanern beibrachte, lautete: Halte deine Zunge im Zaum, wenn dir dein Leben lieb ist. Zehn Wochen lang wurden die Diversanten einschlägig ausgebildet.

Die ersten neun Diversanten, die am 4. Oktober an der albanischen Küste landeten, waren zur Erfüllung ihrer Mission im September 1949 auf Malta ausgebildet worden.

Die Funkverbindung wurde nach der Einschleusung der ersten Gruppe von der britischen Aufklärungsbasis auf Korfu aufrechterhalten, die unter dem Kommando von Alan Hare stand. Die am 4. Oktober gelandeten Diversanten meldeten sich erst am achten Tag. Die Mitteilungen waren nicht gerade beruhigend. Nichts klappte. Drei waren gefallen. Den albanischen Sicherheitskräften war alles über sie bekannt.

Ende Oktober fiel Schnee. Es war nun

nicht mehr möglich, sich in Höhlen im Gebirge aufzuhalten, ohne Feuer zu machen. Also schlügen sie sich zur Grenze durch, wobei sie der Bevölkerung aus dem Weg gingen und den Sicherheitskräften, die Jagd auf sie machten, hin und wieder Schußwechsel lieferten. Aus den Erfahrungen der ersten Gruppen wurde geschlußfolgert, man müsse die Aktionen fortsetzen, dabei aber der Ausbildung, besonders der Funker, mehr Aufmerksamkeit schenken. Das war alles.

Vor und hinter den Kulissen

Die Gründung des Komitees Freies Albanien wurde am 26. August 1949 bei einer Pressekonferenz seiner Führer in Paris öffentlich bekanntgegeben. Man sprach viel von einer demokratischen Regierung, vom Schutz der Grundfreiheiten der Menschen und von der Opposition gegen die „grausame kommunistische Tyrannie“. Natürlich fiel kein Wort über die Divisionsakte und die Spionagetätigkeit, die auf Malta trainiert wurden. Die Emigrantenführer waren über den kühlen Empfang, den man ihnen in London und Washington bereitete, sehr enttäuscht. Man verweigerte ihnen Begegnungen auf höchster Ebene und empfahl ihnen, Kontakte zum Nationalkomitee Freies Europa aufzunehmen, einer „Massenorganisation“ unter Schirmherrschaft der CIA.

Das NKFE, das seinen Sitz in New York hatte, war am 1. Juni 1949 gegründet worden. John F. Dulles sagte, es diene „einzig dem Zweck, hervorragenden politischen Vertriebenen aus Mitteleuropa Hilfe und Asyl zu gewähren“. Das State Department verfolgte allerdings mit der Gründung dieses Komitees weitreichendere Ziele. Erstens suchte man nach einer Organisationsform, um die Politik der Anerkennung der kommunistischen Regimes in Osteuropa und die Unterstützung antifaschistischer Emigranten aus dieser Region unter einen Hut zu bringen. Besonders dringend nannte Kennan die Notwendigkeit, der gegen die Volksdemokratien gerichteten Politik eine „gesellschaftliche“ Rückendeckung zu verschaffen. Zweitens sollte unter der Schirmherrschaft einer außerparlamentarischen Organisation ein psychologischer Feldzug gegen die osteuropäischen Staaten entfacht werden, wobei die Rundfunkpropaganda das verbreiten sollte, was sich die offizielle „Voice of America“ nicht erlauben konnte. Drittens sollte ein antifaschistisches Emigrantenzentrum gegründet werden, das in der Lage ist, die in diesem Bereich existenten Prozesse besser unter Kontrolle zu behalten, und die Verwendung von Emigranten in staatlichen Organen, darunter auch durch Geheimdienste der USA, zu erleichtern.

Das NKFE wurde von Joseph Grew, einem Veteranen des State Department (1945 war er Stellvertreter des Staatssekretärs), geleitet. Hinter seinem Rücken standen die wahren Initiatoren des Komitees, Staatssekretär Acheson und Kennan. Mit-

glieder des NKFE wurden Dwight D. Eisenhower und Allan Dulles. Am 23. Juni 1949 erklärte Acheson bei einer Pressekonferenz, das State Department sei glücklich über die Formierung einer Gruppe aus so hervorragenden Persönlichkeiten und werde sie mit aller Kraft unterstützen.

CIA im Alleingang

Am 15. Dezember 1949 legte die CIA eine eigene Wertung der Effektivität des albanischen regierungsfeindlichen Untergrunds vor. Besonders pessimistisch wurden die Perspektiven seiner Tätigkeit eingeschätzt. Man verwies direkt darauf, daß es unmöglich sei, das Regime in den kommenden Monaten oder in absehbarer Zukunft zu stürzen. Auch die eigene Schöpfung, das Komitee Freies Albanien, wurde heftig kritisiert. Das hatte Folgen. Die Durchführung von Operationen gegen Albanien nahmen nunmehr die Amerikaner in eigene Regie.

Der prinzipielle Inhalt der Operationen blieb gleich. Eine kompakte Gruppe gut bewaffneter Leute, die über Kontakte zur Bevölkerung verfügen, organisiert Untergrundherde, die zur Aufnahme von Waffen und Menschen vorbereitet werden, und betätigt sich agitatorisch. Die Ausbildung der Diversanten erfolgte unter dem Deckmantel eines „Arbeiterbataillons“, das in der Nähe von München stationiert war und die Bezeichnung „Company 4000“ trug. Diese Abteilung bestand aus 250 albanischen Flüchtlingen.

Politisch gesehen bestand das Bataillon zu je 40 Prozent aus Royalisten und Anhängern der „Balli Komtar“. Die restlichen 20 Prozent waren „Unabhängige“. Bei der Werbung von Kadern in Verschleppten- und Flüchtlingslagern nannten die CIA-Emissäre nicht den eigentlichen Zweck des Einsatzes. Es ging nur um den Dienst im „Arbeiterbataillon“. Es bedurfte allerdings keiner großen Mühen, diese ungebildeten jungen Leute, die über keine Fremdsprachenkenntnisse verfügten und ohne Hoffnung auf die Zukunft dahinvegetierten, für die Ausführung lebensgefährlicher Aufträge zu gewinnen.

In Juni 1950 begann ein sechswöchiger Ausbildungskurs im Lager Dachau: Exzerzier-, Körperertüchtigung, erste Hilfe, Waffenkunde, Taktik. Dann kamen Fahrstunden, Funken und die Organisation von Divisionsakten gegen Überlandleitungen dazu. Unbefriedigt von den Ergebnissen der britischen Einschleusungsversuche, entschlossen sich die Amerikaner zum Absetzen der Diversanten aus der Luft. Vor ihrem Einsatz war allerdings kaum einer der Albaner jemals mit einem Fallschirm gesprungen.

Die Flugzeuge wurden von polnischen Piloten geführt. Ihr Chef wurde Oberst Rudkowski, der 1944 Verbindungsoffizier zwischen London und der Armia Krajowa war. Die Aufgabe war einfach. Man sollte mit Flugzeugen ohne Hoheitszeichen von Griechenland aus Albanien überfliegen

und dort an bestimmten Stellen Menschen und Material abzusetzen. Die Piloten wurden darauf verwiesen, daß sie, wenn sie über albanischem Territorium abgeschossen und in die Hände der dortigen Behörden gelangen, nicht auf Hilfe von außen rechnen können. In diesem Falle wäre es besser, die Zyankalikapsel zu schlucken.

Die gesamte Ausrüstung stammte aus Osteuropa. Die Flieger trugen sogar sowjetische Uhren. Man hämmerte den Diversanten ein, es würde den Kommunisten nicht schwerfallen, festzustellen, woher und zu welchem Zweck sie gekommen seien. Aber es gibt keine Sachbeweise, also auch keine Unannehmlichkeiten für die Organisatoren. Die Flugzeugbesatzung bestand aus fünf Polen: Pilot, zweiter Pilot, Navigator, Funker und Abwurf- und Absprunginstrukteur. Zwei Jahre lang lebten die polnischen Flieger in Athen unter strenger Kontrolle durch die CIA.

Im „Arbeiterbataillon“ wählten amerikanische Instrukteure weitere 16 Leute zur Infiltration aus. Drei Wochen lang wurden sie geschult: Kartenlesen, Orientierung vor Ort, Chiffrieren, Nahkampf ohne Waffe und mit Messer. Der Einsatzort und die Namen ihrer Ausbilder wurden vor den künftigen „Befreieren“ geheimgehalten. Die Amerikaner stellten die Bedingung, daß keiner von ihnen jemals nach Deutschland zurückkehrt. Das erinnerte an den Befehl, der Todeskandidaten erteilt wurde: Nicht aus Albanien zurückkehren!

Die Flüge nach Albanien gestalteten sich gewöhnlich so: Kurz vor der albanischen Grenze verringerten die Maschinen unplötzlich ihre Flughöhe auf etwa 160 Meter. Das Fliegen allein schon ist nachts im Gebirge und ohne Orientierungspunkte ein äußerst riskantes Unterfangen. Es ist nicht leicht, in dieser Situation Fallschirmspringer und Abwurfbekälter exakt zu plazieren. Häufig kam es vor, daß die Diversanten ohne Ausrüstung dastanden. Außerdem erfordern Sprünge aus dieser geringen Höhe eine hohe Qualifikation, über die die „Elfen“ nicht verfügten. Für viele endete der Einsatz schon vor ihrem ersten Zusammentreffen mit den Sicherheitskräften tragisch. Ab dem 19. November 1950 wurde eine Gruppe nach der anderen abgesetzt, obwohl die Diversanten zu Dutzenden umkamen. Die Leitung der Operation schwiebte immer noch in der Illusion, man müsse Albanien mit Fallschirmspringern und Waffen übersäen, damit dort ein Aufstand ausbricht.

In der geheimdienstlichen Einschätzung, die im November 1951 ausgearbeitet wurde, wurde hervorgehoben, daß die dramatischste Aktion der regierungsfeindlichen Widerstandskämpfer der Beschuß der sowjetischen Botschaft im Februar



Kim Philby war über alle antialbanischen Pläne informiert

1951 in Tirana war, daß aber politisch motivierte Morde und begrenzte Sabotageaktionen offensichtlich die effektivste Form der Herausforderung der kommunistischen Machthaber darstellen. Mit gewissem Skeptizismus werden in diesem Dokument Berichte über die Tätigkeit verschiedener illegaler Gruppen, darunter der „Nationalen Gebirgsliga“, „Freiheit“, „Scanderbeg“, „Aufruf“, „Nationale Einheit“ usw., eingeschätzt, da diese unvollständig und nicht überprüfbar waren.

Besonders unzufrieden war der amerikanische Geheimdienst über das Fehlen einer stabilen Koordination. Das einzige, was tatsächlich existente oder mystische Organisationen vereinigte, war der Wunsch, das bestehende Regime zu stürzen. Die Zersplitterung der einzelnen Gruppen innerhalb des Landes und der Emigrantenorganisationen, die Uneinigkeit der Emigranten untereinander, die zu überwinden dem Komitee Freies Albanien nicht gelang, „vereinfachten die Aufgabe der albanischen Sicherheitskräfte, die einzelnen Gruppen zu isolieren und aufzureißen“.

Die Schätze hat die Königin

Ende 1951 kehrte König Zogu aus den USA nach Ägypten zurück. Er war guter Dinge, denn er hatte sich einige wertvolle Immobilien zugelegt. Nun war die Zeit gekommen, den entscheidenden Schritt in seiner Heimat zu tun. Im Winter 1951/52 erörterte er eingehend mit Gratian Yatsevich, der in der CIA unmittelbar für die albanische Operation verantwortlich war, wie dieser Schritt aussehen sollte. Die CIA war zu dem Schluß gelangt, das Regime in Tirana sei derart geschwächt, daß ein ener-

gischer Schritt ausreichen würde, es zu stürzen. Man stellte fest, daß es in Albanien zuwenig anerkannte und königstreue Führungspersönlichkeiten gebe. Die Wahl fiel auf drei: Z. Shehu, H. Branica und H. Gjyle. Der König wünschte ihnen persönlich alles Gute und gab jedem einen Beutel mit Goldstücken. Shehu verabschiedete sich auch von der Königin. Sie verbanden persönliche Sympathien noch aus der Zeit ihrer gemeinsamen Flucht vor der italienischen Armee im April 1939. Shehu übergab der Königin seine persönlichen Reichtümer und bat sie, diese für seine Familie aufzubewahren, falls er nicht wiederkehren sollte. Diese Dinge sollten eine besondere Rolle beim Mißlingen der Operation „Albania“ spielen.

In Emigrantenkreisen wurde verkündet, dieses „Trio“ würde sich in die USA begeben, um die Schätze des Königs zu verwalteten. Am 28. April 1952 überschritt diese Gruppe, mit einem Funker verstärkt, bei Korca die albanisch-griechische Grenze und erreichte wohlbehahlt den Stützpunkt in der Nähe von Mati. Die Gruppe Shehu nahm regelmäßig Funkverbindung auf. Sie wurde aus der Luft mit verschiedenen Gütern versorgt, darunter mit Gold, Maschinengewehren, Funkgeräten, Ferngläsern, Bekleidung und Unterwäsche. Die Leitung der amerikanischen Aufklärung frohlockte wie nie zuvor. Es war sogar gelungen, einige Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes anzuwerben. Ein Umstand allerdings löste Zweifel aus. Während einer der ersten Sendungen teilte der Funker mit, sein rechter Arm sei verletzt, so daß er mit der linken Hand funken müsse, wodurch seine „Handschrift“ verändert sei. Um Zweifel auszuschließen, erbat man bei Shehu eine detaillierte Aufstellung über alle Schätze, die er der Königin zur Aufbewahrung übergeben hatte. Alles stimmte bis in die letzte Einzelheit überein.

Stalins Tod am 5. März war das Zeichen, daß die Zeit für den Aufstand reif sei. Am 1. Mai 1953 wurden hochrangige Persönlichkeiten mit H. Matjani an der Spitze nach Albanien eingeschleust. Die Zeit verging, der Aufstand brach allerdings nicht los. Erst im April 1954 beim Prozeß in Tirana wurde deutlich, daß man nach der Verhaftung von Shehu 18 Monate lang die Amerikaner zum Narren gehalten hat. Das gesamte Agentennetz in Albanien konnte ausgehoben werden. Die Diversanten gerieten nach ihrem Absprung sofort in Hinterhalte. Das war das endgültige Fiasko.

Um das Bild zu vervollständigen, sei hier eine wesentliche Tatsache erwähnt. Bedeutenden Anteil am Mißlingen der Operation „Albania“ hatte der sowjetische Kundschafter Kim Philby, der als Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes über alle Pläne bezüglich Albaniens stets auf dem laufenden war. Das wäre allerdings ein Thema für einen neuen Beitrag.



Pushkin als Lyzeumsschüler

Zeichnung: Pawel Bunin

Jeder hat seinen eigenen Weg zu Pushkin. Wenn ein Journalist, der sich auf internationale Fragen spezialisiert, esagt, das Thema Pushkin zu berühren, dann nur im Zusammenhang mit Erlebnissen, die ihm sein Beruf beschert hat. In meinem Fall waren es Italienisch und Afrikanistik. Beides führte mich auch an Pushkin heran, und das hat sich als ungemein fesselnd und ergiebig erwiesen. Einerseits widmete Pushkin in seinem Leben und Werk „Italiens goldener Sprache“ viel Aufmerksamkeit. Andererseits beschäftigte und bewegte ihn der rätselhafte Lebensweg seines Urhahns, des „Mohrs Peters des Großen“. Das Zusammentragen von Material zu diesen beiden Themen in Pushkins Schaffen ist mir längst ein geistiges Bedürfnis und eine wichtige Lebensschule geworden.

„Drei Karten“

Das erste Gefühl, an Pushkin ganz nah gekommen zu sein, hing mit einer Reise in den äthiopischen Norden, nach Eritrea, die ich im Februar 1978 unternahm, zusammen.

Die Sonne ging unter, die Schatten wurden länger, die fernen Berggipfel am Horizont hüllten sich in einen leichten Dunst. An einer hohen Akazie an der Weggabelung blieben wir stehen, stiegen aus dem Wagen und betrachteten lange die Ebene, die sich vor uns dehnte. Es gibt wirklich „sonderbare Annäherungen“, wie Pushkin einmal

Puschkin ist unerschöpflich

Zehn Jahre bleiben bis zum 200jährigen Puschkin-Jubiläum. Die allgemeine Verehrung für den großen Dichter und das unverminderte Interesse für sein Schaffen sind ein einmaliges Phänomen unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens

bemerkte. An diesem Ort ließen viele unsichtbare Fäden zusammen, die zahlreiche geschichtliche Ereignisse miteinander verknüpften. Es war ein aufregender Gedanke, daß hier vor 15 Jahrhunderten schreiende Aufseher Kolonnen von Sklaven antrieben, die die Paläste und Stelen des Aksum-Reichs aufführten. Ende des vorigen Jahrhunderts tobte in der Nähe, hinter jenem Hügel, eine große Schlacht: 1896 schlugen die nur mit Speeren und Steinschloßflinten bewaffneten Truppen des äthiopischen Negus Menelik II. bei Aduwa die viel stärkere Armee der italienischen Eroberer aufs Haupt. 200 Jahre vor dieser ruhmreichen Schlacht trieben türkische Janitscharen wohl auf derselben Straße, die von der Siedlung Logo den seichten, trüben Mareb entlangführte, eine Handvoll äthiopischer Kinder vor sich. Das waren Geiseln, und unter ihnen befand sich der kleine Abreha, der jüngste Sohn von Bahar Negesh, dem Regenten der Küstenprovinz Abessinien. Hier begann der lange und weite Lebensweg, den einer der hervorragenden Afrikaner des 18. Jahrhunderts, General Abram Petrowitsch Hannibal, künftiger Mitstreiter Peters I. und Rußlands „Hauptfortifikator“, der Urgroßvater des Dichters, gehen sollte.

Der sowjetische Geograph P. Pomeranzew hat eine detaillierte Karte von Pushkins Reisen entworfen. Wie aus ihr folgt, legte Pushkin bei seinen Reisen durch Rußland 34 750 km zurück. Dazu Pomeranzew in den „Nachrichten der geographischen Unions-Gesellschaft“ (1949): „Eine selbst für einen Berufsreisenden beträchtliche Zahl, die beinahe dem Umkreis des Erdballs gleichkommt... Der größte Reisende aller Zeiten und Völker Prshewalski brachte es während seiner Wanderungen durch Zentralasien auf ca. 30 000 km. Wir können also unseren genialen Dichter mit Fug und Recht einen hervorragenden Reisenden nennen.“

Pomeranzews Karte zeigt natürlich nur jene von Pushkins Reisen, die Wirklichkeit waren und die er aus eigenem Antrieb oder auch ungewollt unternommen hatte. Es gibt jedoch noch eine Karte, die grenzenlose Karte der Pushkinschen Phantasie. Der

Dichter träumte sein Leben lang davon, „durch fremde Länder zu wandern“. Er durfte jedoch das Russische Reich nicht verlassen. Die Karte seiner Phantasie zeigt die Konturen von China und Italien, Afrika und Griechenland, Frankreich und England, alles „ferne Küsten“, an denen er in Gedanken weilte.

Wahrscheinlich könnte man heute noch eine dritte Karte zeichnen, die der Verbreitung von Pushkins Ruhm in der Welt. In diese Karte würden wir die etwa 20 Pushkin-Museen sowie Hunderte seiner Denkmäler in großen und kleinen Städten der UdSSR und die 12 Pushkin-Denkmäler im Ausland einzeichnen. Das erste wurde 1837 von Fürstin Sinaida Wolkonskaja in Rom aufgestellt, das jüngste vor kurzem in Finnland eingeweiht.

Das Schloß von Brodzany

Vor 10 Jahren wurde in der slowakischen Siedlung Brodzany eine Pushkin-Büste aufgestellt. Sie befindet sich in einer Anlage vor dem altertümlichen Schloß, in dem einst Alexandra Gontscharowa und ihre Nachkommen lebten und das Pushkins Frau Natalia Nikolajewna und seine Kinder mehrmals besuchten. Im Schloß verkehrten viele Vertreter der russischen Kultur, darunter Pjotr Wjasemski. Zur 180. Wiederkehr von Pushkins Geburtstag wurde dort ein nach ihm benanntes Literaturmuseum eröffnet, das erste dieser Art im Ausland, wenn man von dem Hausmuseum absieht, das der Sammler A. Otto-Onegin an der Wende zu unserem Jahrhundert in Paris eingerichtet hatte.

Jelena Bancakova, Leiterin des Museums von Brodzany, führte mich durch die leeren Schloßsäle (das Museum wird vorübergehend geschlossen und soll wiederhergestellt und renoviert, in diesem Herbst wieder eröffnet werden). Pushkin war nie in dieser Gegend, aber alles hier atmet seine Anwesenheit: Familienalben mit Zeichnungen, Visitenkarten und Fotos, Notenhefte, Bücher. An einem Türpfosten im ersten Stock haben sich Kerben und Aufschriften erhalten, die angeben, wie die Angehörigen der Familie, auch Pushkins Kinder, größer wurden...



Puschkin-Literaturmuseum in Brodzany (CSSR)

Mit einem Nachtbus fuhr ich bis Prag, um mich am Tag darauf nordwärts, ins Bad Teplice, eine weitere Puschkin-Gedenkstätte, zu begeben. Im städtischen Museum befindet sich eine ständige Ausstellung „Sammlung von Puschkins Freunden“. Einst gehörte das Schloß einem Schwiegersohn von Michail Kutusows Enkelin Dolly Fikelmon, mit der Puschkin sehr befreundet war. Zu den wertvollsten Ausstellungsgegenständen gehört ein von Karl Brüllow gemaltes Porträt von Dollys 12jähriger Tochter. Das Bild stammt aus dem Jahr 1837, dem Todesjahr von Puschkin.

Ebenso wie auf der „Hannibal-Straße“ in Äthiopien durchzuckte mich an den Vitrinen der beiden Puschkin-Museen in der Tschechoslowakei wieder einmal der Gedanke daran, wie weltweit Puschkins Bedeutung und wie aktuell sein Werk auch heute ist.

Puschkin dachte über vieles nach, worüber auch wir nachdenken und diskutieren. „Worin besteht die Größe des Menschen, wenn nicht in seinem Denken? Soll es doch frei sein, so wie ein Mensch frei sein soll: im Rahmen des Gesetzes, unter voller Beachtung der Bedingungen, die von der Gesellschaft vorgegeben werden“. Das stammt aus seinem Aufsatz über Radistschew.

Puschkin meinte mit Recht, daß die kulturelle Entwicklung der Völker ohne ihre Verbundenheit nicht geht, daß aber ihre Eigenständigkeit davon ebenso wenig beeinträchtigt wird wie die Individualität eines Menschen durch seinen Umgang mit anderen Menschen. Der Philo-

soph und Puschkinist Semjon Frank schreibt: „Puschkin kannte das aus eigener Erfahrung. Wie man weiß, hat er nie Rußlands westliche Grenze überquert, aber die westliche Kultur tief in sich aufgenommen, er wurde zuerst an Voltaire und der französischen Literatur, später an Byron, Shakespeare und Goethe erzogen. Deshalb hörte er nicht auf, ein Russe zu sein und sich als solcher zu fühlen.“

In einem Brief an Pjotr Wjasemski lieferte Puschkin 1826 folgende originelle Formel des Patriotismus: „In unseren Beziehungen zu Ausländern haben wir weder Stolz noch Scham... Natürlich ver-

achte ich mein Vaterland von Kopf bis Fuß, es ärgert mich jedoch, wenn ein Ausländer wie ich empfindet.“

„Schwankender Dreifuß“

In seiner letzten öffentlichen Ansprache, am 11. Februar 1921, nahm Alexander Block gleichsam Abschied von Puschkin und umriß den Kreis seiner früheren und künftigen Verfolger: „Düstere Namen von Kaisern, Heerführern, Todeswaffenerfindern, von Peinigern und Gepeinigten des Lebens. Daneben aber dieser leichte Name: Puschkin.“

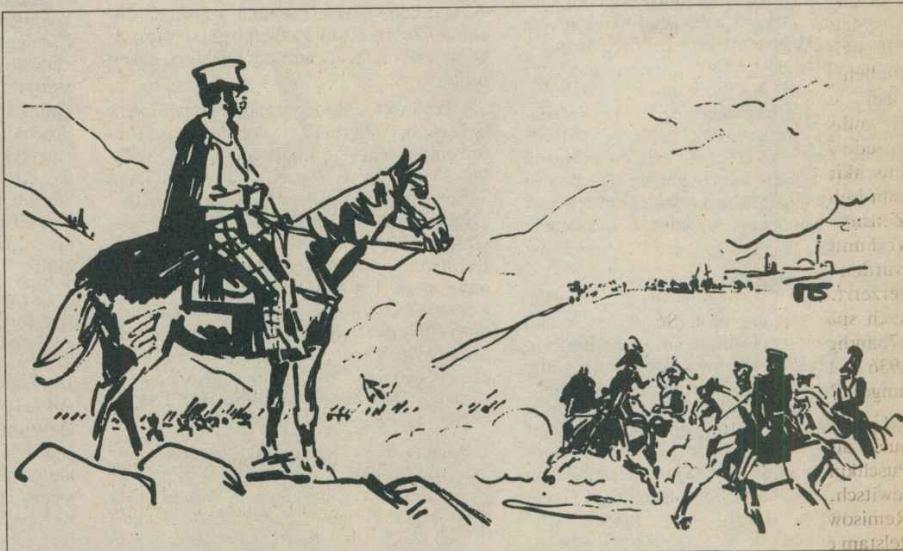
Drei Tage später hielt der „letzte Vertreter des Symbolismus“ Wladislav Chodassewitsch eben dort, im Petrograder Haus der

Literaten, seine berühmte Puschkin-Rede, die unter dem Titel „Schwankender Dreifuß“ bekannt ist. Chodassewitsch sah die Zukunft pessimistisch: „In den ‚Dunst der Jahrhunderte‘ verdrängt, wird Puschkin dort als Gigant wiederauferstehen. Der nationale Stolz auf ihn wird unzerstörbare, ehrne Formen annehmen, aber die künftigen Generationen werden nicht jene unmittelbare Nähe und innige Zärtlichkeit kennen, mit der wir Puschkin liebten... Unser Wunsch, Puschkins Todestag zu einem volksumspannenden Ereignis zu gestalten, ist, wie ich glaube, zum Teil durch dasselbe Vorgefühl eingegeben: Wir vereinbaren, welchen Namen wir als Zeichen gebrauchen werden, was wir uns in der hereinbrechenden Finsternis als Parole zurufen sollen.“

Die Parole, das Zeichen wurden sehr wohl gebraucht – bis hin zu den Klopfzeichen in Gefängnissen. Jewgenija Ginsburg schreibt in ihrem Buch „Die harte Route“ von den Nächten im Gefängnis: „Schlafen ist hier unmöglich. Die Kälte und die Ratten setzen einem arg zu... Was soll man bloß tun? Ach so, Gedichte... Leise murmele ich Puschkin und Block, Nekrassow und Tjutschew vor mich hin.“

*Anstatt des Kissens nur Steine,
Mich erreicht jedoch ein Ruf:
Puschkin aus seiner weiten Ferne
Singt mir sein Lied von Gursuf.“*

Der leichte, heitere Name Puschkin – wie viele Herzen hat er damals vor Verzweiflung bewahrt! Über das erste Drittel des 19. Jahrhunderts bemerkte Anna Achmatowa einmal treffend, daß „sich die ganze Epoche allmählich als Puschkinsche Epoche bezeichnete“. Fast ein Jahrhundert war vergangen, eine neue Epoche brach an, die sich allmählich als Stalinsche Epoche bezeichnete. Puschkin glänzte weiter in



A. Pushkin. „Reise nach Arzrum“

Illustration von Paweł Bunin

seiner ehrernen Größe, er war vom Amts wegen erlaubt und gepriesen, aber der eisige Atem des Regimes streifte auch ihn. Ideologische Aufpasser ließen die Literaturwissenschaftler nicht aus den Augen. Auf jeden „Schritt nach links, Schritt nach rechts“ folgte sofort die Vergeltung. Ein hochbestallter Wächter (vor kurzem hat das Zeitliche gesegnet, deshalb will ich seinen Namen nicht nennen) schrieb unter der ausdrucksvoilen Überschrift „Jammerforscher“ eine echte Denunziation an eine Zeitung: „Nicht Puschkin, nicht sein Werk und Lebensweg sind Gegenstand unserer Puschkin-Forscher, sondern nur pikante Details aus seinem Alltag. Welcher ‚problemgeladene‘ Schaum wird da geschlagen, was alles zusammengeschrieben! ‚Goethes Feder bei Puschkin‘, ‚Über ein Komma in «Eugen Onegin»‘, ‚Die Löwen am Tor‘ und so weiter, und so fort. Das ist keine böswillige Erfindung, keine Parodie. So etwas heißt ‚konkrete‘ Arbeiten und wird in großen Mengen in den Sammelbänden ‚Swenija‘ /Kettenglieder/ gedruckt, mit deren Herausgabe auch der faschistische Bandit und Mörder Kamenew zu tun hatte.“ („Prawda“ vom 21. September 1936.)

Ein halbes Jahr später kam aus Paris eine Antwort Wladimir Nabokows, der seine Liebe zu Puschkin mit seinem ganzen Leben und Werk bewiesen hat, auf diese böse Beschwörung: „Alles bereitet uns höchsten Genuß: jede seiner Übertragungen, die natürlich wie eine Fluswindung sind, jede Nuance seines Rhythmus, die kleinsten Details aus seinem Leben, bis zu den Namen der Menschen, die ihn umgaben und die jetzt mit ihm zu einem Schatten verschmolzen sind.“ Nabokow, der damals seinen 4bändigen kommentierten „Eugen Onegin“ noch nicht herausgegeben hatte, zog den für immer gültigen Schluß, daß Puschkin „ebenso fest zu unserem intellektuellen Leben gehört wie das Einmaleins oder eine andere Gewohnheit des Bewußtseins“.

Jede Zeit setzt sich auf ihre Weise mit Puschkin auseinander. Der Dichter, der sein Leben lang gegen die „dumme Dame Zensur“ kämpfte, litt auch noch nach dem Tod unter ihr: So manchem Zaren zuliebe wurden viele seiner prophetischen Zeilen verzerrt. Diese Willkür wurde übrigens auch später praktiziert. So wurde in die 17bändige akademische Ausgabe von 1936 – 1949 der „Barkowsche“ Zyklus des jungen Puschkin nicht aufgenommen.

Gegenwärtig scheint sich die Glasnost auch auf Puschkin zu erstrecken. Die Puschkin-Studien von Wladislaw Chodasewitsch, Wladimir Nabokow, Alexej Remisow, Semjon Frank und Ossip Mandelstam erreichen uns nach langen, langen Jahren. Hoffentlich werden auch die klas-



A. Puschkin. „Gabrieliade“

Illustration
von Pavel Bunin

sischen Schriften von Semjon Wengerow, Dmitri Mereshkowski, Michail Gerschenson und anderen Forschern bald wieder verlegt. Der Verlag „Kniga“ (Buch) beginnt im Rahmen der künftigen 40bändigen Folge „Puschkinsche Bibliothek“ mit der Veröffentlichung der besten einheimischen und ausländischen Werke zum Thema Puschkin.

Die moderne Puschkinistik tritt ebenfalls nicht auf der Stelle. Wissenschaftler vom Leningrader Institut der russischen Literatur (Puschkin-Haus) der AdW der UdSSR arbeiten vertieft an der textologischen Vorbereitung einer neuen 35bändigen kommentierten Ausgabe der Gesammelten Werke. Sie wird alle Varianten von Puschkins Texten, seine Geschäftspapiere, privaten Papiere und einen extra Band mit seinen Zeichnungen enthalten. Jedes Jahr werden über 300 größere Publikationen über Puschkin veröffentlicht, verschiedene Ausgaben von Puschkins Werken selbst nicht mitgerechnet.

Was mir nicht gefallen will, ist, daß diese Publikationen ausgesprochen biographisch sind. Übrigens beschränkt sich auch das Interesse des „breiten Publikums“ auf Privates (Seine typischen Vertreter fragen, sobald sie das neue Puschkin-Museum am Arbat betreten, den Führer vor allem: „Wo hatten die denn ihr Schlafzimmer?“). In Artikeln und Büchern wird die schöne Nathalie „postum rehabilitiert“, man dekliert sich an den verworrenen und pikant sein sollenden Umständen des letzten Duells des Dichters.

Wie passend scheint mir da Boris Pasternak's ironische Replik: „Der arme Pusch-

kin! Er hätte Stschjogolew und die spätere Puschkin-Forschung heiraten sollen, dann wäre alles bestens gewesen. Er hätte bis in unsere Zeit hinein gelebt, mehrere Fortsetzungen von Onegin geschafft und statt des einen ‚Poltawa‘ ganze fünf geschrieben. Mir schien aber immer, ich würde aufhören, Puschkin zu verstehen, wenn ich den Gedanken zuließe, er hätte unser Verstehen mehr gebraucht als seine Natalia Nikolajewna.“

Etwas paradox drückte Anna Achmatowa den gleichen Gedanken aus: Puschkin, meinte sie, hätte unbesehen „alles, was er geschrieben hatte, abgeschworen, nur um ruhig zu sterben, in der Überzeugung, daß niemand je in seinem Privatleben wühlen würde“.

Übrigens fragte sich Anna Achmatowa einmal, warum in der Puschkin-Forschung alle möglichen Märchen so zählebig seien. Ihre Antwort: „Nur deshalb, weil das mehr hergibt...“

Dabei hätte die moderne Puschkin-Forschung wirklich aktuelle Probleme zu klären. Einen Teil davon erwähnte vor kurzem Prof. Juri Lotman in seinen polemischen Notizen: „Das niedrige Niveau einiger – auch akademischer! – Ausgaben, der deplorable Zustand der Gedenkstätten und Museen, die gedankenlose Leichtfertigkeit, mit der Häuser und Landschaften, die mit des Dichters Namen verbunden sind, zerstört werden; wie Puschkin in der Schule unterrichtet wird, ist vom Idealfall weit entfernt.“

Traurige Wahrheiten, die nicht gut zu einem Jubiläum passen. Aber ich bin Optimist, und in diesen Tagen, die eine ungewöhnliche Reife des gesellschaftlichen Bewußtseins mit sich bringen, sehe ich einen neuen Aufschwung, eine neue Welle des tiefen, ernsten Interesses des Volkes voraus: für Puschkins Schaffen, für die von ihm vermachten Begriffe Ehre und Moral, Gerechtigkeit und Freiheit. Wie sagte doch Alexander Ostrowski in seiner Puschkin-Würdigung? „Das erste Verdienst eines großen Dichters ist, daß durch ihn alles klüger wird, was klüger werden kann.“

Alexej
Bukalow

Personalien



Zum Präsidenten des Unionsverbandes des Billardsports, eine der ersten Sportorganisationen, die ihre Tätigkeit ausschließlich auf den Prinzipien der Selbstfinanzierung und wirtschaftliche Rechnungsführung gründen, wurde **Viktor Worobjow** aus Moskau gewählt.

„Seit Anfang der 50er Jahre existierte der Billardsport in unserem Land lange Zeit halblegal“, sagte Viktor. „Es gab Leute, die der Ansicht waren, Billard entspreche nicht den moralischen Idealen eines Sowjetbürgers. Billardzimmer wurden geschlossen, und die besten Tische, die übrigens weit über tausend Rubel kosten, verschwanden irgendwohin. Nur

einige wenige Säle, wo man Eintritt zahlen muß, blieben übrig. Dort spielten hauptsächlich Stammgäste. 1983 begann das Billard seinen Aufstieg aus der Illegalität. In vielen Unionsrepubliken wurden Billardverbände gegründet.“

Ziel des Verbandes ist es, Billard zu einer allgemein zugänglichen Sportart zu entwickeln, die Produktion des entsprechenden Inventars zu organisieren, das im Land fast völlig fehlt, und wirtschaftlich selbständige Klubs in Großbetrieben zu gründen. Die ersten Schritte in dieser Richtung wurden bereits unternommen. Im Moskowskij-Werk und in der Fabrik „Serp i molot“ („Hammer und Sichel“) wurden bereits Billardzimmer eingerichtet.

Der Präsident begeistert sich für diese Sportart seit 1973. Davor hatte er einige Jahre als Sambo-Trainer gearbeitet. Dann war er Leiter der Billardzimmer im Bauman-Garten. Gegenwärtig leitet er die Abteilung Billard in einem sowjetisch-bundesdeutschen Gemeinschaftsunternehmen, das sich mit der Untersuchung der optimalsten Form der Freizeitgestaltung und

Selbsterziehung befaßt.

„Billard ist eine herrliche Form der Freizeitgestaltung, eine der humansten und nützlichsten Sportarten“, behauptet Viktor. „Diesen Sport können Menschen verschiedenen Alters und sogar Versehrte betreiben. Billard entspannt, wirkt positiv auf das Nervensystem und heilt Ischias. Zar Peter I. brachte das Spiel nach Rußland, und er befahl seinen Offizieren, sich darin zu üben, um das Augenmaß und die taktischen Fähigkeiten zu schulen.“

* * *



Jacques-Yves Cousteau, der bekannte Meeresforscher, der kürzlich zum Mitglied der Französischen Akademie gewählt wurde,

Begleitung von Irina Ola, die sich nebenbei erfolgreich auf dem Gebiet der künstlerischen Fotografie betätigt. Sie war an der Gestaltung aller Platten und Veröffentlichungen von Willi Tokarew beteiligt. Leonard Lew, ein New Yorker Geschäftsmann, unterstützte Willi in schweren Zeiten.

Während seines Aufenthaltes in der UdSSR will Tokarew drei Wohltätigkeitskonzerte geben, deren Einnahmen dem Sowjetischen Kinderfonds und den Hilfsfonds für die Opfer von Tschernobyl und Armenien zugute kommen sollen. „Die angenehmen Veränderungen in der UdSSR haben es möglich gemacht, daß ein Traum in Erfüllung geht. Endlich kann ich vor sowjetischen Zuhörern auftreten. Ich bin glücklich, in der Heimat zu singen...“

**S. Berssenjew
I. Wolodina**

„Ich bin glücklich, in der Heimat zu singen...“



Während der drei Sommermonate wird **Willi Tokarew** in Moskau, Leningrad, Kiew, Odessa und Sotschi seine russischen Lieder singen. Eingeladen wurde von GOSKONZERT.

Geboren wurde Willi Tokarew im Kubangebiet. Seine musikalische Ausbildung

erwarb er in der Rimski-Korsakow-Musikschule beim Leningrader Konservatorium. Schon als Student spielte er im Jazz-Ensemble von Anatoli Kroll den Kontrabaß. „Hier durchlief ich eine richtige Berufsschule der Musik“, meinte Willi. Später arbeitete er in verschiedenen Kollektiven, darunter im Drushba-Ensemble von A. Bronevitzki.

1974 wanderte er in die USA aus. Bevor er aber dort die Anerkennung der breiten Zuhörerschaft errang, war er gezwungen, sich durch die Ausübung ihm völlig unbekannter Berufe durchs Leben zu schlagen. Seit nunmehr über zehn Jahren singt Willi Tokarew seine Lieder in

begannt eine Kampagne gegen die industrielle Erschließung der Antarktis. 1991 läuft der internationale Vertrag über die Antarktis ab. Im Sommer des vergangenen Jahres waren Vertreter der Unterzeichnerstaaten in Wellington (Neuseeland) zusammengekommen und hatten ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, die Antarktis für die Gewinnung der dortigen Bodenschätze zu erschließen.

Vor 15 Jahren drehte der Wissenschaftler einen Film über die Antarktis. Seither, meint er, hat sich die Situation sehr verschlechtert. Rings um den Kontinent wird verstärkt Krabben- und Fischfang betrieben. Wissenschaftliche Stationen verschmutzen die Umwelt. Das aber ist nicht vergleichbar mit den möglichen Folgen einer industriellen Ausbeutung der Antarktis. Das würde das Ende dieses Kontinents bedeuten. Man würde der gesamten ökologischen Situation des Erdalls größten Schaden zufügen. Neben der Verschmutzung der Küstengewässer mit Erdöl, Industrieabfällen und Haushaltsmüll käme es zu einem verstärkten Schmelzen des Eispanzers, was eine Anhebung des Meeresspiegels und eine Verstärkung des Treibhauseffektes zur Folge hätte.

Cousteau will sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit und die Regierungen der Länder wenden, die zu den Unterzeichnern des Antarktis-Vertrages gehören, die Wellington-Vereinbarungen nicht zu ratifizieren, die Ende dieses Jahres in Kraft treten sollen.

Nach 1991, davon ist der Wissenschaftler überzeugt, wird die Antarktis ein Naturschutzgebiet oder ein „Nationalpark“ der ganzen Menschheit sein.

* * *

Oleg Parastajew, über den unsere Zeitschrift im Februar 1988 bereits berichtete, hat sich als Leiter der populären Rockgruppe „Allianz“ einen Namen gemacht. Völlig unerwartet war deshalb das Erscheinen Olegs auf den



Fernsehbildschirmen zusammen mit der völlig unbekannten Gruppe „NRG“. Oleg und „Allianz“ haben sich als Freunde getrennt.

Parastajew ist seiner musikalischen Richtung, der Neoromantik, treu geblieben, mit der „Allianz“ Erfolg hatte.

Alle Kosten werden aus Spenden von Firmen, Klubs und Geschäftsleuten der USA beglichen, die das Projekt unterstützen. Von sowjetischer Seite wird lediglich die Bereitstellung von Wohnraum und medizinischer Betreuung für die Freiwilligen erwartet.

„Die Idee der Gruppe besteht in der Wiedergeburt der russischen Romantik im eigentlichen Sinne dieses Wortes“, sagte Parastajew. „Dabei geht es nicht um das Besingen der grünen Weiten der Taiga, sondern um Tieferliegendes, Vergessenes.“

Inzwischen ist die Gruppe komplett. Der zweite Mann von „NRG“, Dmitri Ossetrow, war schnell gefunden, der Sänger Sergej Bykov dagegen war der 50. auf der Liste derer, die sich bei „NRG“ vorstellten.

Vor einem halben Jahr hatte „NRG“ sein Bühnendebüt beim Programm „Rock für die Demokratie“. Andere Programme folgten. Das Lied „Die Zeit ruft mich“ stellte die Gruppe am Sonntag in der Fernsehsendung „Wsgljad“ vor.

Und was bedeutet „NRG“? Ganz einfach: „Neue russische Gruppe“.

* * *

Der Amerikaner **Kevin Kendall**, Dozent an der Miami University (US-Bundesstaat Florida), unterbreite ein Programm zur Unterstützung sowjetischer staatlicher und genossenschaftlicher Organisationen und Betriebe. Die Teilnehmer des Projektes „New Venture“ sind amerikanische Freiwillige, Absolventen von Business-Fakultäten der führenden Universitäten

der USA, die zudem noch über russische Sprachkenntnisse verfügen. Sie sind bereit, für ein Jahr auf Einladung von Genossenschaften, Ministerien und örtlichen Sowjets in die UdSSR zu kommen, um den sowjetischen Partnern bei der Lösung einer umfangreichen Problempalette behilflich zu sein, angefangen bei Marktforschung bis hin zur Qualitätskontrolle von Erzeugnissen und ihrem Absatz auf dem Weltmarkt.

Alle Kosten werden aus Spenden von Firmen, Klubs und Geschäftsleuten der USA beglichen, die das Projekt unterstützen. Von sowjetischer Seite wird lediglich die Bereitstellung von Wohnraum und medizinischer Betreuung für die Freiwilligen erwartet.



Das Projekt „New Venture“ trägt keinen kommerziellen Charakter. Die Initiatoren sind der Ansicht, daß das Projekt beiden Seiten Nutzen bringen wird. Die amerikanischen Freiwilligen werden die Kontakte zwischen sowjetischen Betrieben und Firmen in den USA festigen. Die in der UdSSR gesammelten Erfahrungen werden u. a. einen positiven Einfluß auf die geschäftliche Karriere der jungen Amerikaner ausüben.

Alle Anfragen (in englischer Sprache) bezüglich dieses Projektes sind zu richten an: POBOX 248123 Coral Gables, Florida, 33124 USA.

* * *

Eine Sensation in der Welt der Mode und ihrer Schöpfer war die Ernen-

Ein Bildhauer, der keine Sockel mag

Am 6. September wird in Spitak ein Krankenhaus eröffnet, das Armenien vom norwegischen Roten Kreuz geschenkt wurde. Vor dem Krankenhausgebäude wird ein Fridtjof-Nansen-Denkmal stehen, das auf Bitte der Norweger von **Juri Tschernow** ausgeführt wurde. Eine Kopie des Denkmals wird als Geschenk an das norwegische Rote Kreuz nach Oslo geschickt.

Juri Tschernow ist Autor vieler Büsten, die in verschiedenen Städten stehen, von der Tretjakowgalerie und ausländischen Museen angekauft wurden.

In den letzten Jahren arbeitet er an einer Serie von Büsten berühmter Reisender. Die Serie begann mit Juri Senkewitsch, einem alten Freund des Bildhauers. Der nächste war der italienische Forscher Carlo Mauri. Dem folgte die Komposition „Reise auf der Tigris“, wo Thor Heyerdahl, Carlo Mauri, Juri Senkewitsch und Norman Baker dargestellt sind.

Gegenwärtig hat der Künstler seine Arbeit an der Büste von Erik Pascoli abgeschlossen, der mit seiner Jacht den Spuren der italienischen Expedition von Archangelsk nach Spitzbergen folgen will, und Paul Schurke, der zusammen mit Dmitri Schparo den Nordpol bezwang. Abgeschlossen ist die Arbeit an der Büste von Jacek Palkiewicz, dem Leiter der „Schule des Überlebens“ in Italien.

„Sie haben viel Gemeinsames“, sagte der Bildhauer. „Sie sind ehrgeizig, stolz, in einigen Dingen eitel und sehr mutig. Und sie können arbeiten. Natürlich ist das, was sie tun, in gewissem Sinne ein Spiel. Sie wollen sich als wahre Männer fühlen, lassen ihre Gewalt aber nicht an Schwächeren aus, sondern nehmen den Kampf gegen mächtigere Kräfte auf.“

Der 54jährige Bildhauer machte schon in jungen Jahren auf sich aufmerksam. Er fing an, als sich der „strenge Stil“ durchzusetzen begann, die „Monumentalität ohne Sockel“. Er ist Volkskünstler der RSFSR und korrespondierendes Mitglied der Akademie der Künste der UdSSR. Und worin sieht er seine wichtigste Aufgabe?

„Das Materielle von Stein und Metall überwinden, den Nachfahren nicht nur die anatomischen Besonderheiten eines berühmten Menschen vermitteln, sondern das Sichtbare, bei dessen Anblick das Unsichtbare erkennbar wird...“



nung des 44jährigen Italiener **Gianfranco Ferre** zum neuen künstlerischen Leiter der bekannten französi-

schen Firma „Christian Dior“. Das 1947 gegründete Unternehmen hatte sich schnell zu einem richtigen Modeimperium gemacht. In diesem Jahr soll ihr Umsatz 1,15 Md. Dollar betragen. Nun ist es Ferres Aufgabe, die Richtung der Arbeiten der Modeschöpfer von „Christian Dior“ anzugeben.

Ferre ist eigentlich Architekt von Beruf. Die Karriere als Modeschöpfer reizte ihn aber weit mehr und entspricht besser seinen Neigungen. Er hatte großen Erfolg und wurde in den 80er Jahren zu einem der führenden Modefachleute in

Italien. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß ein Italiener die künstlerische Leitung eines französischen Modehauses übernommen hat. „Die Mode ist heute auf allen Ebenen international“, kommentierte das Ferre selbst.

Die Vertragssumme soll einigen Angaben zufolge 2 Mio Dollar im Jahr betragen. Ferre hält seine schöpferischen Pläne nicht geheim. Seinen Worten zufolge, möchte er „seinen eigenen Stil einer Frau“ schaffen: aktiv, modern, anmutig und ohne Angst, guten Geschmack bei der Wahl ihrer Bekleidung zu zeigen.

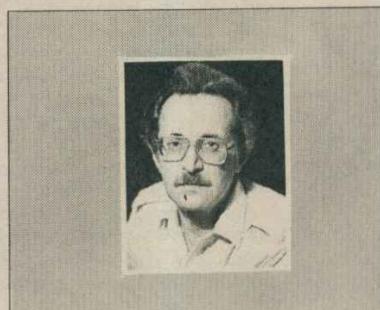
Die Überschrift dieses Beitrages wird manchen Leser entsetzen, und er wird den Autor zumindest der Hochmütigkeit bezichtigen.

Wer in aller Welt weiß denn nun wirklich, was das ist, Wahrheit?

Ich. Ich weiß es. Ich muß es wissen wie jeder andere Mensch auch, der Kinder hat, der Kinder erzieht. Man kann nicht erziehen, ohne einen Begriff von der Wahrheit zu haben. Die Wahrheit ist das Salz in die Suppe der Erziehung. In der Pädagogik gibt es schon lange, seit Comenius das Prinzip des Einklangs mit der Natur: Die Erziehungsmaßnahmen, das Erziehungssystem müssen der physiologischen und psychologischen Natur des Kindes entsprechen, man kann nicht gegen die Natur handeln. Außer dieser gibt es beim Kind auch noch die soziale Natur, und ihr liegt der Wahrheitsbegriff zugrunde, den sich die Menschheit in ihrer viertausendjährigen Entwicklung erarbeitet hat. Neben dem Prinzip des Einklangs mit der Natur muß das Prinzip des Einklangs mit der Wahrheit stehen: Die Erziehungsmaßnahmen müssen der Wahrheit entsprechen. Wer nicht weiß, wer nicht fühlt, was Wahrheit ist, wer sie nicht mit ganzem Herzen anstrebt, kann keine Kinder ordentlich erziehen. Diese harte Regel kennt keine Ausnahmen.

Ich denke schon viele Jahre darüber nach, heute schreibe ich es nun unter dem Eindruck des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR nieder. Das ist eine Schule für alle, auch für die Eltern. Was bedeuten die heftigen, nie dagewesenen Debatten auf diesem Kongreß? Was wollen die Menschen? Man kann die einen beschuldigen, die anderen wegen irgend etwas verdächtigen, doch im großen und ganzen brachte der Kongreß den Drang des Volkes nach Wahrheit und ihrer realen Umsetzung, der Gerechtigkeit, zum Ausdruck. Jahrzehntelang sangen wir: „Das Land der Helden, das Land der Träumer, das Land der Wissenschaftler“. Nein. Das Land der Wahrheitssucher. Gerechtigkeit in allem, angefangen von der Steuerpolitik bis hin zur Sitzordnung im Kremlpalast. Warum sitzen die Deputierten aus Sibirien in den letzten Reihen? Das ist ungerecht! Ein berühmter, im ganzen Land bekannter Mediziner bemängelt diesen Umstand in seiner Rede vor dem ganzen Land. Es ist schwer, seine Gefühle in dieser Hinsicht zu teilen, doch man kann ihn durchaus verstehen.

Wenn es einem älteren, sehr erfahrenen Menschen nicht gleichgültig ist, wo wer sitzt, was soll man da erst von den Kindern



Wahrheit, was ist das?

sagen? Die Kinder benötigen nichts so sehr wie Gerechtigkeit. Da gibt es ihre gut bekannte Formel für einen guten Lehrer: „Strengh, aber gerecht“. Hier ist das Aber interessant. Besser, wenn der Lehrer nicht streng, sondern gütig wäre. Die Kinder sind jedoch bereit, für die Gerechtigkeit sogar den Mangel an Güte zu vergeben. Für die Gerechtigkeit vergibt man alles, das ist die menschliche Eigenschaft Nummer 1.

Die Kinder können ärmlich, halbverhungert und ungepflegt leben, doch ohne Gerechtigkeit gehen sie zugrunde. Wenn um sie herum nur Unwahrheit herrscht, stellt sich ihr Organismus auf diese Umstände ein, und die Gerechtigkeit wird dadurch wiederhergestellt, manchmal allerdings in völlig verzerrter Version. So entstehen Verbrecherseelen. Mit den Kindern, die sich der ungerechten Welt verschrieben haben, kann man keine gemeinsame Sprache finden, und ihre Erziehung ist äußerst kompliziert.

Wollen Sie einen ehrlichen, anständigen Menschen heranziehen? Kommen Sie ihm nicht mit der Wahrheit, bezüglich der Sie ihn nicht der Lüge. Seien Sie äußerst gerecht zu ihm, und dann wird alles gut. Gerechtigkeit ist eine der Wahrheit entsprechende Tat. Wenn wir gerecht vorgehen, feilschen wir nicht mit den Kindern: „Ach so bist du zu mir? Dann mache ich das genau so“. Wir benehmen uns nicht kindisch, sondern handeln wahrheitsgemäß.

Was ist denn nun Wahrheit?

Im Russischen gibt es für den Begriff Wahrheit zwei verschiedene Wörter, die sich nicht nur rein philologisch, sondern auch in ihrer philosophischen Bedeutung unterscheiden. Das eine Wort besitzt einen

Plural und bezieht sich auf alles in der Welt. Das andere existiert nur im Singular und bezieht sich ausschließlich auf den Menschen. Man sagt, der Mensch sei das Maß aller Dinge. Die Wahrheit ist das Maß des Menschen überhaupt, seines Wertes und seiner Würde. Die Wahrheit an sich bedeutet Erhebung der menschlichen Würde. Wahrheit ist, daß der Mensch Größe besitzt. Wenn die Menschen nach Wahrheit streben, heißt das, sie wollen Mensch sein und sich als Mensch fühlen. Jede Erniedrigung der menschlichen Würde ist Lüge und Übel gleichzeitig.

Deshalb ist es meiner Meinung nach so, daß es in unserer allgemeinen geistigen Welt eine ideale Wahrheit gibt. Sie existiert unabhängig von uns, ist allgemein und gilt gleichermaßen für alle. Wenn wir wahrheitsgemäß handeln, handeln wir gerecht und machen die ideale Wahrheit zur realen Gerechtigkeit. Die Wahrheit existiert ohne uns, um die Gerechtigkeit müssen wir kämpfen. Verallgemeinert besteht der Sinn des Lebens darin, daß der Mensch die ideale Wahrheit zur idealen Gerechtigkeit macht. Wenn wir Kinder erziehen, verfahren wir mit ihnen wahrheitsgemäß, d. h. gerecht, und die ideale Wahrheit wird zum Inhalt des kindlichen Gewissens. Das Kind wird allmählich zu einem gewissenhaften Menschen, und man kann mit ihm etwas anfangen. Einen gewissenlosen Menschen kann man nicht erziehen, daraus wird nichts.

In Gorkis „Nachtasyl“ legen die Literaturlehrer besonderen Wert auf die Worte aus dem Monolog von Satin darüber, daß man den Menschen nicht durch Mitleid erniedrigen dürfe. Doch das ist umstritten: Mitleid kann nicht erniedrigen, wenn es ein Ausdruck von Güte ist. Im gleichen Monolog steht aber auch, daß die Wahrheit der Gott des freien Menschen sei. Das ist eine sehr wichtige und genaue Verbindung: Wahrheit und Freiheit sind unzertrennlich miteinander verbunden, es geht keine Freiheit ohne Wahrheit.

So kann man die Grundfrage in der Pädagogik so formulieren: Glaubt der Erzieher an die Wahrheit? Wenn ja, dann wachsen die Kinder zu gewissenhaften, gerechten und anständigen Menschen heran. Wenn nicht, kann den Kindern nichts mehr helfen. Es kann keine Erziehung ohne Wahrheit geben. Die Erziehung muß im Einklang mit der Wahrheit stehen.

Simon Solowejtschik

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „Neue Zeit“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „Neue Zeit“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belge — URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles.

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Xantener Str. 7
Postfach 10 15 55
4040 Neuss 13
Lange & Springer GmbH & Co. KG
Postfach 10 16 10
5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH
Postfach 34 01 08
8000 München 34

DÄNEMARK (150 dkr.)

- „Sputnik“ International
Vester Voldgade 11
1552 Copenhagen K
„Akademisk Boghandel“
Universitetsparken, 8000 Aarhus C

DDR — alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel
Leidsestraat 25
1017 NT Amsterdam
- Swets Subscription Service
347b. Heerweg
Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska kniga“,
11 000 Beograd, Trg. Republike,
POB 36
- Prosveta Export-Import Agency,
11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“,
Export-Import
41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Zalozba Slovenije“,
Export-Import, 61 001 Ljubljana,
Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz
Ulica Jna 42
71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo
Makedonska Kniga
Otdelenije za Stranska literatura
Ulica Tiranska b.b.
91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale
2022,
5, rue de Hollerich
Luxemburg-Gare.

NORWEGEN (130 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center
P. O. Box 6125
Etterstad, Oslo

ÖSTERREICH (240 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer
Zeitschriften, Höchstädtplatz 3,
A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“.
Trattnerhof 1,
A-1010 Wien 1.

- POLEN — Niederlassungen, Postämter
und internationale Presse-
und Bücherclubs.

SCHWEIZ (40 SF)

- Cobram, CP 117
CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft
Froschaustrasse 7
Postfach
8025 Zürich 1.

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6.
Bratislava

UNGARN — alle Postämter.

USA (23.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn
Drive Rockville, Md. 20852

WESTBERLIN (58 DM)

- „das europäische buch“
Thielallee 34,
1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer,
Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der oben angeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Fr. / Fa. / Buchhdgl.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum

Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift

Permanente Revolution

Alla Gratschowa

Eine Ausstellung im Moskauer Museum für Bildende Künste zum 200jährigen Jubiläum der Großen Französischen Revolution

Gezeigt werden Meisterwerke der Moderne, Schöpfungen der Giganten der französischen Malerei des 20. Jahrhunderts, die seine Kultur und sein Bewußtsein revolutioniert haben. Das ist eine Parade der großen Begründer der wichtigsten Kunstrichtungen der Gegenwart.

Anfang des Jahrhunderts konzentrierte sich in Paris an einem kleinen Abschnitt von Raum und Zeit eine kolossale schöpferische Energie. Es kam zu einer wahren Explosion der kreativen Energie, nach der ein „auseinanderstrebendes Weltall“ – die wichtigsten Richtungen der Kunst des 20. Jahrhunderts – entstand. Heute sehen wir die Ergebnisse dieser Explosion.

Gemälde vieler Kubisten, die als erste mit den „Konventionen des optischen Realismus“ brachen. Picasso, Braque, Gris, Gleizes zerlegten Gegenstände und fügten sie nach der Laune ihrer Phantasie zusammen. Unmittelbar neben ihrem harten Rationalismus und ihrer asketischen Palette der lyrische, sich an Farben berausende Chagall mit der eigenartigen Logik und Merkwürdigkeit seiner Gestalten. Chagall kam 1910 nach Paris, als der Kubismus gerade seinen Höhepunkt erreicht hatte, gab ihm jedoch nicht nach. Er blieb sich treu.

Das Kernstück der Ausstellung ist die Plastik „Die Geburt der Welt“ des großen Bildhauers unseres Jahrhunderts Constantin Brancusi: ein geniales Oval, die Einfachheit und Vollkommenheit selbst, gleichsam der Ausgangspunkt der modernen Skulptur. Im Kontrast zur feierlichen Ruhe dieses Werks steht das Gemälde des Surrealisten Tanguy, eines Malers der nuklearen Landschaft, die öde und stumm bleibt. Er sprach mit der Welt in einer unbekannten Sprache, die erst heute verständlicher wird.

Der vom Thema Kriegsschrecken besessene Andre Masson (er wurde in der Schlacht an der Somme schwer verwundet) ist Autor vieler Bilder, auf denen Massenmorde und Massaker dargestellt sind. Masson, der Erfinder des „automatischen“ Malens, antizipierte die Bilder von Jackson Pollock und schuf 20 Jahre früher mit Kleister und Sand bedeckte Kompositionen. Masson nannte sich einen „wandernden

Surrealisten“, aber im Auftrag des damaligen Kulturministers Andre Malraux bemalte er die Decke des Theaters „Odeon“ in Paris.

Hans Arp machte den Fauvismus und den Kubismus durch, erst danach, zur Zeit des ersten Weltkriegs, fand er seinen eigenen Weg. „Ich wurde auf einer Wolke geboren“, sagte er von sich. Später nannte man seine Figuren „Wolken aus Stein“. Als Schöpfer „biomorpher Formen“ erhielt Hans Arp bei der Biennale in Venedig 1954 den Grand Prix für Skulptur; gleichzeitig mit ihm wurden auch Max Ernst (Malerei) und Joan Miro (Graphik) ausgezeichnet.

Es heißt oft, Miro habe keine Gruppen gebraucht und sei nur deshalb Surrealist geworden, weil der Surrealismus ihn gebraucht habe. Die Begegnung mit Andre Breton und dessen Anhängern gab ihm die Möglichkeit, das letzte Hindernis zu nehmen und die volle Freiheit der Selbstäußerung zu erlangen. Er schuf seine eigene, naive und freudige Malkunst, indem er bekannten Gegenständen ungewöhnliche, sich wie in einem phantasmagorischen Ballett bewegende Formen abgewann. 1956 schuf Miro gemeinsam mit dem Bildhauer Artigas zwei Keramiktafeln für das UNESCO-Haus in Paris: „Le Mur de la Lune“ und „Le Mur du Sol“. Alberto Giacometti, ein hervorragender Vertreter der französischen Avantgarde aus der Vorkriegszeit, sagt über Joan Miro, als wahrer Künstler brauche er nur drei Farbenklecke auf der Leinwand zu machen, damit ein selbständiges Gemälde entstehe.

Giacometti, der aus einer alten Malerfamilie stammte, wurde in der Schweiz geboren, kam 1922 nach Paris und war bald bekannt. Als Henri Matisse im Sterben lag, bestellte er seine Todesmaske bei Giacometti. Aber zum Weltruf brachte es Giacometti erst in den 50er Jahren. Er war weder ein Bildhauer, der ab und zu malerte, noch ein Maler, der ab und zu bildhauerte. Er war Maler und Bildhauer gleichermaßen, das bestätigen seine in der Ausstellung vertretenen Plastiken und Gemälde. Seine in der Längsachse verzerrten, länglichen Menschen- und Tierfiguren, meist in der Leere der sie umgebenden Welt erstarren, scheinen den tragischen Werken eines

Sartre oder eines Camus entstiegen zu sein.

Alexander Calder, der ebenfalls aus einer Künstlerfamilie stammt, ein Nachkomme schottischer Einwanderer in Amerika, hat mit seinen Mobiles Bewegung in die Kunst der Plastik gebracht. Die aufgehängten Figuren schweben frei im Raum. Er schuf auch Stabiles, Formen, die erst mechanisch in Bewegung gebracht wurden. In Paris angekommen, ging Calder daran, Kinderspielzeug und Porträts (Josephine Baker, Fernand Leger) aus einfacher Draht anzufertigen, bis er sein Herz für Mobiles entdeckte. Jean-Paul Sartre schrieb: „Ein Mobile ist ein kleines Fest, ein Etwas, das von der Bewegung bestimmt wird und außerhalb der Bewegung nicht existiert, eine Blume, die welkt, wenn sie erstarrt, ein reines Bewegungsspiel.“

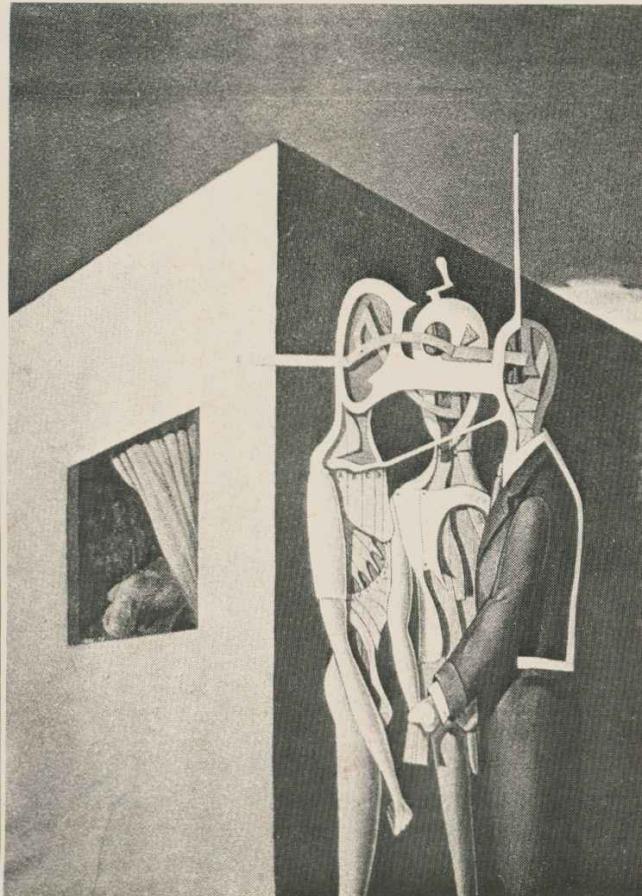
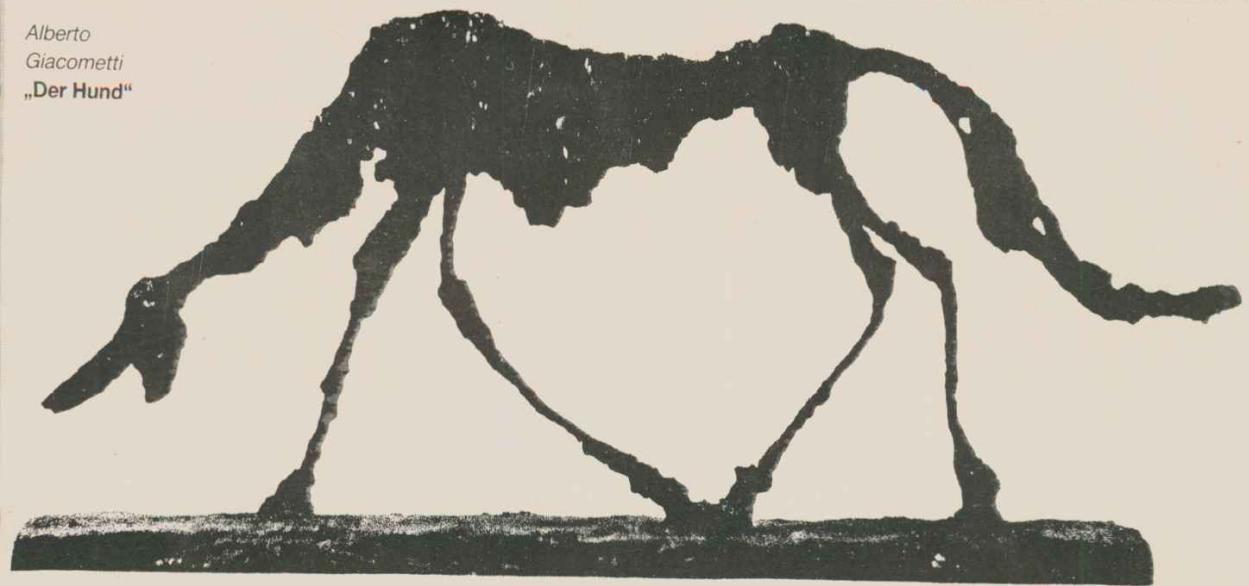
Der französische Bildhauer Cesar schafft seine Plastiken aus Alteisen, aus zu Kuben geprägten Altautos.

Neben so großen Namen stellt auch der Maler Balthus (Balthasar Klossowski de Rola) aus, der antimodernistischer Modernist genannt wird. Seine Retrospektive im Pompidou-Zentrum 1984 war eine Sensation. Er wollte der Presse nichts über sich erzählen, nicht einmal sein Geburtsjahr mitteilen. Vielmehr sagte er: „Schreiben Sie einfach, Balthus sei ein Maler, von dem niemand etwas weiß.“ Andre Malraux ernannte ihn zum Direktor der Französischen Akademie in Rom, und der Maler bekleidete diesen Posten 16 Jahre lang.

Der Pole Balthus, der Deutsche Hans Hartung, die aus Rußland stammenden Nicolas de Staél und Antoine Pevsner, mit denen uns die Ausstellung bekannt macht, haben die französische und die internationale Kunst bereichert.

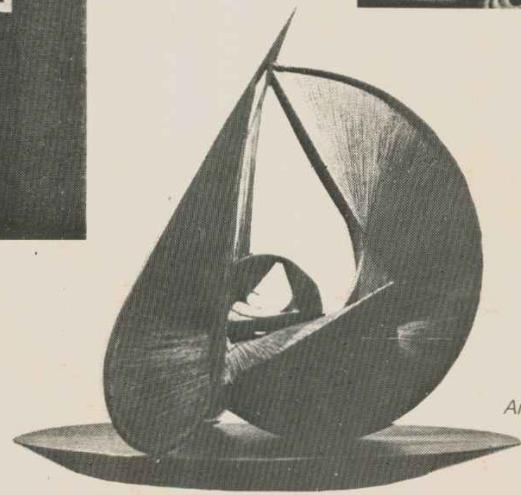
Der revolutionäre und kreative Elan der französischen Revolution ist in den vergangenen 200 Jahren nicht versiegt. Er brachte die Hauptprinzipien hervor, die nicht nur die Geschichte und Politik, sondern auch die Kunst befriedet haben. Die berühmte Lösung der Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – ist die Hauptbedingung allen Schöpfertums. Nicht minder als der besonderen Atmosphäre von Paris verdankt diese Kunst ihr Aufblühen der Atmosphäre der schöpferischen Freiheit, der ursprünglichen Gleichheit aller Formen und Methoden der Selbstäußerung und der menschlichen Brüderlichkeit aller Künstler.

Alberto
Giacometti
„Der Hund“



Victor Browner
„Verschwörung“

Andre Masson
„Labyrinth“



Antoine Pevzner
„Die Welt“

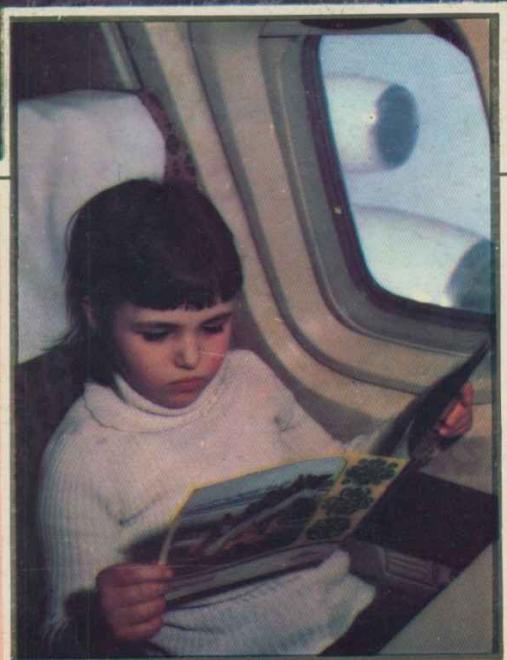
14 159 24 132 361 275

BA FDJ CLUB

9200 2134 0668

BBEL 5

IL 86: Ihr Flugzeug für weite Reisen



Diese Maschine, die im Linienverkehr zwischen der UdSSR und 19 anderen Ländern eingesetzt ist, spart Ihre Zeit. Bequeme Sessel, hochqualifizierte Piloten, ausgezeichneter Service sorgen für Ihren Komfort bei Flügen mit unseren IL-86-Maschinen.

Nähere Informationen
bei der Zentralen Internationalen Aeroflot-Agentur:
119021 Moskau, Frunsenskaja Nabereshnaja 4.
Telex: 411202